

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 24 M. für ein Jahr, frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zuletzt 2 gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Pflicht der Gemeinden!

Kein noch so blinder Verteidiger der herrschenden Wirtschaftspolitik mag es zu leugnen, daß die augenblickliche Teuerung eine ungewöhnliche Schärfe angenommen hat. Mehr oder minder wird jeder Deutsche von der Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel betroffen. Am meisten die arbeitenden Massen, die hungern müssen, wo sich der wohlhabende Bourgeois nur Beschränkungen auferlegt und besondere Genüsse versagt. In solchen Zeiten der Not darf nicht mit Fragen nach den Ursachen Zeit vertrödeln werden, soll man sich nicht erst auf die Suche nach dem Schuldigen begeben, sondern es heißt rasch helfen. Sofortige Hilfe verlangt der in Gefahr Schwebende von jedem, der seine Lage erkennt. So richtet sich der Schrei des Volkes um Brot und Fleisch nicht allein gegen die Regierung und die Mehrheitsparteien, sondern an alle, die fähig sind, Abhilfe zu schaffen. Auch an die Gemeinden und Stadtverwaltungen geht der Ruf, nach ihren Kräften der Not des Volkes zu steuern. Und er wird in diesem Jahre noch stärker erschallen als im vergangenen Winter. Viel Zeit ist damals vergeudet worden mit der Erörterung, ob die Kommunen befragt und befähigt seien, die Schäden zu lindern, während man die Darbenden weiter hungern ließ. Und das geschah, trotzdem die Regierung selbst in einer Kundgebung die Gemeinden aufgefordert hatte, helfen einzugreifen. In diesem Jahre hörte man nichts davon, daß die Regierung die sämtlichen Gemeinden an ihre Pflicht erinnern wolle. Aber die notleidenden Massen werden selbst ihre Forderungen den Kommunen kundtun, in den Stadtverordnetenversammlungen durch die sozialdemokratischen Vertreter und auf besonderen Zusammenkünften in eigener Sprache, so laut und dringend, daß auch die dicksten Mauern der durch das Dreiklassenwahlrecht geschützten roten Häuser sie nicht dämpfen können.

Auch die Gemeinden, in denen nicht die Sozialdemokratie bestimmenden Einfluß hatte, suchten sich erst durch statistische Erhebungen über den Umfang und der Stärke der Teuerung vor wirtschaftlicher Hilfe zu drücken. Wir können es nur begrüßen, wenn die kommunalen statistischen Ämter sich eingehend mit der sozialen Lage der Bürger beschäftigten, und dafür weniger Verwaltungsarbeit leisteten, die sie so oft fast völlig in Anspruch nimmt. Aber dazu sollte es keiner besonderen Erhebung bedürfen, sondern laufend müßte eine Stadtverwaltung über die sozialen Verhältnisse ihrer Einwohner unterrichtet sein. Heute stellen viele Städte noch nicht einmal dauernde eigene Untersuchungen über die Lebensmittelpreise an, sondern verlassen sich auf die ganz unzuverlässigen polizeilichen Ermittlungen.

Einzelne Städte, die glücklicherweise über ihre statistische Erhebung hinausgekommen sind, haben sich mit einer Eingabe an den Bundesrat und den Reichstag um Aufhebung oder Ermäßigung der Einfuhrzölle begnügt. Die Petitionen begrüßen auch wir; wurden sie doch fast immer zuerst von den sozialdemokratischen Fraktionen beantragt, um die Regierung auch auf diesem Wege von dem Willen des Volkes zu unterrichten. Aber der bloße Protest in Worten genügt nicht. Die Gemeinden müssen eigene positive Maßnahmen ergreifen. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten für sie, die Teuerung abzumildern und die Not zu lindern.

Es ist unbestrittene Erkenntnis, daß der Zwischenhandel bei dem Nahrungsmittelgewerbe die Teuerung mit verschuldet hat. Die Stadt hat es nun in der Hand, durch Errichtung eigener Lebensmittelverläufe den Preisstand zu drücken. Die Händler und Krämer, die dank dem Klassenwahlrecht der Gemeindeordnungen meist ein großes Gewicht in den Stadtparlamenten besitzen, scheinen wohl Jeter und Nordio über die „Vermeidung“ ihres staatsverhüllenden Gewerbes. Aber in Orten, wo man kommunale Fleischverläufe gebildet hat, besteht daneben noch ein privates Gewerbe, dessen Mitglieder sich sehr bald über den „Kommunalsozialismus“ beruhigen, da ja ihr Profit nicht so sehr leidet. Auch die Warenhäuser vertreiben Lebensmittel zu recht billigen Preisen; dennoch besteht der Kleinhandel weiter. Auch die agrarische Presse, die doch wenigstens nach außen mittelständlerisch erscheint, tritt für Lebensmittelversorgung in kommunaler Regie ein. Die Anhänger der konservativen Partei in den Stadtverordnetenfraktionen haben wir allerdings fast immer gegen solche Anträge stimmen sehen.

Für die Versorgung mit Fleisch durch Gemeinden sind bereits einige Methoden meist mit Erfolg angewandt worden. In einzelnen Orten schloß der Magistrat langfristige Verträge mit Viehzüchternvereinigungen ab, in denen die Landwirte sich zu billigen Lieferungen verpflichteten, wofür die Stadt gewisse Vergünstigungen gewährte. In anderen Orten nahm die Stadt den Bezug von ausländischem Vieh und Fleisch in die Hand. Abgesehen davon, daß der städtische Beamtenapparat ohne Entschädigung arbeitete, erwuchsen den Verwaltungen daraus kaum Mehrkosten. Zum Teil erzielten die Gemeinden noch Uebererlässe, obgleich sie das Fleisch wesentlich billiger als die einheimischen Metzger verkauften. Wieder andere Gemeinden haben selbst Viehzuchtanstalten (meist Schweinemastbetriebe)

errichtet oder schon bestehende nicht nur für den eigenen Konsum (Krankenhäuser, Asyle usw.) verwandt, sondern für den allgemeinen Konsum verwerdet. Der Erfolg war immer der gewünschte: der billige Bezug aus der Halle nötigte die Metzger ebenfalls zu Preisermäßigungen. In diesem Jahre der Viehknappheit im Inland werden die Städte vor allem die Einfuhr von ausländischem Vieh übernehmen müssen. Auch eine, wenigstens vorübergehende Ermäßigung der zum Teil recht hohen städtischen Schlachthof-, Viehbeschau- und ähnlicher Gebühren wäre recht angebracht.

Mehr als der Verkauf von Fleisch ist der von Seefischen durch Gemeinden übernommen worden. Diese Bestrebungen sind natürlich fortzusetzen bezw. wieder aufzunehmen, um den Massen wenigstens einigermaßen Ersatz für Fleisch zu schaffen.

Wenn einzelne Gemeinden dazu übergegangen sind, städtische Kochkurse für Erwachsene und Jugendliche einzurichten, so wollen wir auch das nicht zurückweisen. Noch nötiger als ein Kochunterricht, der nur in der Schulzeit von den Behörden Versäumtes nachholt, ist aber für Proletarierinnen die Beschaffung billiger Nahrungsmittel und der zum Zubereiten nötigen Zeit. Man schaffe wenigstens innerhalb der Städte zustehenden Befugnisse durch Ortsstatut überall den Auktionsladenschluß und die völlige Sonntagruhe!

Daß ein Teil der Beamten und alle städtischen Arbeiter dringend der Gehalts- und Lohnerhöhung sowie einmaliger Teuerungszulagen bedürfen, sollte ebenfalls den Kommunen nicht entgehen. Auch hier würde sich die kommunale Statistik verdient machen, wenn sie regelmäßig die Lohnbezüge der ständigen und vor allem der vorübergehend beschäftigten Arbeiter veröffentlichte. Auch die Erhöhung der Armenunterstützungen wird in Zeiten der Teuerung ein doppelt dringendes Bedürfnis.

So ergibt sich für die Gemeinden ein reiches Feld der Tätigkeit, innerhalb ihrer engebegrenzten Selbstverwaltung vorbeugend und lindernd zu wirken. Großes Vertrauen hat das Proletariat allerdings nicht zu den Stadtparlamenten, in denen der Einfluß der Hausagrarien und Besitzenden künstlich geschützt ist. Auch hier hat das Volk zu oft Widerstand gegen seine Forderungen gefunden, der zum Teil in noch viel ungeschminkteren und brutaleren Worten des Hasses und Unverständnisses ausgesprochen wurde als in den Landesparlamenten. Gerade die Liberalen haben in den Kommunen immer wieder gezeigt, wie wenig Ernst es ihnen mit ihren Versprechungen und Programmparagraphen ist, wenn sie die Möglichkeit haben, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Die nächsten Zeiten werden lehren, ob ihr Protest gegen die Hauptschuldigen, die agrarische Reaktion, durch den ernstlichen Willen eigener Hilfeleistung Nachdruck erhält.

## Zur Teuerung.

### Wieviel Fleisch sollen wir essen?

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die gegenwärtig herrschende Fleischteuerung weite Kreise des deutschen Volkes zu einer Einschränkung des Fleischkonsums zwingt. Bei mancher armen Familie kommt in dieser Zeit überhaupt kein Fleisch mehr auf den Tisch. Die Zahl derer, die sich mit Rücksicht auf die hohen Preise nicht mehr soviel Fleisch kaufen können, wie dem menschlichen Körper normalerweise zugeführt werden muß, um ihn leistungsfähig und gesund zu erhalten, dürfte aber weit größer sein, als man gewöhnlich zugeben will. Daß die zweckmäßigste und bekömmlichste Ernährungsform die „gemischte Kost“ ist, wird von allen medizinischen Autoritäten anerkannt. Ueber die Menge des unbedingt notwendigen Fleischgenusses gehen jedoch die Meinungen der Ernährungsphysiologen weit auseinander. Will man das Mindestmaß der für eine normale Ernährung nötigen Fleischzufuhr ziffernmäßig bestimmen, so muß man zunächst berücksichtigen, daß die verschiedenen Fleischsorten hinsichtlich ihres Nährwertes, insbesondere betreffs des Eiweißgehaltes, durchaus nicht gleichwertig sind. Nach Dr. J. U. Müller (Betrachtungen über die Fleischversorgung Deutschlands) ist bezüglich des Eiweißgehaltes im Durchschnitt 1 Kilogramm Schweinefleisch nur gleich 820 Gramm Rindfleisch, also im Nährgehalt um 18 Prozent dem letzteren unterlegen. Nach der Ansicht der bedeutendsten Ernährungsphysiologen müssen ungefähr 85 Prozent der Eiweißstoffe in Gestalt von Fleisch genossen werden. Auf Grund dieser Annahme berechnen von Voit und Rubner den notwendigen Jahresverbrauch an Fleisch auf 62 Kilogramm reinen Rindfleisch pro Kopf der Bevölkerung. Nach einer Ermittlung des kaiserlichen Gesundheitsamtes sollen 55 Kilogramm pro Kopf ausreichend sein. Da bekanntlich der Anteil des Rindfleischs am Fleischverbrauch immer mehr zugunsten des Schweinefleischs zurückgeht, muß natürlich die Menge des genossenen Fleisches noch wesentlich größer sein. Wie ist es aber mit dem Fleischverbrauch des deutschen Volkes bestellt? Darüber mögen die nachstehenden Ziffern Auskunft geben. In den Jahren 1905 bis 1912 betrug nach den Ergebnissen der Schlachtwiege- und Fleischbeschau, unter Berücksichtigung der Rekreinfuhr, der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
57,94	58,98	59,42	40,41	40,20	40,08	41,02

Demnach blieb der Fleischkonsum in Deutschland schon in früheren Jahren ganz bedeutend hinter dem vom kaiserlichen Gesundheits-

amte aufgestellten Mindestmaß zurück. Berücksichtigt man, daß eine dünne Oberschicht unserer Bevölkerung ganz bedeutend größere Mengen Fleisch genießt, so ergibt sich daraus mit Notwendigkeit eine dauernde Unterernährung der weniger bemittelten Volksklassen. Jede Schwankung in der Fleischversorgung trifft die unteren Volksklassen am frühesten und am schwersten. Inwiefern die gegenwärtige Teuerung auf den Fleischverbrauch einwirkt, läßt sich statistisch noch nicht genau festlegen. Im ersten Halbjahr 1912 hat die vorübergehende Zunahme des Auftriebs an den Schweinemärkten zu einer ganz geringen Steigerung des Schweinefleischkonsums gegen das Vorjahr beigetragen. Indes dürfen hieraus keine optimistischen Schlüsse gezogen werden. Die Verschleuderung der Viehbestände hat gerade die jetzige Teuerung veranlaßt, und schon im zweiten Quartal 1912 ist eine verhältnismäßig bedeutende Abnahme des Fleischkonsums gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres eingetreten. Der Verbrauch an Fleisch stellte sich nämlich auf 9,80 Kilogramm pro Kopf im zweiten Quartal 1912 gegen 10,50 Kilogramm im ersten Quartal. Das Ergebnis des dritten Quartals wird jedenfalls eine ganz bedeutende Verringerung des Fleischkonsums sein. Wie aber soll es im Winter werden, wenn ein erheblicher Teil der im Baugewerbe, in der Baustoffindustrie usw. beschäftigten Arbeiter arbeitslos sind!

### Viehknappheit in Ostpreußen.

In Königsberg i. Pr., der Hauptstadt einer der reichsten Provinzen, ist eine derartige Viehknappheit und damit Hand in Hand gehend ein entsprechendes Steigen der Preise für Schlachtwiege eingetreten, daß eine Anzahl in weniger lauffähigen Stadtteilen wohnhafter Ladenfleischer ihren Betrieb einstellen und das Geschäft schließen mußten. Das berichtet die nationalliberale „Allgemeine Zeitung“ und von sachkundiger Seite wird ihr geschrieben, daß den bereits geschlossenen kleineren Geschäften noch eine Anzahl der größeren folgen, wenn die gegenwärtig bestehende Fleischteuerung anhält. Es gibt zurzeit etwa 800 Ladenfleischer, die jedoch mangels genügenden Angebotes nicht alle imstande sind, ihren Bedarf an Fleisch auf dem Schlachthof zu decken. So wurden am Montag nur 218 Schweine geschlachtet; im Verhältnis zu der Zahl der Ladenfleischer eine verhältnismäßig geringe Zahl. Noch schlimmer steht es mit Kalbfleisch; hier ist die Zufuhr zurzeit eine so geringe, daß wollte man den ganzen am Markt befindlichen Vorrat unter den Fleischern gleichmäßig verteilen, jeder Fleischer kaum ein Kalbviertel erhalten könnte. Auch die Rindviehschlächtungen stehen in keinem Verhältnis zum Bedarf. Ständig zugenommen hat, wie in Berlin so auch in Königsberg, die Zahl der Pferde-schlachtungen. Eine Besserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände ist nach der Meinung Königsberger Sachverständiger des Fleischergewerbes für Ostpreußen nur von der Deckung der russischen Grenze zu erwarten, da die Preise für tabellarisches Vieh in Rußland, wenige Meilen von der Grenze entfernt, kaum halb so hohe wie in Ostpreußen oder gar auf dem Königsberger Schlachthofe sind.

Das schreibt die strenge schutzzöllnerische nationalliberale „Königsberger Allgemeine Zeitung“. Was hat darauf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu sagen, die behauptete, die Schlachtwiege- und Fleischteuerung sei eine gleichmäßig internationale Erscheinung?

### Millionendefizit beim deutschen Roggenzoll.

Die agrarischen Zeitungen und die Zentrumspresse behaupten immer wieder, die Einfuhrzölle hätten nur den einen harmlosen und korrekten Zweck, die Getreide durchfuhr zu erleichtern. Trotzdem sind die Blätter dieses Schlagens gegen eine Wiedereinführung des Identitätsnachweises, durch den wirklich kontrollierbar wäre, wieviel Getreide Durchfuhrware ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ allein ist es, die immer ungeniert die Dinge bei dem rechten Namen nennt. Deswegen schrieb sie auch vor einiger Zeit, es sei für ihre Leute rentabler, das Getreide nach dem ausländischen Osten zu verkaufen, als es an den nordischen Ländern „vorbei spazieren zu fahren“.

Zufällig sind im vergangenen Erntejahre, wie seit einigen Jahren nahezu regelmäßig, ganz ungeheure Roggenmengen nach dem Auslande, im besonderen nach Dänemark, Schweden, Norwegen, Rußland und den Niederlanden gegangen. Ja, was noch wichtiger ist, das Deutsche Reich hat dadurch, daß jede Tonne Ausfuhrroggen einen Einfuhrschein im Werte von 60 M. bekommt, der als bares Zollgeld bei der Einfuhr von anderem Getreide in die Grenzklassen zurückläuft, auch 1911/12 — 1. August bis 31. Juli — nicht nur keinen Pfennig Roggenzoll eingenommen, sondern noch Millionen über Millionen von anderen Einnahmen zulegen müssen!

Die Einfuhr und Ausfuhr von Roggen hat sich innerhalb der letztvergangenen drei Jahre ganz planmäßig so entwickelt, daß die Ausfuhr immer größer geworden ist. Sie übersteigt jetzt regelmäßig die Einfuhr an Roggen. Wenn wir bei den Einfuhrscheinen zum mindesten die Bestimmung hätten, daß sie für Roggen ausfuhr ausgestellt sind, auch nur bei Roggen-einfuhr in Zahlung gegeben werden können. Dann wäre doch wenigstens vermieden, daß der Roggenzoll auch noch Ausgaben erzeugt, statt Einnahmen. Der Ausfuhrüberschuß würde ohne Einfuhrscheine hinaus gehen, er würde sehr bald völlig verschwinden, denn das einzige Ausfuhrinteresse der Agrarier ist ja der Einfuhrschein resp. die 60 M. Vergütung pro Tonne ausgeführten Roggen!

Stellen wir in Nachfolgendem zusammen, wie sich Einfuhr und Ausfuhr von Roggen, Ein- und Ausfuhrüberschuß und Zollplus- oder Minusbetrag entwickelt haben. Es ergibt sich ein Bild, das die methodische Staatsbetrügerei klar und einwandfrei aufweist.







auch bis 1904 den Posten eines ersten Schriftführers im genannten Verein versehen habe, ferner habe er 1904 in Altenplos selbst einen sozialdemokratischen Verein ins Leben gerufen und diesen mehrere Jahre als erster Vorsitzender geleitet. Wörtlich heißt es in dem Schriftstück:

„Aus ihrer Betätigung hinsichtlich der Gründung der genannten beiden Vereine und aus der Übernahme und mehrjährigen Vererbung von Vertrauensposten in diesen Vereinen erhellt, daß Sie ausgesprochen und zielbewußter Anhänger der sozialdemokratischen Lehre sind, was Sie wohl selbst am wenigsten bestreiten werden. Der Wahlzielbewußter Anhänger der sozialdemokratischen Partei zu Bürgermeistern oder Beigeordneten kann aber mit Rücksicht auf die mit diesen Ämtern verbundenen staatlichen Funktionen bei der grundsätzlichen Stellung dieser Partei zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht die Bestätigung erteilt werden.“

Auch dieser neue Akt der Sozialistenvernichtung im Bayernlande wird seine guten Früchte tragen.

### Weißer Terrorismus.

Während die Konservativen und Liberalen sofort in höchster moralischer Entrüstung über „roten Terrorismus“ schreien, wenn die Sozialdemokratie irgendeines Ortes die Gostwirte boykottiert, die ihr ihre Säle zur Abhaltung von Versammlungen verweigern, oder die Geschäftsleute, die öffentlich auf die „rote Bande“ schimpfen, genießen sie sich selbst nicht im geringsten, den von ihnen abhängigen Geschäftsinhabern patriotische Gesinnung vorzuschreiben und diesen mit Entzug ihrer Kundenchaft zu drohen, falls sie nicht genügend „nationale“ und „monarchische“ Gesinnungsbekundung beweisen sollten. So haben nach einer Meldung der „Rhein-Westf. Ztg.“ verschiedene Vereine der Stadt Lünen (militärische Vereine, Beamtenvereine, evangelische und katholische Vereine) eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der es heißt:

„Nachdem verschiedentlich in früheren Jahren, zuletzt am 12. August 1912, eine größere Anzahl von Geschäftsleuten unserer Stadt beim Festzuge der sogenannten freien Gewerkschaften geslaggt und ihre Häuser zum Teil reichlich mit Grün geschmückt haben, erheben die unterzeichneten Vereine öffentlichen Protest gegen ein derartiges Verhalten. Eine Kundgebung vor diesem Zuge bedeutet eine Förderung der Sozialdemokratie und muß als Verleugnung der vaterländischen und monarchischen Treue erscheinen. Sie ist um so mehr zu verurteilen, wenn sie seitens solcher geschieht, die sonst als national und königstreue gesinnte Bürger gelten wollen. Nach dem ganzen bisherigen Verhalten der Sozialdemokratie ist unbedingte Zurückhaltung gegenüber den Demonstrationen dieser Partei selbstverständlich Pflicht jedes vaterländisch Gesinnten. Deshalb empfehlen wir jene Kundgebung vor dem offenbar als Propagandamittel eingerichteten Massenzug als einen Schlag gegen die nationale und monarchische Ehre unserer Bürgerschaft. Wir erlauben dringend sämtliche Bürger der Stadt, sich durch keinerlei Rücksichten und Beeinflussungen bestimmen zu lassen, an diesem Verhalten fernzuhalten teilzunehmen, und sichern den in dieser Gesinnung mit uns verbundenen Geschäftsleuten die umfangreichste Unterstützung an.“

### Veteranenfürsorge.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über einen Fall von „Veteranenfürsorge“, der, wenn die Schilderung dieses Blattes zutrifft, „unserer“ Regierungsbureaucratismus im schönsten Lichte zeigt.

Ein in Blegny lebender Väteregiment a. D., ein 70 Jahre alter Kriegsveteran, der drei Feldzüge mitgemacht hat, und der seit dem 1. April 1907 infolge seiner Bedürftigkeit zu einer mageren Pension einen jährlichen Zuschuß von 57 M. erhielt, wurde im Frühjahr dieses Jahres durch folgendes amtliche Schreiben überrascht:

Der Reichskanzler. Berlin W., Wilhelmplatz 1.  
(Reichskanzlei) den 20. Mai 1912.  
I. 4357.

Seine Majestät der Kaiser haben Allerhöchstdiät geruht, Ihnen an Stelle des bisherigen Pensionszuschusses von 57 M. vom 1. April 1907 ab einen solchen von 27 M. zu bewilligen. Die Auszahlung wird in der bisherigen Weise erfolgen.

Im Auftrage:  
(Unterschrift unleserlich).

Der beschränkte Untertanenverband wird es wohl nicht zu fassen vermögen, daß es eine besondere Gnade sein soll, wenn der einmal gewährte Pensionszuschuß um mehr als die Hälfte jährlich und dazu noch rückwirkend auf fünf Jahre gekürzt werden soll. Der Mann ist nämlich aufgefordert worden, 150 M. des ihm bisher gewährten Zuschusses zurückzahlen! Der Vorgang wäre einigermassen unverständlich, wenn man nicht bei unserer Bureaucratie alle Dinge für möglich halten müßte. Daß man im Reichskanzlei einen mageren Pensionär vor fünf Jahren für unterstützungsbedürftig hielt, ihn heute bei den enorm gestiegenen Preisen aller Lebensbedürfnisse aber für vielleicht „wohlhabend“ ansieht, obwohl sich die Verhältnisse des Mannes seitdem nicht geändert haben, ist immerhin eine Leistung.

### Aus dem bayerischen Landtage.

Das parlamentarische Interesse des Münchener Publikums ist durch die letzten Zwischenfälle in der Abgeordnetenkammer gewaltig gesteigert worden. Dienstagnachmittag stauten sich die Tribünenanwärter vor dem Landtag und nur ein geringer Teil konnte Vernehmung finden. Die Tribünen kamen aber nicht auf ihre Rechnung; es ging recht friedlich zu.

Die Erörterung der Militärjustizverwaltung gab den Genossen Franz Schmitt und Kollwagen Anlaß, einige Fälle bedenklicher Militärjustiz vorzutragen. Kollwagen kam noch einmal auf den Frankensteinischen Vorwurf sozialdemokratischer Kasernenagitation zurück. Er fragte den Minister, ob und wieviel Verurteilungen wegen solcher Agitation erfolgt seien. Zugleich forderte er den Baron v. Frankenstein auf, Beweise zu bringen.

Der Kriegsminister glaubte wohl durch seine früheren abweisenden Erklärungen die Frage bereits verneint zu haben und nahm nicht mehr das Wort. Herr v. Frankenstein aber schwieg und lud damit den Vorwurf der Verleumdung auf sich.

### Die Ereignisse in der Türkei.

Es wird unaufhörlich gekämpft und gemordet. Die von Mohammedanern bewohnte Drischaf Jovice bei Kolasin ist von Montenegrinern eingeäschert und ausgeplündert worden.

In der Gegend von Elbasar hat ein heftiger Kampf zwischen türkischen Truppen und Wallakern stattgefunden. Die Truppen hatten drei Tote und mehrere Verwundete; die Wallakern zogen sich zurück, nachdem sie 19 Mann verloren hatten.

Eine bulgarische Bande, die aus 20 Mann bestand, drang in die Drischaf Venische bei Perlepe ein und warf eine Bombe in das Amtszimmer, das durch Explosion zerstört wurde. Die Bande entkam.

Die türkische Regierung behauptet, daß die Nachrichten über das Blutbad, das Arnauten unter Serben angerichtet haben sollen, unwahr seien. Trotzdem dauert in Serbien die Kriegsagitation fort. In dem zur Türkei gehörigen Alt-Serbien soll völlige Anarchie herrschen.

Italienische Blätter bestätigen nunmehr offiziell, daß Friedensunterhandlungen in der Schweiz geführt werden.

### Kriegsschiffe vor Jaffa.

Jaffa, 27. August. Sechs italienische Kriegsschiffe sind vor Jaffa eingetroffen. Während drei nordwärts weiterdampfen, gingen die Panzerkreuzer „Francesco Ferruccio“ und „Giuseppe Garibaldi“ sowie der geschützte Kreuzer „Coatit“ vor Anker. Der Reibendampfer „Leros“ wurde vom „Coatit“ einer Durchsuchung unterzogen.

### Die griechischen Anreizungsgelüste.

London, 27. August. Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind ein englisches und ein französisches Kriegsschiff in die Gewässer von Samos abgefahren worden mit dem Auftrage, die gegenwärtig in Areta organisierte Freibeuterexpedition, die zur Annexion der Insel Samos durch Griechenland führen soll, nötigenfalls mit Gewalt an der Landung zu verhindern.

### Die Türkei gegen Interventionen.

Konstantinopel, 28. August. Aus Regierungskreisen verlautet bestimmt, daß das Kabinett entschlossen sei, den Vorschlag Vercholds einmütig abzulehnen und etwaige Vorschläge der Mächte mit der Begründung zurückzuweisen, daß es sich hier um eine Einmischung in inner türkische Angelegenheiten handele.

### Marokko.

#### Das Schicksal der gefangenen Franzosen.

Paris, 28. August. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Note: Generalresident Dhautey telegraphiert, er wisse immer noch nichts über das Schicksal der neun Franzosen, die vom Präsidenten El Giba gefangen genommen worden sind. Dhautey hat das Anerbieten von Freiwilligen angenommen, als Emissäre nach Marrakesch zum Präsidenten zu gehen, um Erkundigungen einzuziehen. Die bei Mehra Sul el Arba lagernde Kolonne Magin ist imstande, allen Eventualitäten zu begegnen und bei den Eingeborenen den Eindruck großer Stärke hervorzurufen. Sie verhindert gegenwärtig die Aufständischen mit Erfolg daran, nach Fez in das Schanzgebiet oder nach Mazagan zu ziehen.

#### Bessimistische Meldungen.

Paris, 28. August. Meldungen aus Marokko besagen, daß das Erscheinen des Thronprätendenten El Giba im ganzen Süden eine ungeheure Begeisterung hervorgerufen hat. El Giba hat sich einen großen Namen als Wunderdoktor gemacht, und seine Heilungen haben ihm zahlreiche Anhänger zugeführt. Er wird im Süden auch als großer Kriegermann gefeiert. Aus allen Teilen des Landes strömen ihm Anhänger zu. Seine Leibgarde besteht aus 3000 Mann „blauer Truppen“. Es sind dies Männer aus dem äußersten Süden, vom hohen Atlas aus dem Südsgebiet und dem Draabgebiet, die sich durch ihren Mut und Verwegenheit auszeichnen, ähnlich wie es bei den berühmten algerischen Tuaregs der Fall ist. Sie sind mit einem schwarzen und blauen Burnus bekleidet und gelten als die tüchtigsten Krieger des Südens. Ihre Waffen sind von vorzüglicher Qualität, auch befinden sie sich im Besitz von mehreren modernen Schnellfeuerwaffen und verfügen über zahlreiche Munition.

#### Gefechte.

Casablanca, 27. August. Das Lager von Sulei Arba wurde am 26. August um 8 Uhr früh von einer starken Garde des Kalifen El Giba angegriffen. Der Angriff dauerte bis gegen Mittag; der Feind wurde energisch zurückgewiesen und hatte beträchtliche Verluste. Vier Franzosen wurden leicht verletzt, die Garde zog sich schließlich 15 Kilometer weit nach Süden zurück.

#### China.

#### Sunghatsen in Peking.

Am vergangenen Sonnabend ist endlich der von den Pekingener Fortschrittler längst erwartete Sunghatsen in der chinesischen Hauptstadt eingetroffen. Nachdem er mit dem Präsidenten Juanschikai die politische Situation besprochen hatte, präsidierte er eine Versammlung, woran die Mitglieder des Lungmenghui und die Vertreter von vier anderen politischen Organisationen teilnahmen. Diese Körperschaften haben beschlossen, sich zu verschmelzen. Die neue Organisation ist Kuomintang, die Nationale Partei, getauft worden. In ihr befinden sich zwei Drittel der Mitglieder der beratenden Versammlung und eine gleiche Anzahl Parlamentarier. Der Kuomintang wird im Laufe des kommenden Dezembers seine Delegierten zusammenrufen. Ein Programm ist schon entworfen und dieses soll hinsichtlich der gesamten Tätigkeit der Nationalen Partei als Richtschnur dienen. Es fordert unter anderem, daß die zukünftigen Minister aus der Mitte der neuen Partei genommen werden. Man hofft, daß es dadurch leicht möglich sei, die Diktatur Juanschikais, wenn gewünscht, zu beendigen.

Wie bei früheren Gelegenheiten, so hat Sunghatsen auch bei seiner gegenwärtigen Anwesenheit in Peking sofort die Wichtigkeit der ökonomischen Entwicklung Chinas für den Bestand der Republik betont. Er sagte, in zehn Jahren müsse das Land mit einem Eisenbahnnetz versehen sein, denn die Schaffung neuer Verkehrsmöglichkeiten sei unerlässlich für den Ausbau der republikanischen Institutionen.

Uebrigens soll Sunghatsen auf seiner Reise nach Peking von mehreren amerikanischen Eisenbahnfachleuten begleitet sein, die schon einen großzügigen Plan für ein Eisenbahnnetz ausgearbeitet hätten.

#### Amerika.

#### Protest Englands gegen das Panamakanalgesetz.

London, 28. August. Die „Times“ meldet aus Washington unter dem gestrigen Datum: Der britische Gesandte in Washington hat von neuem Vorstellungen wegen der Panamakanalgebühren gemacht und dem Staatsdepartement angezeigt, daß England an seiner bereits mitgeteilten Ansicht festhalte. Voraussetzliche erfolgt auf diese Vorstellungen hin ein motivierter Protest, sobald der Text des Gesetzes in London geprüft sein wird. Falls die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Regierungen nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, fordert England die Einberufung eines Schiedsgerichts.

#### Ein politisches Attentat auf Kuba.

New York, 28. August. Nach einer Depesche aus Havana hat ein kubanischer Journalist den amerikanischen Geschäftsträger Gibson in dem Augenblick, als dieser seine Wohnung betreten wollte, tätlich angegriffen und schwer verletzt. Der Angriff dürfte ein Ausfluß der seit einiger Zeit herrschenden Mißstimmung gegen Gibson sein, der sich durch seine energische Vertretung der amerikanischen Ansprüche gegen Kuba unbeliebt gemacht hat.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde hielt Sonntag seine Generalversammlung ab. Die Generalversammlung genehmigte einen Antrag, daß der Bibliotheksbeitrag pro Mitglied von 5 Pf. auf 10 Pf. erhöht wird. Vom Parteitag wurde die Förderung des Bibliothekswesens ermahnt. Ferner wurde beschlossen, daß die Vorstandsmitglieder der Kreisorganisation nur Genossen gewählt werden können, die mindestens 5 Jahre der Partei angehören. Die Generalversammlung sprach sich für den eventuell zu bildenden Parteiauschuß aus. In einer Resolution, die dem Parteitag in Chemnitz unterbreitet werden soll, wird der Beschluß des Brandwein-Bohloths bekräftigt und Ausdehnung des Bohloths auf Spirituosen aller Art gefordert. Die Generalversammlung will, daß die Reichstagsfraktion auf den Parteitag nur beratende Stimme haben soll. Die Sonderleistungen, von denen in der letzten Zeit vielfach die Rede war, soll der Parteitag strikte untersagen. Die Grubenkatastrophe von „Lothringen“ war Anlaß zu einer scharfen Resolution, die ein einheitliches Vergesetz für das ganze Deutsche Reich fordert. Die Agitation für die nächste Landtagswahl soll sofort und eifrig betrieben werden. Als Kandidaten für die drei Wahlkreise Stadt Dortmund, Dortmund-Land und Hörde Stadt und Land wurden aufgestellt die Genossen Kahl, Gus und Hansmann. Zum Chemnitzer Parteitag wurden vier Delegierten entsandt.

Auf der Generalversammlung des Kreiswahlvereins Bausch-Belsig-Lüterbog-Ludenwalde, die am Sonntag in Treuenbriezen stattfand, erstattete der Vorsitzende zunächst den Jahresbericht. Die Tätigkeit der Organisation war auch in diesem Kreise im abgelaufenen Jahre vornehmlich der Reichstagswahl gewidmet. Außerdem fanden mehrere Stadtverordneten- und Gemeindevorsteherwahlen statt, die uns schöne Erfolge brachten. Die Organisation hatte am 30. Juni 1912 23 Ortsgruppen gegen 19 im Vorjahre. Die Mitgliederzahl stieg von 2889 auf 3113. Der Verein hatte eine Einnahme von 10 582,06 M. und eine Ausgabe von 18 047,78 M. Für die „Brandenburger Zeitung“ wurden 463 neue Abonnenten gewonnen. Insgesamt werden im Kreise gelesen: die „Brandenburger Zeitung“ in 2005, der „Vorwärts“ in 137, die „Gleichheit“ in 93 Exemplaren. Eine Reihe von Verträgen gegen das Wahlreglement hat zu einem Protest gegen die Wahl des Herrn von Derhen zum Reichstagsabgeordneten geführt. Es ist auch mit Bestimmtheit auf eine Neuwahl zu rechnen. In Stadtverordnetenkollegien sitzen 27 Genossen. Als Gemeindevorsteher fungieren 57 Genossen in 20 Ortschaften. Neben der mündlichen Agitation durch eine große Reihe von Versammlungen wurde die Agitation durch Flugblätter sehr reger betrieben. In einer einstimmig angenommenen Resolution verurteilte die Generalversammlung auf das entschiedenste die Sonderkonferenzen. Die Parteigenossen hätten allerorts die Pflicht, gemeinsam das Rechte zu suchen.

Als Delegierter zum Parteitag wurde der Kandidat des Kreises, Genosse Ewald Berlin, und Genosse Sailer-Ludenwalde gewählt, als Vertreter auf dem Parteitag wurden die Genossen Jahn-Ludenwalde, Lehmann-Treuenbriezen und Fiedler-Weelitz gewählt.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Naumburg-Stadt beschäftigte sich in einer Generalversammlung mit dem Parteitag in Chemnitz. Ein Antrag, der vom Parteitag verlangt, die durch die jetzige Art der Reiseier entstandenen Unzutunlichkeiten auf dem nächsten internationalen Kongresse zur Sprache zu bringen, wurde einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der verlangt, daß die vom Parteivorstand jährlich veränderten Fragebogen über die Organisationsfähigkeit mehr spezialisiert werden, da die Durchführung in den einzelnen Vereinen sehr verschiedenartig sei. Große Mehrheit fand ein Antrag, der die Sonderkonferenzen verurteilt. Der Antrag verlangt, daß der Parteitag sämtliche Sonderkonferenzen zu verbieten habe. Als Delegierter zum Parteitag wurde der Genosse Warteis gewählt.

## Aus Industrie und Handel.

### Das Petroleumtrusturteil und seine Folgen.

Im Mai vorigen Jahres wurde das Urteil des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten gegen die Standard Oil Company gefällt. Außerlich stellte dieses Urteil eine Bestätigung der Entscheidung der Vorinstanz dar. Während jedoch das erste Urteil, wenn es seinem Inhalte nach rechtskräftig geworden wäre, die Erteilung des Trustes wirklich gefährdet hätte, verfuhr das zweite Urteil, das des obersten Bundesgerichtes, sehr gnädig mit dem Riesenunternehmen John D. Rockefeller. Zwar wurde in dem Urteil die Auflösung des Trustes verlangt, jedoch in einer Art, die eine Anwendung des Shermangesetzes nicht darstellte, die vielmehr dem Trust das Leben ließ, wenn er sich nur ein wenig anders einrichtete. Die Form ist denn auch geändert worden, das Wesen der Standard Oil Company jedoch ist das gleiche geblieben. Im Gegenteil, der Petroleumherrscher befindet sich bei dem neuen Zustande viel wohler als bei dem alten. Als das Urteil bekannt wurde, war man schon allgemein der Ansicht, daß der Trust jetzt erst recht einen Anlauf nach oben nehmen würde, und die Kursbewegung an der New Yorker Börse, die eine regelrechte Haussebewegung war, bewies, daß man das Urteil außerordentlich freudig begrüßte. Diese Freude hat sich inzwischen noch gesteigert, denn der Kurs der Standard Oil Shares ist von Monat zu Monat erheblich gestiegen. Als man begann, gegen den Trust vorzugehen, standen die Aktien in New York auf ungefähr 300 Proz. Sie konnten sich bis zur Durchführung des Prozesses so recht nicht erholen. Seitdem jedoch sind sie unaufhörlich noch oben geklettert. In einem halben Jahre ging der Kurs um ungefähr 300 Proz. heraus, um im März dieses Jahres schon auf 600 Proz. anzuliegen. Einen solchen Kurs hatten die Aktien bisher überhaupt nicht erreicht, ein Beweis dafür, wie günstig das Urteil des obersten Gerichtshofes für den Trust war. Denn wenn man auch alle möglichen günstigen Momente in der Petroleumindustrie in Betracht zieht, so hätten die Aktien eine solche starke Aufwärtsbewegung doch nicht durchgemacht, wenn das Urteil ungünstiger gewesen wäre. Seit dem März dieses Jahres ist zwar die Steigerung etwas langsamer vor sich gegangen, doch immer noch in einem solchen Maße, daß man von einer Pause in Standard Oil Shares sprechen könnte. Schon ist der Stand von 1000 Proz. erheblich übersteigert, schon hat man 1100 Proz. erreicht. Allerdings haben fast alle Petroleumaktien in der letzten Zeit Kursrückgänge erfahren, eine solche schnelle Aufwärtsbewegung steht jedoch am Markte der Petroleumaktien ziemlich einzig da. Rein Wunder, daß Rockefeller auch in Europa macht, was er will. Zwar hat kürzlich das Hamburger Landgericht ein Urteil gegen die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, das deutsche Tochterunternehmen der Standard Oil Company, gefällt, auf Grund dessen man eine Unterbindung der Monopolbestrebungen Rockefeller in Deutschland erhoffen könnte. Man muß jedoch nach allen bisherigen Erfahrungen annehmen, daß der Petroleumkönig der Vereinigten Staaten es unter allen Umständen vermeiden wird, Petroleumkaiser der Welt zu bleiben.



# Gewerkchaftliches.

## Ein unverständliches Urteil.

Wegen gemeinschaftlich verübten Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung hatten sich 38 Bauarbeiter vor dem Amtsgericht in Nürnberg zu verantworten. Als Kläger traten drei christlich organisierte Bauarbeiter auf. Am 18. April d. J. hielten die Angeklagten nach Arbeitschluss eine Besprechung unter sich ab, um aus ihren Reihen einen Baudelegierten zu bestimmen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch betont, es sei notwendig, daß auf allen Baustellen danach getrachtet werde, daß alle am Bau beschäftigten Arbeiter, soweit sie anderen freien Gewerkschaften angehören, sich auf Grund der mit den verschiedenen Verbänden abgeschlossenen Kartellverträge nach 6 Wochen (diejenigen, mit deren Gewerkschaften Kartellverträge nicht bestehen, auf Grund der Bestimmungen des Hamburger Gewerkschaftskongresses nach 13 Wochen) in den Deutschen Bauarbeiterverband überschreiben lassen. Dergleichen müsse auch danach getrachtet werden, Indifferente oder Mitglieder anderer Gewerkschaften dem Bauarbeiterverband zuzuführen. Von den drei Mitgliedern des christlichen Bauarbeiterverbandes wurde ebenfalls verlangt, sich in ihrer Organisation ab- und beim Bauarbeiterverband anzumelden, was die drei jedoch verweigerten. Am Montag, den 22. April, nahmen die Beklagten die Arbeit nicht mehr auf und der Baudelegierte soll dem Bauarbeiter auf seine Frage erklärt haben: „Wir haben drei Christliche unter uns, mit denen wollen wir nicht arbeiten.“ Auch die größere Anzahl der Mitbeschuldigten soll gerufen haben: „Wir machen blau, wenn die nicht aufhören.“ Auf dieses hin wurden die drei Mann entlassen und nahmen die Angeklagten die Arbeit wieder auf.

Die Angeklagten machten geltend, daß es ihnen fern gelegen hat, die Entlassung der drei zu erzwingen, da sie ja doch selbst das Feld räumen wollten, denn sie mußten ja auch damit rechnen, daß der Bauarbeiter die drei weiterarbeiten lasse und den Angeklagten die Entlassung gebe, übrigens sei ein Beauftragter des christlichen Verbandes sofort erschienen und habe erklärt, er stelle dem Bauarbeiter sofort 30 Mann zur Verfügung. Er hätte die drei wegen der Angeklagten nicht zu entlassen brauchen. Ferner sei den Christlichen an ihrer Entlassung auch gar nichts gelegen gewesen. Uebrigens machen es die Christlichen auf den Bauten, wo sie in der Mehrzahl sind, ebenfalls so, daß sie mit freigeorganierten nicht zusammenarbeiten, oder aber es wird letzteren so gemacht, daß sie selbst gehen, wie dieses einem der Angeklagten schon des öfteren passierte.

Der als Zeuge vernommene Bauarbeiter gab an, daß er auf seine alten Leute, besonders auf seine Einspäler, die sich unter den Angeklagten befanden, sehen mußte, damit die ihm nicht entlaufen, zumal er ja gar nicht wußte, ob ihm gleich 30 andere zur Verfügung stehen; damit Ruhe auf der Baustelle sei, habe er die drei entlassen. — Der Anwalt beantragte für alle Angeklagten, mit Ausnahme von vier, welche in der fraglichen Zeit gar nicht an der Baustelle waren, eine Gefängnisstrafe von je drei Tagen und Tragung der Kosten. Der Verteidiger führte aus: Es ist eine sehr naive Auffassung, wenn man aus dem Vorgehen der Angeklagten eine Verurteilung herausliest, und auch der als Zeuge vernommene Bauarbeiter hatte nicht die Auffassung, daß die Beklagten die drei in Verzug bringen wollten. Auch das Amtsgericht Nürnberg hat sich bereits auf den Boden gestellt, daß es den Arbeitern freisteht, mit wem sie zusammenarbeiten wollen, und daß es erlaubt ist, die Arbeit einzustellen, wenn man mit jemandem nicht zusammenarbeiten will, wie das in einer ganz ähnlichen Sache im Dezember d. J. gefällte Urteil beweist, dem sich auch das Landgericht anschlöß dadurch, daß es die Verurteilung der Christlichen verworfen. Von einer Bedrohung im Sinne des § 153 könnte nur dann die Rede sein, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter gebraucht werde, hier aber liege höchstens eine Willensbestimmung des Unternehmers, nicht aber der Arbeiter vor.

Nach langer Beratung wurde das Urteil verkündet, das für 28 Angeklagte auf je einen Tag Gefängnis und Tragung der Kosten lautete, mit der Begründung, daß ein Mißbrauch der Koalitionsfreiheit vorliege, da der § 153 R.G.O. nur gegeben sei, um die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, nicht aber, um die Organisation zu stärken. Vier der Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Begründung des Urteils ist so unhaltbar wie das Urteil selbst. Es dürfte in der Berufungsinstanz wohl nicht aufrecht erhalten werden. Ein Zwang zum Uebertreten in die freie Gewerkschaft ist auf die Christlichen nicht ausgeübt worden. Man mag es mißbilligen, wenn freigeorganierte Arbeiter mit Christlichen nicht zusammenarbeiten wollen, aber eine strafbare Handlung ist das nicht.

### Berlin und Umgegend.

Zum **Kutscherstreik bei Wilske** wird uns geschrieben: Die Firma Wilske, Fabrikwesen, Karlstraße 42 und Alt-Moabit 19, ist für jeden organisierten Kutscher und Arbeiter gesperrt. Keiner der Streikenden hat sich bis jetzt herbeigelassen, einen Wagen der Firma abzuholen, für welche die Firma Wilske die Wagen stellt, zu besteuern. Eine beweislose Behauptung der Firma ist es, wenn den Streikenden nachgesagt wird, daß sie die Arbeitswilligen beschäftigen. Daß dies nicht geschieht, dafür sorgt die uniformierte und geheime Polizei, die überall auf dem Posten ist, wo sich nur streikende Kutscher bemerkbar machen. In der Karlstraße ist das Sperrgebiet für Streikende von der Polizei erweitert worden. Wenn trotzdem die Arbeitswilligen bei der Firma Wilske nicht aushalten, sondern den Wagen auf der Tour stehen lassen oder am Abend ihre Papiere zurückverlangen, so liegt es eben daran, daß die Firma auch bei diesen Arbeitswilligen alle Sympathie verloren hat.

Wir bitten die Arbeiterschaft, den Streikenden die vollste Solidarität zu bewahren.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.  
Branchen der Geschäftskutscher usw.

### Deutsches Reich.

#### „Lohnaufbesserung“ durch Verlängerung der Arbeitszeit.

Nicht ein Unternehmer ist es, der den mit ihrem Lohn unzufriedenen Arbeitern durch Verlängerung der Arbeitszeit aufhelfen wollte, sondern es sind Arbeiter — gelbe allerdings — die auf diesen samofen Gedanken gekommen sind. — Hören wir, was darüber berichtet wird.

In der Formerei der Gummifabrik „Continental“ in Hannover besteht seit Jahresfrist die 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Die Arbeiter werden in Afford ausgeführt. Da in letzter Zeit die Affordhöhe rebusiert wurden, so minderte sich natürlich der Verdienst der Arbeiter, und zwar so, daß er für den Lebensunterhalt nicht mehr ausreichte. Selbst die Gelben, die in dieser Abteilung des Betriebes stark vertreten sind, mußten einsehen, daß der Verdienst, den die gekürzten Affordhöhe brachten, nicht ausreichte sei. Aber „wirtschaftsfriedlich“ wie die Gelben nun einmal sind, waren sie für ein Vorgehen zum Zweck der Lohnaufbesserung nicht zu haben. Aber sie fanden einen Ausweg, der ihnen die Möglichkeit geben sollte, mehr zu verdienen, ohne daß die „Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter“ gestört werde. Die gelben Schläpfe sammeln Unterschriften zu einer Eingabe an die Betriebsleitung, worin diese ersucht wird, die Arbeitszeit zu verlängern, damit die Affordarbeiter mehr verdienen könnten. Von Mitarbeitern, die der Betriebsleitung nicht verfallen sind, wurde darauf auf-

merksam gemacht, daß die Verwirklichung dieses Verlangens Entlassungen von Arbeitern zur Folge haben müsse. Doch dieser Einwand zog nicht bei den Gelben. Sie taten ihn einfach ab mit den Worten: „Na, dann werden die Ueberflüssigen eben entlassen!“ Daß sie selbst bei den notwendig werdenden Entlassungen verschont bleiben würden, das konnten die gelben Unternehmergesprächlinge wohl annehmen und sie hatten sich dabei nicht verrechnet.

Die Direktion kam dem Verlangen der Gelben bereitwillig nach. Sie verlängerte die Arbeitszeit auf neun Stunden. Die unmittelbare Folge davon war, daß von 160 beschäftigten Arbeitern 60 entlassen wurden. Allerdings nur solche, die nicht gelb waren. — Eine Versammlung der in der „Continental“ beschäftigten Gummiarbeiter protestierte gegen die Maché der Gelben, die sich durch ihr Schelmstück wieder einmal ins rechte Licht gesetzt haben.

Während jeder einsichtige Arbeiter bejammert ist, die Arbeitszeit zu verkürzen, noch dazu in einem so gesundheitschädlichen Beruf, wie es die Gummifabrikation ist, bringt diese gelbe Garbe es fertig, eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen, anstatt eine Aufbesserung der Affordhöhe zu verlangen. Aber noch dem gelben Rezept darf ja der „Wirtschaftsfriede“ nicht gestört werden, damit die Aktionäre der Gummifabrik „Continental“ nicht im Genuß ihrer 45 Proz. betragenden Dividende geföhrt werden.

### Zigarettenarbeiter-Aussperrung.

Die Firma Reitor Gmacks, Zigarettenfabrik in Frankfurt am Main, hat am Mittwoch ihre sämtlichen Zigarettenarbeiter, organisierte und nichtorganisierte, ausgesperrt. Vor Zugang wird dringend getarnt!

Deutscher Tabakarbeiterverband.

Nicht „Teutonia“, sondern „Titania“ heißt die Maschinenfabrik in Frankfurt a. O., wo, wie wir am 27. d. M. berichteten, die Balancier streiken.

### Ausland.

#### Die Textilarbeiterbewegung in Brünn.

Bekanntlich ist den separatistischen Gewerkschaftsgerippstern, die zuerst während der Verhandlungen die Arbeiter aus einigen Fabriken herauszogen, vor der Aussperrungsdrohung der Unternehmer bange geworden und sie gaben alsbald die Parole aus: Wieder in die Fabriken! Die Arbeiter aber hatten inzwischen, wohl auch durch Scharfmachereien im Unternehmerlager erbitert, in immer mehr Fabriken die Arbeit eingestellt, und wer die Arbeit nicht einstellte, wurde ausgesperrt, so daß alle Betriebe stillstehen und Zehntausende Arbeiter feiern. Die Vorrichter in den Webereien und Färbereien beschloffen, keine Streibereitwilligkeit mehr zu leisten. Gegen einige von ihnen, die sich daran nicht hielten, wurde auf den Straßen stürmisch demonstriert. Bezeichnend für die ungeligen Zustände in der Arbeiterbewegung des tschechischen Gebiets in Oesterreich (die Weber des „deutschen“ Brünn sind größtenteils Tschechen) ist, daß die Separatisten mit den Christlichen und Rationalsozialen ein Streikkomitee bilden, und daß sie sogar, nach einer Meldung der Wiener „Arbeiterzeitung“, die Behörden im Widerspruch mit der Wahrheit dahin informieren, daß die Zentralkisten an der Aussperrung schuld seien.

### Soziales.

#### Wichtig für Gastwirtsgehilfen und Gastwirte.

Die wichtige Frage, ob Gastwirtsgehilfen, die weder Lohn noch Gehalt oder Kost erhalten, sondern nur auf die Trinkgelder angewiesen sind, verpflichtet sind, die Beiträge zur Krankenkasse selbst zu bezahlen, entschied das Breslauer Gewerbegericht. Ein Kellner war in einem Café beschäftigt, wo er keinerlei Entschädigung noch Kost erhielt; tagtäglich mußte er dagegen 25 Pf. Trinkgeld und zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge bezahlen. Ingesamt betrug die Summe, die der Kellner während der Dauer seiner Beschäftigung dem Caféier zahlen mußte, 91 M. Er verlangte das Geld von dem Caféier bei seinem Abgang zurück, was dieser verweigerte. Der Verband der Gastwirtsgehilfen, dem daran lag, eine prinzipielle Entscheidung in dieser für alle Caféhauskellner sehr wichtigen Frage zu bekommen, gewährte dem betreffenden Kellner Rechtschutz und stützte sich dabei bezüglich der Krankenkassenbeiträge auf den § 58 des alten Krankenkassen-Versicherungsgesetzes und auf § 394 der Reichsversicherungsordnung, wonach Arbeiter, Gesellen, Gehilfen usw. nur verpflichtet sind, sich die Eintrittsgelder, Krankenkassenbeiträge einbehalten zu lassen, wenn sie in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen. Das Gewerbegericht schloß sich diesen Ausführungen an. Entschieden unzulässig sei der Zwang, für Bruch, Zeitungen usw. Zahlungen von Personen zu verlangen, die keinen Lohn erhalten. Die Beiträge für Krankenkassen kann sowohl nach dem alten wie nach dem neuen Krankenkassen-Versicherungsgesetz der Arbeitgeber nur dann in Abzug bringen, wenn der Versicherte in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis zu ihm stehe. Der besagte Caféier wurde zur Zahlung der geforderten 91 M. verurteilt. Jetzt wollen noch 30 andere Caféhauskellner auf demselben Wege die von ihnen zu Unrecht erhobenen Beiträge einlagen.

#### Verdienter Lohn darf wegen sofortiger Entlassung nicht abgezogen werden.

Eine Bremer Firma hatte in ihre Arbeitsordnung folgenden Passus aufgenommen:

„Wer ohne genügende Entschuldigung mehr als drei Tage ausbleibt, verliert das Recht auf Weiterbeschäftigung und gilt als widerrechtlich aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden.“

In diesem Falle wie überhaupt in jedem Falle der rechtswidrigen Auflösung ohne Einhaltung der Kündigungszeit durch den Arbeiter vermindert letzterer den rückständigen Lohn bis zum Betrage eines durchschnittlichen Wochenlohnes zugunsten der Krankenkasse des Werkes.“

Auf Grund dieser Bestimmung behielt die Firma den verdienten Lohn der letzten Woche ein, weil der betreffende Arbeiter wegen angeblicher Gehorsamsverweigerung entlassen worden war. Das Gewerbegericht Bremen hielt aber die Einbehaltung des Lohnes für unstatthaft und verurteilte die Firma zur Herauszahlung des Betrages. In der Begründung heißt es: Die betreffende Bestimmung der Arbeitsordnung, die sich dem § 134 der Gewerbeordnung anschließt, betrifft nur die Fälle, in denen der Arbeiter selbst rechtswidrig vorzeitig seinen Vertrag löst, nicht aber solche, in denen der Arbeiter durch sein Verhalten dem Arbeitgeber ein Recht zur freistellen Kündigung gibt. Wenn also Kläger wirklich einen Grund zur Entlassung gegeben haben sollte, so wird dieser Fall nicht durch § 134 und die Arbeitsordnung getroffen.

#### Die Völkerverwanderungen im Ruhrgebiet.

Sämtliche Steinlohlenzehen des Ruhrbeckens, welche in den Regierungsbezirken Münster, Arnberg und Düsseldorf liegen, beschäftigten zu Anfang dieses Jahres 308 714 Personen. Davon stammten aus Ost- und Westpreußen 71 900, aus Posen 53 945, aus Oberschlesien 9861, während sich 30 610 Personen aus allen halb und ganz zivilisierten Ländern der Welt zusammen gefunden haben. Es gibt kaum eine Kulturprovinz, die hier nicht geipen wird. Aus den vier östlichen Provinzen stammten rund 135 000 Mann der Belegschaften, was für das Ruhrgebiet gewiß sehr schmeichelhaft ist.

wenn es über Leutenof rebelt. Diese Massen verteilen sich auf die einzelnen Regierungsbezirke:

Gesamtbelegschaft	Bezirk	davon aus Osten	Ausländer
188 882	Arnberg	67 924	9 823
95 342	Düsseldorf	41 008	13 513
82 410	Münster	36 702	8 278

Danach sind also im Regierungsbezirk Münster rund 50 Proz., in Düsseldorf fast 60 Proz. Bergarbeiter aus dem Osten Deutschlands und dem Auslande. Davon entfallen wieder auf die Gruben des Landkreises Ruhrort-Dinslaken 28 Proz. Ausländer, auf Redlinghausen 10,2 Proz. Mit welchen Schwierigkeiten dort die Organisation zu kämpfen hat, läßt sich demnach ermaßen, selbst wenn man das arbeiterchädigende Verhalten des größten Streikvereins der Welt, des christlichen Gewerkschaftsvereins, der hauptsächlich seine Mitglieder im Ruhrgebiet hat, nicht mit in Rechnung stellt. Auch für die Parteibewegung bietet diese Zusammenwürfelung den Schlüssel zur Lösung mancher Rätsels für den Richtingeweihten. Die einzelnen Wahlkreise stellen sich so:

Reichstagswahlkreis	Gesamtbelegschaft	davon aus dem Osten
Bochum . . . . .	106 833	43 000 = 40,03 Proz.
Dortmund . . . . .	68 747	24 940 = 37,15
Redlinghausen . . . . .	75 121	35 153 = 46,78
Essen . . . . .	55 087	17 051 = 30,10
Duisburg . . . . .	40 255	12 058 = 29,78
Hamm-Soest . . . . .	11 112	2 121 = 19,00

Interessant ist ein Vergleich der sozialdemokratischen Wahlziffern hierzu. Es wurden für die Partei abgegeben im Kreise Bochum: 53 833, Dortmund 48 833, Redlinghausen 21 245, Essen 40 503, Duisburg 24 187, Hamm 9023 sozialdemokratische Stimmen. Je mehr in einem Kreise das fremde Element vorherrscht, desto niedriger steht prozentual unsere Stimmensiffer und die Zahl der Organisierten. — Darin findet auch der unglückliche Ausgang des Bergarbeiterstreiks zu einem Teile seine Erklärung. Jetzt liegen vom Oberbergamt Dortmund ein paar interessante Zahlen über den Streik vor, in denen die Lügenhaftigkeit der bürgerlichen und Streikbruchpresse bewiesen wird. Es ist bekannt, daß alle Bergleute, die am 8. Streiktag die Arbeit nicht aufgenommen haben, mit 8 Schichten bestraft wurden. Das sind insgesamt 155 832 Mann, meistens unter Tage Tätige von circa 200 000. An Lohnausfall sind 8 438 904 M. entstanden. Für Kontraktbruch sind 4 752 736 M. vom Lohn einbehalten oder pro Mann 30,50 M. Diese Summe von 13,2 Millionen Mark ist den Arbeitern größtenteils durch die Verärgerung der Christen verloren gegangen, die sich bekanntlich auf die angeblichen Versprechungen der Unternehmer stützten, den Lohn freiwillig nach der Verteuerung der Kohle zu erhöhen. Daraus ist nichts geworden. Der Durchschnittslohn ist im 2. Quartal gegenüber dem 1. um ganz 17 Pf., der der Dauer um 23 Pf. gestiegen. Dafür kosteten aber den Opfern der Sozialjustiz am Landgericht Bochum allein die Gebühren gegen 45 000 Mark — ohne die Verluste durch Strafen. Die Lammesgebuld der Bergleute wird damit genügend illustriert.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Ein Beitrag zur Bevölkerungsfrage.

Der bekannte Berliner Augenarzt Professor Dr. Silex schreibt in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“ folgendes: „Die sogenannten skrofulösen Augenentzündungen, die ungenügend häufig sind und einen sehr hohen Bruchteil von Sehvermögen dauernd vernichten, kommen bei Säuglingen selten vor. Sie sind eine gefährliche Krankheit des zweiten und der folgenden Lebensjahre und sind sowohl durch die Krankheit an sich als auch durch die ungenügenden Rückfälle ein schweres Kreuz für die Eltern und die Kinder. Solch ein Kind bleibt trotz aller Behandlung viele Jahre ein regelmäßig wiederkehrender Gast des Arztes. Hier heißt es vorbeugen, das heißt schon im Säuglingsalter durch eine zweckmäßige Ernährung, durch Luft und Licht darauf hinarbeiten, daß es möglichst nicht zum Ausbruch der Skrofulose kommt. Doch das sind schöne Worte, die sich schwer in die Tat umsetzen lassen. Für den Säugling läßt sich die Milch noch beschaffen, aber dann kommt das zweite und dritte Jahr und mit ihm der zweite und dritte Säugling, und der erste wird zu einem großen Teil mit Kartoffeln und Brot genährt werden müssen, und nun ist die Krankheit da. Je weniger Kinder demnach die von der Hand in den Mund lebende Familie hat, desto besser wird, eine gleiche Delonomie natürlich vorausgesetzt, die Ernährung sein, und damit wird die Zahl der Erkrankungen im allgemeinen wie auch der Augen sinken. Der in auskömmlichen Verhältnissen Lebende, der Wohlhabende und gar der Reiche hat von den Sorgen der Eltern und dem Elend dieser Kinder nicht die Vorstellung wie wir Ärzte, die wir mit ihnen in engster Fühlung stehen.“

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97: 1. Vortrag: „Sturm und Drang.“ Eine deutsche Literaturgeschichte. Referent: Dr. Restriepke. Gäste (Männer und Frauen) willkommen.

Am Sonntag, den 1. September, vormittags 1/9 Uhr, findet auf dem Zentralfriedhof zu Friedrichsfelde die Einweihung des Denkmals für die Genossin Hfer statt. Unsere Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollständig zur Stelle zu sein.

### Letzte Nachrichten.

#### Unwetter in Westdeutschland.

Eleve, 28. August. (S. B.) Gestern in früher Morgenstunde brach plötzlich ein schweres Unwetter aus, das großen Schaden angerichtet hat. In den Wäldern und Parkanlagen sind zahlreiche Bäume gestürzt. Der Telegraphen- und Fernsprechnetz ist empfindlich gestört. Die Ernte an Äpfeln und Birnen, die nach mehreren Missernten endlich wieder gute Aussichten bot, ist zum größten Teil vernichtet.

Bachell, 28. August. (S. B.) Nachdem es hier seit einer Woche ununterbrochen geregnet hatte, entstand in der vergangenen Nacht ein Sturm, der von furchtbarem Regenwetter begleitet war und an Dächern, Fensterscheiben und Wänden großen Schaden anrichtete. Hunderte von Bäumen, darunter auch viele Obstbäume, sind in der ganzen Umgegend entwurzelt worden. Das Ob ist allenthalben abgeweht. Die Gassen in der Umgebung sind mit abgeschlagenen Baumzweigen überfüllt.

Worms, 28. August. (S. B.) Ein orkanartiger Sturm, der heute nachmittag während mehrerer Stunden andauerte, hat im südlichen Teile Rheinhessens die Obsternte fast völlig vernichtet. Hunderte von Bäumen sind wie Strohhalme geknickt oder entwurzelt worden. Fast von allen Wäldern ist das Obst verschwunden.

#### Ein „schwerer“ Diebstahl.

Bukarest, 28. August. (S. B.) In der Gemeinde Colentina wurden die historischen und wertvollen Kirchenglocken des seit etwa 1000 Jahren bestehenden Klosters gestohlen. Von den Dieben, wahrscheinlich Zigeunern, hat man bisher keine Spur.



# Die Berliner Genossen und der Parteitag.

In den am Dienstag abgehaltenen Generalversammlungen der sechs Berliner Reichstagswahlkreise nahmen die Genossen Stellung zum Parteitag. Eingehend wurden die Fragen besprochen, welche auf unserem Parlament in Chemnitz behandelt werden sollen. Im Vordergrund der Erörterungen standen die Vorschläge, welche die vom vorigen Parteitag eingesetzte Kommission hinsichtlich der Reorganisation der Parteileitung gemacht. Wenn auch verschiedene Meinungen hierüber zutage traten, so waren die Diskussionen doch durchaus sachlich und von dem Bestreben getragen, die Organisation so zu gestalten, wie es im Interesse der Schlagfertigkeit unserer Partei als erforderlich erachtet wird. Die nachstehenden Berichte informieren über den Verlauf der einzelnen Versammlungen.

## Erster Wahlkreis.

Genosse Ströbel referierte in den Corona-Prachtsälen. Er führte ungefähr aus: Auf der Tagesordnung des Parteitages stehen sensationelle Fragen nicht, sondern nur solche, die auch schon frühere Parteitage beschäftigt haben. Eines dieser Schmerzenskinder ist die Raiffeiser. Sie ist leider nicht das geworden, was die Stifter auf dem Kongress zu Paris im Jahre 1889 gewollt hatten. Bei uns in Deutschland ist der Prozentsatz der Arbeiter, die die Raiffeiser durch Arbeitsruhe begeben, ein bescheidener. Aus diesen Verhältnissen heraus sind die Anregungen und Anträge geboren, die darauf hinauslaufen, die Raiffeiser ganz zu beseitigen oder doch auf den nächstliegenden Sonntag zu verlegen. Redner steht jedoch auf dem Standpunkt, wenn auch eine allgemeine Arbeitsruhe für die nächste Zeit nicht durchzuführen sei, so sollte man die Raiffeiser doch in den bescheidenen Grenzen beiseite lassen, in denen sie sich heute abspielt. Es sind doch Hunderttausende, die am ersten Mai für die Ziele der Sozialdemokratie demonstrieren. Deshalb darf auch grundsätzlich an der Raiffeiser in ihrer heutigen Form nicht geändert werden. Die Dinge liegen nun einmal so, daß die Gewerkschaften nicht daranacht werden können, sich der Raiffeiser wegen in große wirtschaftliche Kämpfe hineinzustürzen. Es wird schon dabei bleiben, daß dort, wo es möglich ist, ohne allzu schwere Schädigungen zu feiern, der Tag durch Arbeitsruhe begangen wird. Jene aber, die durch irgendwelche Umstände gezwungen sind, zu arbeiten, haben ihr Scherflein zu den Kosten, die die Raiffeiser nach sich zieht, beizutragen. An uns liegt es, daß das, was jetzt besteht, beibehalten bleibt und keine Verringerung eintritt, und daß das, was zu bezahlen ist, auch gezahlt wird. Vielleicht kommen einmal Zeiten, wo noch mehr verlangt wird an Opfern von dem einzelnen, als ein Tagelohn. Die alten Parteikämpfer haben ungeheure Opfer bringen müssen, haben freudig alles hingegeben, für ihre Ueberzeugung. Ein eventuelles Massenstreik wird ebenfalls große Anforderungen an den Opfermut der Genossen stellen.

Das Stichwahlabkommen hat große Verwirrung ausgelöst, und von vielen Seiten ist die Dämpfungssparole scharf kritisiert worden. Der Parteivorstand befand sich aber in einer sehr unangenehmen Lage, als der Freisinn mit dem Anerbieten an ihn herantrat. Der Freisinn tat es nicht der Schwarz-Blauen wegen, sondern weil die Mandate seiner Führer gefährdet waren. Redner gibt eine eingehende Schilderung der Vorgänge. Hätte er, Redner, jener Sitzung beigewohnt, die darüber Beschluß faßte, so hätte er jedenfalls ebenso gehandelt wie der Parteivorstand. Die Zugeständnisse an den Freisinn waren keine übermäßigen. Wir haben nicht sehr viel geopfert, dafür aber eine Anzahl Mandate gewonnen. Diese Dämpfung war allerdings etwas Neues in unserer Partei, doch kann nicht bestritten werden, daß wir durch diese Taktik Nutzen hatten. Sollte sich aber die Meinung einbürgern, daß diese Taktik bei jedweder Gelegenheit eingeschlagen werden soll, dann wäre er, Redner, der erste, der dagegen auftreten würde.

Run zur Reorganisation des Parteivorstandes. Der „Vorwärts“ hat sich schon gegen die Schaffung eines Ausschusses gewendet, und zwar deshalb, weil die wirklichen oder vermeintlichen Uebelstände, die jetzt bestehen, dadurch nicht behoben würden. Man soll nicht glauben, daß Augenblicksfragen, wie feinerzeit bei der Marocco-Affäre, von 30 Personen schneller gelöst werden könnten. Wenn man weiter sage, die Einigkeit würde durch einen solchen Ausschuss gefährdet werden, so trifft dies wohl auch nicht zu. Sind doch ohnehin schon in der letzten Zeit große Meinungskämpfe zwischen Nord und Süd nicht ausgefochten worden. Wir

leiden vor allen Dingen daran, daß die Massen von theoretischen Streitfragen nicht genug unterrichtet werden. Hätten wir erst einen Ausschuss, dann würden wir Dämpfungen erleben in bezug auf Parteidiskussionen. Es ist aber zu wünschen, daß der feisch-fröhliche Meinungskampf nicht unterbrochen wird. Der Parteivorstand ist zurzeit so zusammengesetzt, daß er allen seinen Pflichten gewachsen ist. Unterstützung findet er hierbei durch die verschiedensten Konferenzen, an denen sich der Parteivorstand, oder doch einzelne seiner Mitglieder, beteiligen.

Die Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen hat ebenfalls lebhaft Diskussionen hervorgerufen. Redner ist der Ansicht, daß man es bei dem jetzigen Zustand belassen soll. Bezüglich der Sonderkonferenzen haben die Anträge übers Ziel hinausgeschossen. Wenn eine Anzahl Abgeordneter sich in Eisenach zusammengefunden haben, so ist dies nur geschehen, um Beratungen zu pflegen. Wollen wir Gedanken austauschen, dann müssen wir uns schon irgendwo zusammensuchen. Es ist das gute Recht der Abgeordneten, wenn sie solche Besprechungen pflegen, zumal dort Beschlüsse ja nicht gefaßt werden. Doch auch gegen Gruppenbildungen auf Parteitagen wende sich die Kritik. Diese Gruppenbildungen sind aber nichts Neues. Selbst solche Genossen, die jetzt dagegen reden, haben daran teilgenommen. Wenn es auch nicht auf jedem Parteitag vorkommen soll, so aber doch bei besonderen Fragen. In Magdeburg hätte die Linke, welche den traditionellen Geist in der Partei hochhält, nicht diese imponierende Geschlossenheit gezeigt, wenn nicht diese Gruppenbesprechungen vorausgegangen wären. Jede künstliche Verflechtung verschlimmert nur die Sache. Durch solche Gruppenbildungen kann man Heißsporne jäheln und Angsthäsen Mut beibringen. Wir wollen die Einigkeit in der Partei, und sie ist zu erzielen dadurch, daß eine Klärung der Meinungen in der großen Masse stattfindet. In diesem Sinne wünscht und hofft der Referent, daß der Parteitag in Chemnitz zum Nutzen und Gedeihen der Partei arbeiten wird. (Lebhafter Beifall.)

Als erster Diskussionsredner begründet A. Bloch einen von ihm eingebrachten Antrag, der besagt, der Parteitag möge die Herausgabe eines monatlich erscheinenden Blattes beschließen, welches besonders trasse Gerichtsberichte des verflochtenen Monats wiedergibt. Das Blatt soll in zwei Nummern geteilt sein, in denen die verschiedenen Massenurteile bei denselben Vergehen in bezug auf die bestehenden und beschlossenen Massen gegenübergestellt werden. Ebenso soll auch darin die Massenurteile der Polizei und der Verwaltungsbehörden gekennzeichnet werden. Das Blatt soll überall unentgeltlich als Flugblatt verteilt werden.

Des weiteren erfuhr der Redner um Ablehnung des Antrages gegen Sonderkonferenzen. Redner ist dafür, daß die Fraktion an Parteitagen teilnimmt, jedoch ohne Stimmrecht. Eventuell könnten auch, wie es teils auch in anderen Ländern geschieht, die Stimmen der Abgeordneten gesondert gezählt werden, so daß sie auf das Abstimmungsresultat keine Einwirkung ausüben. Der Parteivorstand müsse so viele unbesoldete Beisitzer erhalten, daß die besoldeten Mitglieder nicht die Mehrheit haben. Das Stichwahlabkommen kritisiert Redner in längeren Ausführungen. Hätten die Freisinnigen für die Konserativen gestimmt, so hätten wir hier in Berlin den ersten Kreis gewonnen.

Hege wald: Wenn im ersten Kreis noch so zwei Genossen wären, wie der Genosse Bloch, dann wären noch mehr leere Stühle da wie an diesem Abend. Des weiteren erklärt Redner, es wäre ein großer Unterschied, ob 80 oder 110 Abgeordnete im Reichstag sitzen. Dieses sehe man am besten bei der Frage der Reichsversicherungsordnung. Hätten wir da schon 110 Mann im Reichstag sitzen gehabt, so wäre dieselbe anders ausgefallen. Es müsse endlich einmal, wie der Kandidat des Kreises, Düwelle, auf dem letzten Parteitag in ausgezeichnete Weise ausgeführt habe, gegen eine Partei vorgegangen werden. Die Parole müsse lauten: gegen das Zeugtum.

Wublich begründet einen Antrag, wonach die sozialdemokratische Agitation mit Rücksicht darauf, daß die demokratische Vereinigung bestrebt ist, auf die technischen Angestellten immer mehr Einfluß zu gewinnen, in den Kreisen der Angestellten nach Möglichkeit zu fördern ist. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der demokratischen Vereinigung und dem Bund der Technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die

Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der Arbeiterbewegung bilden sollen. Aus Hegewalds Ausführungen habe der Geist des Zahlabends gesprochen und es zeige sich, wie notwendig eine Revision der Organisationsverhältnisse sei. Ferner ist Redner gegen das Stichwahlabkommen. Der Schaden, der allerdings nicht nachweisbar wäre, sei größer als der Nutzen dabei. Gegen Sonderkonferenzen hat Redner nichts einzuwenden, doch ist er nicht dafür, daß die Reichstagsfraktion vollzählig an den Parteitagen teilnimmt. Das Beamtenelement im Parteivorstand könnte etwas zurückgedrängt werden. An der Reichsversicherungsordnung wäre auch nichts geändert worden, wenn wir 110 Mann im Reichstag gehabt hätten.

Genossin Bloch: Durch Ausführungen, die die von Hegewald, werde die Freiheit der Kritik nicht gefördert.

Schwabedahl: Ströbel habe die Raiffeiser sehr objektiv behandelt und er teile dessen Standpunkt voll und ganz. Auch bezüglich der übrigen Punkte ist Redner mit dem Referenten einig. Er sei nicht der Ansicht wie Wublich, daß der Parteivorstand so sehr bureaukratisiert sei. Es wären doch nur Männer darin, die in der Partei groß geworden und mit ihr verwachsen sind.

Bei der Abstimmung über die Anträge wurde der Antrag Schwabedahls angenommen, der besagt, daß es bezüglich der Zulassung der Reichstagsfraktion auf Parteitagen so bleiben soll, wie es jetzt ist. Des weiteren stimmt die Versammlung den Anträgen Bloch und Wublich zu. Ebenso dem Antrag, wonach der vorgeschlagene Parteiaussschuss abzulehnen ist und der die Vermehrung des Parteivorstandes durch unbesoldete Beisitzer bis zu der Zahl 9 inorschlag bringt, und Ausbehnung der Rechte der Kontrollkommission und Beibehaltung der in § 19 des Organisationsstatutes vorgesehenen Konferenzen verlangt.

Ferner wurden folgende Anträge angenommen: § 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pf. oder wöchentlich 10 Pf. und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pf. oder wöchentlich 5 Pf. In Kreisen, wo sehr niedrige Löhne gezahlt werden, sind gewisse Ausnahmen zulässig, doch dürfen die Beiträge nicht geringer sein, als im bisherigen Organisationsstatut angegeben. Mindestens 20 Proz. der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen.

§ 26 Absatz 2, früher § 23. Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation, oder eine von diesen eingesetzte Schiedsgerichtskommission usw. Neu soll der Absatz 4 eingeschaltet werden: „Entzieht sich ein Angehöriger einem gegen ihn eingeleiteten Schiedsgerichtsverfahren durch seinen Austritt aus der Parteiorganisation, so kann gegen den Austrittenden das Nichtwieder- aufnahmeverfahren eingeleitet werden.“

Zu den Anträgen 100-105. Die Parteigenossen des ersten sowie der anderen Groß-Berliner Reichstagswahlkreise haben ihre Stellungen zum Stichwahlabkommen nach reichlicher Aussprache mit dem Parteivorstand in der Verbands-Generalversammlung abgegeben usw.

Ein Antrag der die Sonderkonferenzen mißbilligt, wird abgelehnt. Zum Parteitag wurde einstimmig Petermann delegiert.

## Zweiter Wahlkreis.

Die Versammlung wird vom Vorsitzenden Schröder eröffnet. Das Referat über die Stellungnahme zum Parteitag hat der Abgeordnete des Kreises, Richard Fischer, übernommen, der ungefähr folgendes ausführte: Während bei allen anderen Parteien die Parteitage nur nach außen wirken sollen, eigentlich politische Paraden sind, ist die Wirkung unserer Parteitage nach innen. Die anderen Parteien — in denen die Gegenseite meistens viel stärker wie in unserer Partei sind — vertuschen diese. Die Sozialdemokratie will und kann solche Vertuschungspolitik nicht mitmachen, das widerspricht dem Geiste der Arbeiterbewegung und der Demokratie. Die Frage ist nur, ob die Gegenseite in der schroffen Form ausgetragen werden müssen, wie dies häufig der Fall ist. Wir sollten uns daran gewöhnen, unsere Streitigkeiten als Familienstreitigkeiten zu betrachten und dieselben in einer brüderlichen Form zum Ausdruck bringen. Wir dürfen nie vergessen, daß auch diejenigen, die eine andere Auffassung über Parteitage

## Kleines feuilleton.

Maurice Maeterlinck. Der Jahrgang von 1882, der einige der besten Köpfe der deutschen Literatur hervorgebracht hat, schenkte auch Belgien einen Dichter, auf den Europa hört: Am 29. August wurde Maurice Maeterlinck in Gent geboren. Wie die beiden anderen großen Männer des gegenwärtigen Belgien: Emile Verhaeren und Camille Lemonnier, ist auch Maeterlinck flämischer Abstammung; er schreibt jedoch französisch, und so ist sein Werk durch die Vermählung des germanischen Tiefsinns mit der Formeliebe des Franzosen charakterisiert. Ueberhaupt ist Maeterlinck der Mann der Gegenätze; auf der einen Seite der Schöpfer der jenseitigsten und innerlichsten Szenen des modernen Dramas, der Kenner der „Sprache der Seelen“ und der Vater des Symbolismus; und auf der anderen Seite der Amateurhörer und der Liebhaber des Sensationsfilms von der „Monna Vanna“.

Maeterlinck war Jüngling der Genter Jesuiten und studierte dann an der Universität seiner Vaterstadt Jurisprudenz und Philosophie. Seine Eltern wünschten, daß er einen praktischen Beruf ergreife, und so wurde er im Jahre 1887 Rechtsanwält in Gent, wo er bis 1896 praktiziert hat. Aber schon im zweiten Jahre, nachdem er sich als Advokat niedergelassen, debütierte er auch in der Literatur mit einem Gedichtbändchen, das den bezeichnenden Titel „Les fleurs de la terre“ führte. Diese Verse in der Art Verlaines und Waudelaires erregten kein sonderliches Aufsehen; aber kurze Zeit danach veröffentlichte Maeterlinck sein erstes Drama, die „Princesse Maleine“, das ihn mit einem Schlag berühmt machte. Octave Mirbeau, Frankreichs erster Kritiker, schrieb über das Werk einen aufsehen erregenden Artikel im „Figaro“, in dem er erklärte, daß Maeterlincks Werk „alles Schöne in Shakespeares bei weitem übertrifft.“ (11) Nun folgten schnell aufeinander die „Blinden“ („Les aveugles“) und der „Eindringling“ („L'Intrus“), die beide 1890 erschienen, und „Waldes und Wäldchen“ vom Jahre 1892. Die jungen Pariser Dichter, die sich beim Naturalismus langweilten, erlören nun Maeterlinck zu ihrem Heiligen, und so entstand die neue Literaturrichtung des Symbolismus, der im Zeitalter des Automobils wieder an die Seele glaubt. Maeterlinck weiß, daß jeder Mensch im Grunde ein Kind ist, das gern Märchen hört und sich vor Gespenstern fürchtet. Und so erzählt er uns wunderschöne, grauliche Geschichten von einem ganz eigenen Reich. Er hat die naive Suggestionskraft, mit der man im Mittelalter Legenden dichtete, und dazu eine seltene Virtuosität des Entsetzens. Auch der alte Höfen hatte Augenblicke, in denen sein strenger Naturalismus sich in Mystik auflöste und wo in den alltäglichen Worten das Unfassbare gesprochen wurde. Da hat Maeterlinck angeknüpft und Szenen von einer so erfindenden Unheimlichkeit geschaffen, wie sie auch dem Korymben nur selten gelungen sind. Der Tod ist von den Porten schon so oft mißbraucht worden, daß er uns auf der Bühne nicht mehr imponiert. Und doch wirkt der „Eindringling“ so, als ob Maeterlinck zum ersten Male den Senfemann wirklich gesehen hätte.

Natürlich wirkte Maeterlincks Kunst nur auf den kleinen Kreis derer, die sich dem Symbolismus ergeben hatten, und auch Apollinaire und Sôlysette vom Jahre 1896 änderte nichts; da wollte der Dichter der Seelen der Welt offenbar zeigen, daß er auch auf einer anderen Leiter spielen kann, und er schuf die „Monna Vanna“ (1902). Das schöne Weib, das unter seinem Mantel nackt über die Bühne zu gehen hat, mußte ein Schläger werden und wurde es. Maeterlincks Freunde bemühen sich umsonst, auch dies Werk symbolisch zu erklären; aber immerhin hat er damit soviel erreicht, daß das große Publikum auf sein Schaffen aufmerksam wurde. Danach ist er wieder zur alten Fährte zurückgekehrt und hat uns noch einige tiefe Legenden über Gott, Menschen und Natur erzählt.

Uebrigens sei daran erinnert, daß einige Dramen Maeterlincks („L'Intrus“ und „Monna Vanna“) auch vom Verein Freie Volksbühne aufgeführt wurden.

Kostbare Museumsgegenstände. Ingenieur Artur Bosnansky, Generalsekretär der Geographischen Gesellschaft zu La Paz in Bolivien, einer der besten Kenner des prähistorischen Forschungsgebietes dieses Landes, hat dem Berliner Museum für Völkerkunde ein wissenschaftlich außerordentlich interessantes und wertvolles Geschenk überwiesen, nämlich ein „Valia“ aus „Totora“, eines jener immer seltener werdenden Wälderboote der Agmaro- und Uru-Indianer am Titicacasee. Das Boot, das heute nach Dahlem übergeführt wurde, wo es demnächst aufgestellt werden wird, ist fünf Meter lang und so kunstvoll zusammengesetzt, daß es auch beim stärksten Sturm niemals untergehen kann. Befindet sich ein Indianer auf den stürmischen Wogen des Titicacasees in Lebensgefahr, so pflegt er sich an sein „Valia“ festzubinden und kann sicher sein, lebend an die Küste getrieben zu werden, wenn er nicht vorher durch Hunger oder Kälte umkommt.

Der Transport des Bootes nach der Meeresküste war mit großen Schwierigkeiten und Kosten verknüpft, weil es vom Desaguadero-Flusse, wo die zur Herstellung verwendeten Wälder wachsen, auf dem Landwege nach der Hafenstation Quacui gebracht werden mußte. Von der Beförderung auf dem Wasserwege mußte Abstand genommen werden, weil sonst die Wälder so viel Wasser aufgesogen hätten, daß bei der späteren Reise im Schiffsraume ein Versinken zu befürchten gewesen wäre.

Herr Bosnansky hat eine Anzahl Modelle dieser interessanten Boote von eingeborenen Indianern anfertigen lassen, die er einigen anderen deutschen Museen überweisen will. Außerdem hat der Forscher eine sehr umfangreiche und an kostbaren Seltenheiten reiche paläontologische und geologische Sammlung mitgebracht, die er teilweise dem Berliner Naturhistorischen Museum als Geschenk überwiesen wird. Ganz besonderes Interesse verdienen da einige prachtvolle „Inghydra“, das sind sogenannte Wassersteine, die im Innern ihrer durchsichtigen Masse Wasser enthalten, das dort seit unendlichen Zeiten, nämlich seit der Bildung jener Steine selbst, eingeschlossen ist. Derartige Steine werden nur selten gefunden und bei den meisten ist das Wasser infolge einer äußeren

Verletzung ausgelaufen. Die Bosnansky'sche Sammlung enthält einige Stücke, die durch ihre Größe Bewunderung erregen. Auch die großartigen Kupfererzstufen, die aus dem weltberühmten Kupferbezirk Storo in Bolivia stammen, dürfen große Aufmerksamkeit beanspruchen. — Dem Igl. Kabinett hat Bosnansky gleichfalls eine kostbare Sammlung von Abgüssen aller Münzen zugehakt, die seit der spanischen Eroberung in Südamerika geprägt wurden.

## Humor und Satire.

Der babilische Pfarzer und bekannte Erzähler Hans Jakob, ein abgelegter Feind des Autos, hat sich seinen Zorn in nachstehenden Versen heruntergeschrieben:

„Schweinemäßig grunzende  
Landkäse verhungende  
Krem benehmende  
Pesthauch ausströmende  
Höllenshaft düstende  
Lüste vergiftende  
Schmettende, wetternde  
Schädel zerschmetternde  
Staubwolken wirbelnde  
Windhosen wirbelnde  
Benzindampf qualmende  
Menschheit zermalmende —  
Oftmals am Ziele  
Sich nicht einfindende  
Häufig entgleitende  
Schreden verbreitende  
Unheilverkündende  
Automobile!“

## Notizen.

— Zum Wettbewerb für den Neubau des Königl. Opernhauses sind bis jetzt annähernd 200 Entwürfe eingelaufen; und doch ist der letzte Einreichungstermin erst auf den 1. November festgelegt.

— Wagners jetzt heiß umstrittener „Parsifal“ soll auch in Frankreich und Belgien sofort nach seiner Freigabe zur Aufführung kommen. Französische Textübersetzer sind bereits an der Arbeit.

— Gegen die Vorstände des „Schuyverbandes deutscher Schriftsteller“ und des Deutschen Verlegervereins, die den Kampf gegen die sogenannten „Selbstlosenderleger“ führen, hat der Verleger Kurt Wigand Beschwerde erhoben, wohl deshalb, weil auch vor dieser Firma die Autoren gewarnt wurden. Ob mit Recht oder Unrecht, wird ja der Prozeß lehren.

— Ein „Erstes bayerisches Städtebündentheater“ beginnt Ende September, zunächst wohl in mehreren nordbayerischen Städten, die Zuschüsse leisten, seine Tätigkeit.



Haben, derselben Sache dienen wollen wie wir. Wenn wir in Zukunft unsere Gegenstände in dieser Form austragen, dann ist es nicht nötig, daß uns vor den Auseinandersetzungen auf den Parteitagen bangt. Redner kommt nunmehr zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung des Parteitages. Seit einiger Zeit wird von vielen Seiten gesagt, der Parteivorstand ist nicht aktiv genug, er ist verknorret, ihm müsse frisches Blut eingefloßt werden, wir müssen dafür sorgen, daß die unbefoldete Mitglieder im Vorstand die Mehrheit bilden usw. Was ist nun daran wahr? Wenn ich meine eigene Auffassung sagen soll: Ich halte das ganze Gerücht für eine gedankenlos übernommene Redensart. Ich bin der Letzte, der streiten will, daß in den letzten Jahren manchmal eine Inaktivität geherrscht hat. Doch das war kein Wunder. Vebel war jahrelang krank und infolge dessen meistens in der Schweiz, und auch Singer war 1 1/2 Jahre krank. Bei dem ungeheuren Einfluß von Vebel und Singer ist es selbstverständlich, daß einige Zeit die Ägide schliefen. Es spricht nicht gegen die Demokratie, wenn Männer wie Vebel und Singer, die seit Jahrzehnten an der Spitze der Partei stehen, die über ein außerordentliches Wissen, über Tatkraft und Energie verfügen, einen ganz außerordentlichen Einfluß besitzen und daß ein Wort von denen oft Tausende zum Nachdenken bringt. Unter diesen Umständen war es für die neugewählten Sekretäre unangenehm schwer, bei wichtigen Entscheidungen ohne diese beiden Genossen schnell eine tief einschneidende Parole zu geben. Das hat sich jedoch durch die Zuwahl von Braun, Haase, Scheidemann, geändert. Heute ist das Wort von der mangelnden Aktivität nur noch eine Redensart. Eine Vermehrung ist überflüssig, um so mehr, als die mechanischen Arbeiten von Hilfskräften geleistet werden.

Redner geht dann die einzelnen Vorschläge durch, die zur Reorganisation des Parteivorstandes gemacht wurden, und wendet sich bei dieser Gelegenheit gegen die Eisenacher Konferenz wie überhaupt gegen alle Sonderkonferenzen von radikaler wie von revisionistischer Seite. Der Vorschlag der Eisenacher Konferenz geht dahin, den Parteivorstand durch neun unbefoldete Mitglieder aus Berlin und Umgebung zu verstärken, damit das bürokratische Element nicht überwuchert. Bremen wünscht, daß der Parteivorstand nach der sozialen Konstitution der einzelnen Landesparteien zusammengesetzt wird. Ich kann nicht begreifen, wieso das unbefoldete Mitglied des Vorstandes aktiver sein soll, wie das befoldete und warum die Mitglieder aus Groß-Berlin oder den Industriezentren genommen werden sollen. Der Sitz des Vorstandes in Berlin bürgt schon dafür, daß auf die Verhältnisse der Großstädte, der Industriezentren genügend Rücksicht genommen wird. Andere verlangen, daß die Kontrollkommission mit weitestgehenden Rechten ausgestattet wird. Auch dieser Vorschlag ist falsch. Die Kontrollkommission kontrolliert heute schon die Beschlüsse, die Maßnahmen und die Finanzabrechnung des Parteivorstandes und der ihm unterstellten Betriebe. Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist bereits aus ihrem eigentlichen Rahmen herausgewachsen. Der Parteivorstand führt keine wichtigen Beschlüsse, ohne die Kontrollkommission zu verständigen. Wenn nun die Rechte der Kontrollkommission noch erweitert werden, wer kontrolliert denn diese? Nein, das Vertrauen, das unserer Kontrollkommission entgegengebracht wird, könnte nur verlieren, wenn ihre Befugnisse noch erweitert würden. Für mich ist — wenn überhaupt reorganisiert werden soll — die geeignetste Lösung die Schaffung eines Parteiausschusses. Die Generalkommission der Gewerkschaften tritt bei wichtigen Anlässen die Vorstände der Gewerkschaften zusammen, und wenn die Meinungen geklärt sind, geht zum Kampf. Unser Parteivorstand hatte bisher Generalvollmacht. Dennoch hat er bei wichtigen Anlässen die Redakteure der Parteipresse und die Parteisekretäre zusammenberufen und die Meinungen derselben gehört. Und anders kann es auch nicht sein. Ein Massenstreik z. B. wäre doch undenkbar, ohne vorher mit Vertretern der Landesparteien und der Gewerkschaften eingehend beraten zu haben. Vielleicht kann man den Vorschlag auf Einsetzung eines Parteiausschusses auch etwas ändern. Die Parteisekretäre sind der Meinung, daß sie den Ausschuss zu bilden hätten. Nun ich will die Lösung dieser Frage Verursachern überlassen. Eines ist sicher, hätte der Parteiausschuss in den letzten Jahren schon bestanden, wir hätten nicht so hitzige Debatten über die Budgetbewilligung der Wadenster und den Hofgang der Württemberger gehabt. Die Differenzen wären nicht so tiefgehende gewesen. Die Sonderkonferenzen der süddeutschen Genossen hätten jedenfalls nicht stattgefunden, die Meinungen wären geklärt worden und die Minderheit hätte sich im Interesse des Ganzen untergeordnet. Nun wird die Befürchtung ausgesprochen, die Revisionisten könnten im Parteiausschuss das Übergewicht erhalten. Nun ich sage: Revisionisten, die Farbe bekennen, sind mir lieber, wie solche, die ihre revisionistischen Anschauungen in Geheimzirkeln vertreten, und außerdem sollten doch gerade die, die solche Befürchtungen hegen, mehr Vertrauen zur siegreichen Kraft ihrer Gedanken und Meinungen haben.

Redner wendet sich nun dem Stichwahlabkommen zu und erklärt seine volle Uebereinstimmung mit dem Vorgehen des Parteivorstandes. Bei den Stichwahlen geht es nicht ohne Abmachungen und wenn man die Freisinnigen veranlassen wollte, eine Parole für und auszugeben, dann müßten wir auch Zugeständnisse machen. Man kann kein Abkommen treffen, wenn die anderen keine Seite bekommen, und so war es nötig in den Kreisen, in denen wir aus eigener Kraft nicht siegen konnten, den Wahlkampf zu dämpfen. In all den „gedämpften“ Wahlkreisen fanden wir in der Stichwahl dem Freisinn gegenüber und ein Sieg wäre uns nur mit reaktionärer Hilfe möglich gewesen, so wie es z. B. in Nordhausen gewesen ist, wo die Antisemiten aus Aerger über das Stichwahlabkommen unseren Genossen Gohla wählten und den Freisinnigen durchfallen ließen. Durch das Kompromiß sind 26 Sozialdemokraten mit freisinniger Hilfe und 22 Freisinnige mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt worden. In keinem einzigen Wahlkreis ist gedämpft worden, in dem die leitenden Genossen nicht ausdrücklich damit einverstanden waren. Es ist also nicht wahr, wenn gesagt wird, die Parteigenossen sind verhandelt worden. Ohne das Stichwahlabkommen wäre der schwarzblaue Wadl stärker geliebt und es ist sehr zweifelhaft, ob wir nicht heute schon ein Arbeitswilligensabkommen hätten.

Was die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag anbelangt, so halte ich die Anwesenheit der ganzen Fraktion für unnötig. Wenn es sich darum handelt, Angriffe gegen die Fraktion zurückzuweisen, so werden immer genügend Genossen dazu vorhanden sein. Und wenn einem Abgeordneten, der nicht anwesend ist, der Kopf gewaschen werden soll? Ein Telegramm genügt, um ihn am anderen Tage dort zu haben. Zudem wird es denjenigen Abgeordneten, die durchaus auf dem Parteitag sein wollen, im allgemeinen nicht allzuschwer werden, vom ihrem Kreis delegiert zu werden. Wogegen ich mich ganz entschieden wende, ist die Abschaffung des Stimmrechts der Abgeordneten, das hieße die Abgeordneten als zweifelhafte Parteigenossen zu betrachten. Ich glaube nicht, daß dieser letztgenannte Antrag Annahme findet. Sollte das aber doch geschehen, so habe ich das Vertrauen zu unserer Fraktion, daß auf dem nächsten Parteitag auch nicht ein einziger von uns anwesend ist.

Auf die Frage der Raiffeier will ich nicht viel eingehen. Mit dieser Angelegenheit wird sich der nächste internationale Kongress befassen. Soviel aber möchte ich sagen: Wenn es nicht gelingt, die Gewerkschaften zu einer umfassenden Propaganda für die Arbeitsruhe zu bringen, dann sollten wir den Mut haben, die Aufhebung der Arbeitsruhe zu beantragen. — Redner streift noch kurz einige Anträge auf Vergrößerung der Tagesordnung, tut jedoch davon ab, da er meint, daß die Tagesordnung vollauf genügt.

In der Diskussion wendet sich Genosse Wurm gegen Fischers Auffassungen über die Sonderkonferenzen. Die Eisenacher Konferenz hat keine bindenden Beschlüsse gefaßt, sondern lediglich eine Aussprache und eine Klärung der Meinungen über das Reorganisationsstatut versucht. Redner wendet sich gegen den Parteiausschuss. In den Industriebezirken spielt sich der Klassenkampf ab, diese Bezirke müssen den Ausschlag geben. Der Parteiausschuss ist eine große Bremse, denn bei den Vertretern der zurückgebliebenen Gegenden wird leicht die Einsicht zur Notwendigkeit großer Aktionen mangeln. Redner tritt dann für den Vorschlag ein, den Vorstand

durch 5, 7 oder 9 unbefoldete Mitglieder aus Berlin und dessen weiterer Umgebung zu verstärken. Die Genossen, die nicht ständig in der Kreismühle der Parteiregierung sitzen, behalten einen freieren Blick für die außen vorliegenden Dinge. Der geplante Parteiausschuss ist schon gestorben, bevor er geboren war, denn die meisten Orte, die überhaupt Beschlüsse gefaßt haben, — vertieren gegen ihn.

Wilder tritt für den Austritt aus der Landesbesitzung ein und behauptet, daß kein entsprechender Antrag vorliegt, montiert auch, daß selbst Reichstagsabgeordnete unserer Partei noch der Kirche angehören.

Grünwald hat nichts gegen das Stichwahlabkommen an sich, er wendet sich nur gegen die Dämpfung, die mit Recht in den weitesten Kreisen Kopfschütteln verursacht hat. Die Dämpfung ist etwas ganz Neues in der Parteigeschichte. Die Gegner der Dämpfung können es nicht billigen, daß die Genossen auf einmal zurückgepfiffen werden. Verschiedene „gedämpfte“ Kreise haben sich gegen die Dämpfung ausgesprochen. Es ist auch ein zu großes Maß von Selbstverleugnung, daß man einem begeisterten Parteigenossen nicht zumuten kann, nach wochenlangen Kämpfen, in denen er sich geistig und körperlich aufgerieben hat, nun auf einmal Gewehr bei Fuß zu stehen. Der Dämpfungsrudel wird nie wiederkehren. Redner wendet sich dann der beabsichtigten Reorganisation zu und ist der Meinung, daß diese vorläufig nicht nötig ist. Der Parteiausschuss ist un-demokratisch, da den kleinen Landmannschaften mit ihren geringen Mitgliederzahlen dieselben Rechte zugesprochen werden, wie den Industriezentren. Der Parteiausschuss wäre aber auch viel zu schwerfällig. Im Kampf braucht man einige wenige Feldherren, die wissen, was nötig ist, und nicht schwerfällige Korporationen. Redner wendet sich auch gegen die übrigen Vorschläge zur Reorganisation. Wenn schon reorganisiert werden soll, dann müssen wir auch den Mut haben, den Massen zu sagen, daß sie sich an ihre eigene Brust schlagen sollen und mehr wie bisher ihre Pflicht tun. Man muß nicht nur oben, sondern auch unten reformieren.

Nachdem Fischer noch einmal seinen Standpunkt vertreten, begründet Genossin Wurm einen Antrag, der den Parteitag ersucht, zu beschließen, besondere Maßnahmen zur Gewinnung von Mitgliedern im Alter von 18—21 Jahren zu treffen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ferner wird ein Antrag angenommen, der die Delegierten ersucht, den vorgeschlagenen Parteiausschuss abzulehnen. Ein Antrag, der die Reichstagsabgeordneten wie bisher vollgültig zu den Parteitagen zulassen, ihnen aber das Stimmrecht nehmen will, wird abgelehnt.

### Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung tagte im großen Saale des Gewerkschaftsauses. Sie hörte zunächst einen Vortrag des Genossen Pfannkuch über die Aufgaben des Parteitages in Chemnitz. Redner führte u. a. aus: Seit Veröffentlichung der Tagesordnung des Parteitages habe sich im öffentlichen Leben verschiedenes abgepielt, was zu einer Meinungsbildung der Partei herausfordere. So sei der Parteivorstand der Meinung, daß es notwendig sei, über das große Vergarbeitsungslad auf der Erde Vorkehrungen zu treffen. Natürlich müßte auch über die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise gesprochen werden. Auch ein anderes Vorkommnis der letzten vierzehn Tage werde veranlassen, die Meinung der Partei zu erörtern. Das sei der Antisemitentag. Er habe es sich dieses Mal ganz besonders zur Aufgabe gemacht, das Hifthorn zur Jagd gegen die sozialdemokratische Partei zu blasen. — Der Redner wendete sich der Vorlage über die Organisation der Partei zu. Es werde selbstverständlich die Kommission vor dem Parteitag in Chemnitz nochmal mit dem Parteivorstand zusammenzutreten, um unter Berücksichtigung hervorgetretener Wünsche noch andere Vorschläge zu erwägen und dem Parteitag zur Berücksichtigung zu unterbreiten. Der Parteivorstand habe auch die Bezirksvorstände beziehungsweise Bezirkssekretäre zusammenberufen, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand getagt hätten und ihre Meinung niedergelegt hätten, wie sie sich den Ausbau der Organisation dachten. — Neben der Regelung des regelmäßigen Beitrags habe es sich nun auch darum gehandelt, dem Parteivorstand eine Unterstützungsbedürfnisse zur Seite zu stellen. Wenn im vorigen Jahre dem Parteivorstand Vorwürfe gemacht worden seien, er habe günstige Gelegenheiten verpaßt in der Propaganda gegen den Imperialismus und in der Stellungnahme zur Paraffolfrage, und wenn Parteigenossen, selbst Reichstagsabgeordnete, gesagt hätten, „man sei in der Partei dieser Meinung“ (als ob das die Meinung der Partei sei), so habe ja die Stellungnahme des Jänner Parteitages bewiesen, daß es eben nicht die Meinung der Partei sei. — Im übrigen sei der Parteivorstand sehr wohl damit einverstanden gewesen, daß ein Ausschuss ernannt werde, der neben der Kontrollkommission nicht nur den Parteivorstand kontrolliere, sondern auch mit ihm Aktionen beschließe. Von Parteivorstand wegen hätte man in Jena den Antragsteller mindestens dabei geholfen. — Nun sei ja des Weiteren über den Parteiausschuss gestritten worden. Ein Teil Genossen habe gesagt, der Parteivorstand sei zu bürokratisch geworden und hätte neben seinen Geschäften nicht genügend Zeit, sich mit hoher Politik zu befassen. Ja, wenn man nun einen Parteiausschuss von 32 Personen aus dem Reich schaffen würde, oder von noch mehr, da sich einzelne Bezirke nicht richtig berücksichtigt fühlten, und diese etwa 40 Leute lämen dann noch als mitentscheidend hinzu, würde dann etwa die beim Parteivorstand von den Kritikern vermehrte politische Aktionsfähigkeit eintreten? Ja, sagten da diejenigen, die immer Kritik übten, das gehe allerdings nicht. Und sie kamen auf den geäußerten Gedanken, daß dem Parteivorstand 5 oder 7 oder 9 Personen als politischer Beirat zur Seite zu stellen seien. — Er wolle bei der Gelegenheit noch auf eins hinweisen: der Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung habe doch auch den Genossen August Vebel als sein Mitglied. Den werde man doch als ernstlichen Politiker ansehen. Dann habe der Parteivorstand die Genossen Haase und Braun aus Königsberg bekommen. Beide seien doch wohl auch als Politiker anzupreisen. Und man habe Scheidemann bekommen, der sogar vier Wochen Präsident des Deutschen Reichstags gewesen sei. Die Partei, die ihn präsentierte, müsse der Meinung gewesen sein, daß er etwas von hoher Politik verstehe. So ganz möge es also doch nicht zutreffen, daß nur Reichstagsmitglieder im Parteivorstand säßen. Es gehe doch wohl nicht an, hypothetisch zu sagen: Ja, die Meinung sei aber doch in der Partei vorhanden. Die betreffenden Genossen, die so sprechen, sollten die Kurage haben und rund heraus sagen, was man wolle. Dann könnte man sich dennlich über die Personenfrage mit ihnen verständigen. Es könne ruhig in der gedachten Richtung zu Auseinandersetzungen kommen. Er habe schon darauf hingewiesen, daß der Parteivorstand die Bezirksleiter aus dem Reich zusammenberufen habe. Das sei mehrfach geschehen. Und doch sei man seitens einzelner Kritiker der Meinung, es mangle der innere Konnex zwischen dem Parteivorstand und den Genossen im Reich. Er meine: möge der Ausschuss kommen, wie er wolle, ein imigere Konnex, als durch die Zusammenkünfte mit den Bezirksvorständen beziehungsweise den Bezirkssekretären, sei nicht denkbar. Darum hätten diese sich auch in der letzten Konferenz dahin ausgesprochen, daß auf jeden Fall die Bezirksvorstandskonferenzen beibehalten bleiben müßten. Wer seien nun die Bezirksvorstände und Bezirkssekretäre? Nehme man dazu nicht die Beschäftigten aus den Bezirken! Sonst würden sich ja die Genossen ins eigene Fleisch schneiden. Werde nun der Parteiausschuss zur Institution und würden andererseits die Bezirksvorstände weiter einberufen, so würde eine Doppelorganisation bestehen, die zum Teil aus denselben Personen zusammengesetzt sei. Ob das gut sei, erheime fraglich. Am Gerüchten entgegenzutreten, die dahin führen könnten, wieder mal zu sagen: ja, die Meinung sei aber vorhanden, möchte er auf folgendes hinweisen. Er lese, daß ein Mitglied der Kontrollkommission in seiner Eigenschaft den Antrag durchgedrückt habe, daß die Kontrollkommission mit größeren Reichswahlkommisssionen auszurüsten sei. Er habe sich gefragt, worin solle das Maß bestehen? Es wäre doch richtiger, rund heraus zu sagen, daß die Reichswahlkommisssion in bestimmter Richtung, die genannt werde, bestehen solle. Sollte die Kontrollkommission mit dem Parteivorstand

schlüsse fassen können, oder solle sie gesondert beschließen und vom Parteivorstand verlangen können, ihre Beschlüsse auszuführen? Koch eins, was hier aussahe. Jährelang sei bei dem regelmäßig jährlich viermaligen Zusammentreten der Kontrollkommission alle Dinge, die einen Ausschub vertrugen, seitens des Parteivorstandes gemeinschaftlich mit der Kontrollkommission beraten worden. Das sei eine Tradition gewesen, die noch aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes herrührte. Mit Rücksicht auf das Verbindungsverbot des alten Reichs hieß es im Statut, Parteivorstand und Kontrollkommission bildeten die Parteileitung. In diesem Zustand habe der Parteivorstand nicht gerüttelt. Die Kontrollkommission sei es selber gewesen, die dieses Verhältnis aufgehoben haben wolle und auf deren Verlangen es aufgehoben worden sei, weil sie sich sagte, sie sei eine Kontrollkommission. Dies habe er jetzt vorgebracht, um zu zeigen, daß in jenem Antrag nichts Neues aufgebracht werde, sondern daß man etwas so Lange, was bestanden habe, und wenn es nach den Wünschen des Parteivorstandes gegangen wäre, noch bestände. — Man werde auf dem Parteitag und in der Kommission sich über die Dinge einigen können.

Zur Frage der Raiffeier äußerte sich Redner dahin, daß die deutsche Partei gar nicht anders könne als an der Raiffeier in der bisherigen Art festzuhalten, solange nicht ein internationaler Kongress andere Direktiven gebe. Zu dem Bestreben, die technisch-industriellen und kaufmännischen Beamten besonders zu pouffieren, bemerkte Redner u. a., daß eine Partei, wie die Sozialdemokratie mit ihrer bekannten inneren und äußeren Werbestraft, sich nicht aufzuregen brauche, wenn die kleine Gruppe der Demokraten sich so außerordentlich um diesen sogenannten neuen Mittelstand bemühe. Bremen wolle die parteitaktische Haltung der Zeitungsorgane lediglich der Kontrolle der örtlichen Instanzen unterstellen. Nun unterliege ja diese Haltung der Organe der Kontrolle der örtlichen Parteikommissionen. Daneben aber auch der des Parteivorstandes. Und daß man diese Mitkontrolle des Parteivorstandes aufheben wolle, sei außerordentlich bedenklich. Das würde in gewisser Hinsicht die Auslösung der Zentralisation der Partei herbeiführen. Als hochbedeutenden Antrag bezeichne Redner den aus München, der von Parteivorstand und Generalkommission verlangt, sich in Verbindung zu setzen und die Gründung einer Zeitschrift in die Wege zu setzen, deren Inhalt sich auf die ganze Tätigkeit der sozialistischen Versicherungsinstitute, auf die Organisation der Wahlen zu diesen Institutionen, auf die Rechtsprechung der Spruchinstanzen sowie auf die ganze Privatversicherung und ihre Träger usw. erstreckt.

Auch die Eisenacher Konferenz von Parteigenossen, die da meinten, die Partei vor der Verjumpfung bewahren zu müssen, werde den Parteitag beschäftigen. Auf der Niederbarnimer Konferenz habe der Abgeordnete des Kreises auf Vorhaltungen erklärt, was denn dabei los sei, es hätte sich nur um eine zwanglose unverbindliche Zusammenkunft gehandelt. In Ostbavland auf der Konferenz sei es Liebnecht gewesen, welcher meinte, die Zusammenkunft in Eisenach sei nur eine Fortsetzung der in Berlin begonnenen gewesen. Und Wurm meinte auf der Konferenz in Gera, man habe sich in Eisenach geeinigt. — Wer von den Dreien habe nun recht? Und Jübel habe erklärt, der politische Beirat sei nicht von den Eisenachern erkoren worden, sondern von einem Teil der Fraktion. Vielleicht meine er damit die, die in Berlin nicht zu Hause gekommen seien. Redner meinte, die Genossen, die so zusammenkamen, hätten ruhig ihre Kritik für den Parteitag aussparen können, oder doch in den Parteikonferenzen ihrer Kreise hervortreten können mit dem, was sie auf dem Herzen hatten. — Eine große Reihe Anträge verlangten, daß die, welche mit der Kirche gebrochen hätten, austreten sollten aus den Kirchengemeinschaften. Redner meinte, die Partei werde sich nicht von ihrem Standpunkt, Religion sei Privatsache, abbringen lassen.

Redner schließt die Stichwahlabkommen aus der politischen Situation, die die Möglichkeit bot, den schwarzblauen Wadl zu geräumern, beziehungsweise ihn in seinen Grundlügen zu erschüttern. Der günstige Effekt wäre noch ein ganz anderer gewesen, wenn noch acht Tage länger zwischen Hauptwahl und Stichwahl Zeit gewesen wäre. Der Parteivorstand habe übrigens die Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ als politische Ratgeber hinzugezogen. Es strappierte ihn, daß ein Redner am Sonntag in der Großberliner Generalversammlung habe sagen können, daß die Mehrheit der Redaktion des „Vorwärts“ sich nicht wundern könne, wenn die Richtung vor ihrem Intellekt sich mindere und wenn innerhalb der Partei die Anschauung immer mehr Boden gewinne, daß die „Vorwärts“-Redaktion über das Parteilieben im Reich nur das bringe, was der Parteivorstand erlaube, und über das Parteilieben in Groß-Berlin nur das, was der Aktionsausschuss gestalte. Einen größeren Vorwurf könne er sich gar nicht denken als den, der Parteivorstand beeinflusse die Redaktion des „Vorwärts“. Niemals sei das geschehen, und die Redaktion, die sich das bieten ließe, wäre nicht wert, noch einen Tag auf ihren Stühlen zu sitzen. Aber in einer so großen Sitzung einen solchen lapidaren Satz hinzuworfen, das mache Effekt. — Manche sagen, die „Dämpfung“ bei einzelnen Stichwahlen hätte nicht kommen dürfen, das hätte Verwirrung angerichtet. Na, Parteigenossen, die Hauptwahl, wo wir nach altem Brauch unsere Köpfe zählen konnten, sei ja vorüber gewesen und wir hätten unsere 4 1/2 Millionen gemustert. Und da habe man unseren Parteigenossen nicht zumuten sollen, zu verfahren, wie es geschehen sei, im Interesse einer parlamentarischen Aktion, von deren Ausgange es abhing, zu verhindern, daß wir wieder einen solchen Pollstrix ausgehakt bekommen, wie das letztmal! Und wo die Möglichkeit bestand, eine solche Unterlage dafür zu geräumern, wie es der schwarzblaue Wadl sei! Er sei der Ueberezeugung, daß der Parteitag es billigen werde. Er rechne auf das Verständnis, daß dem Parteivorstand Bewegungsfreiheit gegeben werde. Gewiß könnten mal vorübergehende Vertimmungen und auch mal eine Engleistung vorkommen. Aber faust würden wir uns immer zusammenfinden in unserem großen Ziel und bei der Niederwerfung unserer Gegner. (Lebhafter Beifall.)

Zur Diskussion nahm als erster v. Jischod das Wort. Er ist nicht damit einverstanden, daß die Anträge, die den Kirchenaustritt betreffen, einfach abgetan werden. Wegen der Bestrebungen der Konfessionen und des Jentrums müßten Gegenmaßnahmen getroffen werden. Er könne nicht begreifen, daß Parteigenossen, die sich mehrere Jahre in der Partei bewegten, in diesem Punkte nicht soweit aufgefäht seien, um zu erkennen, daß die geistige Anmacht der Menschen eine der Ursachen sei, daß die Menschen sich wirtschaftlich ausbeuten lassen. Die Aufklärung in den religiösen Dingen sei ebenso notwendig, wie die in ökonomischen und politischen. Redner führt den Gedanken näher aus und verspricht sich davon, daß recht viele sich auch äußerlich von der Kirche lösen, einen erheblichen Einfluß im Sinne einer freigeistigen Entwicklung, die wieder fördernd zurückwirke in politischer Hinsicht.

Adolf G. rudi macht den Duisburger Antrag, welcher das Stichwahlabkommen verwirft, zu seinem eigenen und führt dazu aus, daß er die Genossen bitten möchte, sich nicht der günstigen Beurteilung des Stichwahlabkommens anzuschließen, die der Referent als Beteiligter gegeben habe. Besonders verurteilt Redner die „Dämpfung“. Dies Abkommen widerstrebe auch heute noch dem Empfinden vieler Genossen des dritten Kreises. Auf keinen Fall hätte in einzelnen Kreisen bei der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen abgesehen werden dürfen. Er möchte wünschen, daß ein solches Abkommen nicht wieder getroffen werde. Die Freisinnigen hätten es nur getroffen, weil sie sonst sehr wenig erlangt hätten. Bezüglich der Raiffeier tritt Redner für Beibehaltung des Rürbeger Beschlusses ein. Was die Angelegenheit angeht, zu der Jischod sich schon ausgesprochen habe, so hätte er (Redner) schon in einer anderen Versammlung des Kreises betont, daß man Weltanschauungsfragen nicht mehr so aus dem Wege gehen könne wie früher. Wir könnten und müßten zu solchen Weltanschauungsfragen Stellung nehmen. Redner bekräftigt noch folgenden Antrag, wobei er betont, daß er ihn als Sozialdemokrat und nicht als Freireligiöser stelle:



Die Versammlung beantragt beim Parteitag die Erneuerung des Beschlusses, den der 1872 in Mainz abgeschlossene Parteitag gefasst hat und welcher lautet: „Der Kongress empfiehlt den Parteimitgliedern, nachdem sie durch Anerkennung des Parteiprogramms faktisch mit jedem kirchlichen Bekenntnis gebrochen haben, auch formell ihre Mitgliedschaft aus allen kirchlichen Gemeinschaften zu beenden.“

Wühle begründet einen Antrag, wonach die Jugendausschüsse in Zukunft zur Hälfte aus Jugendlichen und aus Erwachsenen zusammengesetzt werden sollen. Ferner begründet er einen Antrag auf Änderung des § 7 des Organisationsstatuts.

Schmahl tritt dem Antrag bezüglich der Jugendausschüsse entgegen. Bei dem jetzigen Verhältnis (ein Drittel zu Zweidrittel) könnten sich die Jugendlichen nicht beschwert fühlen.

Schröder begründet einen Antrag auf Förderung der Agitation unter den Privatangestellten, wovon es 24 Millionen, darunter 14 Millionen Wähler, in Deutschland gäbe.

Björnkjær erklärt in seinem Schlusswort, daß er ja dem nicht entgegenstehe, daß aus der Kirche austrete, wer es wolle. Er wende sich nur dagegen, daß der Kirchenaustritt zur Parteifrage gemacht werde. Religion solle Privatsache bleiben.

Bei der Abstimmung wird der obige Antrag Horndt über den Kirchenaustritt angenommen. Ferner werden folgende Anträge angenommen:

Im Organisationsstatut der Partei ist im § 7 hinter Abs. 1 hinzuzufügen: Bei Abstimmungen über Organisations- und Prinzipienfragen sowie bei Wahlen entscheidet die Mitgliederzahl, welche ein Delegierter vertritt.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, den Parteifunktionären mehr Material zur Agitation unter den Privatangestellten zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ist auf dem nächstjährigen Parteitag (1913) die Privatangestelltenfrage durch ein besonderes Referat zu behandeln.

Im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei sind Sonderkonferenzen, gleichviel welcher Richtung, in denen zu allgemeinen Parteifragen Stellung genommen wird, in Zukunft zu vermeiden.

Abgelehnt werden die Anträge auf eine andere Zusammenfassung der Jugendausschüsse und auf Mißbilligung des Stichwahlabkommens.

Als Delegierte zum Parteitag wählt die Versammlung den Genossen Venker und die Genossin Selene Wittig. — Zum Ersatzmann wurde Genosse Wilhelm Böerner bestimmt. — Genossin Schröder wurde in die Kinderschuttkommission gewählt.

#### Vierter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des 4. Kreises referierte Genosse Wühler über den Chemnitzer Parteitag. Einleitend referierte Wühler die Reichstagswahlen und gab einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Reichstages. Im Interesse des weiteren Fortschritts der Parteiorganisation ist der Redner für höhere Wochenbeiträge. Das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der freisinnigen Volkspartei billigt Wühler nicht. Wohl möge der Vorstand von der Absicht durchdrungen gewesen sein, die Zersplitterung des schwarzen Blocks in den Stichwahlen zu verhindern und so der Situation gerecht zu werden, aber das Abkommen ging zu weit und war nicht angebracht, was dadurch bewiesen sei, daß trotz der Dämpfung zwei der dazu berufenen Kreise gewonnen wurden. Nachdem der Wahlkampf für die Hauptwahlen mit aller prinzipiellen Schärfe geführt worden war, kann man die begeisterte Erregung über die angeordnete Dämpfung in den beteiligten Kreisen, die nun teils mit guten Aussichten auf Erfolg Gewehr bei Fuß stehen sollten, nur zu gut verstehen. — Zur Reorganisation des Parteivorstandes ist Wühler der Ansicht, daß der vorgeschlagene Parteiaussschuß ein zu schwerfälliger Apparat sein würde, man sollte stattdessen die Zahl der unbefoldeten Mitglieder von 2 auf 5 erhöhen, die im § 19 des Parteistatuts vorgesehenen Konferenzen weiter ausbauen und die Rechte der Kontrollkommission erweitern. Durch die gegenwärtige Zusammenfassung des Vorstandes und der Kontrollkommission sei bereits eine Vertretung der verschiedenen Landesparteien geschaffen, so daß eine Beeinflussung durch Berlin bzw. Norddeutschland ausgeschlossen sei. — Bezüglich der Fraktionsvertretung auf dem Parteitag erklärt sich der Referent dafür, daß man entweder eine Vertretung von 10 Proz. oder die Gesamtfraktion mit beratender Stimme zulassen soll. Die Parteiorganisation sollte durch Aufhebung des Frauenbureaus vereinheitlicht und die Sekretärin in den Parteivorstand gewählt werden. In längeren Ausführungen beschäftigt sich Wühler sodann mit der sogenannten Eisenacher Konferenz, die erfolgt sei, um zu dem Organisationsentwurf in unverbindlicher Weise Stellung zu nehmen. Weil vom linken Flügel eine solche Konferenz abgehalten wurde, schlug man selbst in solchen Kreisen Alarm, bei denen besondere Zusammenkünfte schon vorher im Schwange gewesen sind, und süddeutsche Blätter, wie die „Münchener Post“ hätten sicherlich keinen Grund, sich diesbezüglich aufzuregen. Wenn ein Verbot erlassen werden sollte, dann müsse es für beide nun einmal vorhandene Richtungen gelten und dürften dann Konferenzen rechter Hand linker Hand nicht mehr stattfinden. Eine praktische Bedeutung würde ein solches Verbot nicht haben, denn man könne es nicht hindern, daß solche Besprechungen in Form von politischen Beratungen stattfinden. Wühler schließt, indem er der Erwartung Ausdruck verleiht, daß der Parteitag neue Waffen schmieden werde zum Wohle des Proletariats und der Sozialdemokratie. (Beifall.)

In der Generaldiskussion erklärt sich Siegle zunächst mit der Art, wie der Parteivorstand die Göttinger Angelegenheit erledigte, einverstanden. An der Kaiserfeier sollte, nachdem zwischen Parteivorstand und Generalkommission feste Abmachungen bestehen, nichts mehr geändert, wohl aber dafür gesorgt werden, daß die in der Generalkommission Angestellten ihren Tagesverdienst an den Reichsfonds ausbezahlen. Wühler ist gegen eine Beitrags-erhöhung. Der Fraktion des Reichstages müsse das Recht der vollständigen Anwesenheit auf dem Parteitag eingeräumt werden, um jeden einzelnen der Abgeordneten zur Rechenschaft ziehen zu können. Nach den gemachten Vorschlägen komme jetzt schon eine Fraktionsvertretung mit circa 80 Mann heraus, wenn die im Vorstand und in den Debatten und Kommissionen sitzenden Abgeordneten mit in Betracht gezogen würden; zu empfehlen sei die Zulassung mit beratender Stimme. Die zur Reorganisation des Parteivorstandes beabsichtigte Änderung würde dessen Aktionsfähigkeit nicht heben, sondern behindern. Dagegen ist er für Aufhebung der Sonderkonferenzen, die nur die Einheit in der Partei stören.

Eugen Bräuner führt aus, das Stichwahlabkommen werde gemäß auf dem Parteitag eine Rolle spielen, doch sei er anderer Ansicht wie Genosse Wühler. Der Vorstand habe dabei in einer Zwangslage und in der festen Absicht gehandelt, die Zersplitterung des schwarzen Blocks in der Stichwahl zu verhindern. Wühler erläuterte die politische Situation, wie sie damals gelegen habe und die darauf hinwies, die Linke gegen die Rechte soviel wie möglich zu stärken. Daß von den fraglichen Kreisen welche ohne die Dämpfung gewonnen worden wären, sei unwahrscheinlich. Nordhausen habe man nur geholt, weil die konservativen Blockbrüder in ihrer Verärgerung die Freisinnigen im Stich gelassen hätten.

Zur Änderung in der Zusammensetzung des Parteivorstandes hätte bekanntlich die Parokkoangelegenheit den Anlaß gegeben. Wühler teilt hierzu die Ansicht seines Vorredners und meint, eine Körperschaft werde um so aktionsfähiger, je kleiner sie sei. Der Fraktion will Wühler das Recht der vollen Vertretung einräumen, der bisherige Zustand habe zu keinerlei Differenzen geführt, und außerdem sei die Fraktion auf keinem Parteitag in ganzer Stärke anwesend gewesen.

Glah befürwortet einen Antrag, der sich gegen die Absicht des Parteivorstandes wendet, das polnische Parteiorgan nicht mehr so oft wie bisher erscheinen zu lassen. Das Blatt habe nun 23 Jahre bestanden, wenn die Bewegung unter der polnisch sprechenden Bevölkerung keine größeren Erfolge aufweise, so bedürfte es eben der Unterstützung der Gesamtpartei, solche zu erzielen.

Boehlich hält es trotz der Ausschlußfähigkeit, die für die Schaffung eines Parteiaussschusses bestehe, als eine Pflicht der Ehrlichkeit, sich als ein Anhänger desselben zu bekennen. Eine gewisse Schwermütigkeit sei ja nicht zu verkennen, aber der Zweck des Ausschusses soll es doch u. a. auch sein, einen gewissen Kontakt in der Partei herzustellen. Von der Eisenacher Konferenz habe Wühler gesagt, es habe sich nur um eine Besprechung gehandelt, er könne aber nicht finden, was denn eigentlich für ein Unterschied zwischen einer solchen und einer Konferenz bestehe. Im Interesse der Parteieinheit und -geschlossenheit sollten solche Veranstaltungen von keiner Seite stattfinden; eine Bindung führe das für die Teilnehmer immer mit sich, denn sonst hätten die Zusammenkünfte ja gar keinen Zweck.

Sassen meint, zum Stichwahlabkommen habe Berlin bereits unzweifelhaft sein Urteil abgegeben, man sollte darüber nun nicht mehr viel Worte verlieren. Redner tritt für volle Teilnahme der Fraktion auf dem Parteitag mit beratender Stimme und für den erhöhten Wochenbeitrag ein.

Langhammer befragt, die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, er ist dafür, daß die Fraktion für die Erbanfallsteuer bei der Deckungsfrage zur Rüstardvorlage eintritt.

Welle: Mit dem alten Satz: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ dürfe nicht gebrochen werden, aber man verleihe es im Lande nicht, wenn wir die Erbschaftsteuer ablehnen, die doch geeignet ist, den besitzenden Klassen einen Teil der Kosten für den Militarismus aufzuerlegen. Der zur Frage des Imperialismus von unserer Fraktion gestellte Abstrichsantrag ist dem Redner äußerst unsympathisch, kein Mensch glaube, daß es möglich sein werde, ihn in der bürgerlichen Gesellschaft verwirklichen zu können.

Wühler führt in seinem Schlusswort, gegen Glah gemeldet, aus, daß es nicht heiße, das polnische Blatt zu begraben, wenn es in Anbetracht der Kosten von nun an wöchentlich erscheine. Zur Erbschaftsteuer habe der Genosse Wurm in der Kommission des Reichstages den Standpunkt der Sozialdemokratie unzweifelhaft dahin erläutert, daß unsere Partei für eine solche eintreten werde zu dem Zweck, andere, das arbeitende Volk belastende indirekte Steuern aufzuheben. Die Notwendigkeit, die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu stellen, erkennt Wühler nicht an. Es gelte heute noch für die Partei der Grundsatz, „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, und wehe dem, der dem herrschenden Regime, das seine Soldaten und Maschinengewehre vor den streitenden Vorkämpfern aufmarschieren ließ, auch nur einen Mann und einen Groschen bewilligen wolle, für ihn wäre in der Partei kein Platz. (Beifall.)

In der nun folgenden Spezialdiskussion spricht sich Adolf Hoffmann zur Reorganisation des Parteivorstandes dahingehend aus, daß es ihm am zweckmäßigsten erscheine, wenn der Parteitag alle darauf hinauslaufenden Anträge an die Statutenberathungskommission zurückerweise. Der Parteiaussschuß in der vorgeschlagenen Form erzeuge auch ihm als schwerfällig. — Eine lebhaftere Aussprache leitete Genosse J. Vorchard durch seine Stellungnahme zu den auf das Verbot der Sonderkonferenzen hinauslaufenden Anträgen ein. Man müsse dem Rinde den rechten Namen geben und sagen, daß die Revisionisten solche Konferenzen immer schon abhalten, in welcher Form, sei Nebensache. Es sei Spiegelfechterei, wenn man jetzt, weil die Mobilisten einmal zusammenkamen, mit Verboten vorgehen wolle. In der Partei sollte man kein besonderes Vereinsgesetz schaffen, sonst würde es so kommen, wie beim alten preussischen Vereinsgesetz, daß auf Mittel und Wege gefunden wird, dasselbe zu umgehen. — Rintorf und Siegle sprechen für das Verbot und ebenso Boehlich, der dem Genossen Vorchard entgegensetzt, daß, wenn die Revisionisten im „Case Westen“ zusammenkamen, man sagen könne, die Mobilisten hielten ihre Zusammenkünfte im „Case Fürstentum“ ab. — Es erfolgen Abstimmungen.

Von den 29 gedruckt vorliegenden Anträgen werden zunächst diejenigen angenommen, die sich gegen die Beitrags-erhöhung auf 20 bzw. 40 Pf. und gegen die wöchentliche Erhebung wenden. Angenommen wird die Aufhebung des Frauenbureaus, die Rechteerweiterung für die Kontrollkommission und ferner ein Antrag, der jede Änderung in der Zusammenfassung des Parteivorstandes ablehnt. Eine Ablehnung erfährt ebenfalls der auf das Verbot der Konferenzen hinzielende Antrag. Ein Antrag, die Lebensmittelerhöhung und die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen und den nächsten Parteitag in Berlin abzuhalten, wird angenommen.

Zur Resolution, das Stichwahlabkommen betreffend, ergreift Adolf Hoffmann, wie er sagt, lediglich deshalb das Wort, um zu konstatieren, daß Eugen Wühler mit seiner Ansicht in dieser Angelegenheit im 4. Kreise wohl allein dastehe. Die mit großer Mehrheit angenommene Resolution beurteilt das Abkommen und spricht aus, die angeordnete Rücksicht auf die Gegner hätte auf die Genossen in den betreffenden Kreisen in puncto Arbeitsfreudigkeit, Agitation und Organisation deprimierend wirken müssen. Zur proletarischen Jugendbewegung wird beschloffen, den Parteivorstand durch die Partei beauftragen zu lassen, in Anbetracht der Erfolge, welche die Dämpfung seitens der Behörden ausgeübt ist, Maßnahmen zu treffen, um die jugendlichen Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren noch gründlicher über die Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzuklären. Dann gelangt noch die Resolution des Genossen Glah auf bessere Unterweisung der Aufklärungsarbeit unter der polnischen Bevölkerung, ein Antrag auf Befestigung des Sprachenparagrafen aus dem Reichsvereinsgesetz und schließlich ein solcher, der eine bessere Propaganda der Partei für die Arbeiter-Samariter-Kolonie wünscht, zur Annahme.

Mit der Bestätigung der Vorschlagslisten für die Urwahlen zur Beschickung des Parteitages und derjenigen für die Wahl des Schiedsgerichtes findet die Versammlung ihr Ende; die Bestätigung der Vierteljährlichen und diejenige der Wahl des Genossen Paul Hoffmann in den Aktionsaussschuß wurde ohne Diskussion erledigt.

#### Fünfter Wahlkreis.

Die Versammlung tagte in den Ruffersälen in der Kaiser-Wilhelm-Straße.

Zum Parteitag wurden folgende Anträge zur Diskussion gestellt:

1. „Für die Jugendaufklärung mehr wie bisher zu tun, vor allem keine Opfer zu scheuen, die jungen Leute zwischen 18 und 20 Jahren für die politischen Organisationen zu gewinnen und der Parteivorstand solle regelmäßig großartige Agitationen zu dieser Sache einleiten.“

2. „Die Parteipresse zu verpflichten, keinerlei Anzeigen über Spirituosen aufzunehmen und Volkskäufern und dergleichen zu untersagen, Spirituosen zu führen, im übrigen den Schnapsbotteln zu erneuern und zu bekräftigen und die Parteivertrauenspersonen zu verpflichten, für strikte Durchführung des Schnapsbottelns zu sorgen.“

Ferner standen zur Beratung Anträge für und wider die Einsetzung eines Parteiaussschusses.

Welle weist darauf hin, daß allen Anzeichen nach der Parteitag der bestmöglichen Zusammensetzung nicht entbehren wird. Insbesondere wird das bei Beratung des Entwurfs der Reorganisationskommission der Fall sein. Die Änderungen, welche derselbe vorschlägt, sind nach Ansicht des Redners durchaus notwendig. Die Erhöhung der Beiträge erfolge entsprechend einem Beschluß des Leipziger Parteitages, der den Organisationen die Pflicht auferlegte, für baldige Einführung des 10 Pfennig-Wochenbeitrags Sorge zu tragen. Sie sei aber auch dringend notwendig, um den steigenden Anforderungen an die Partei auf den verschiedenen Gebieten gerecht zu werden. Insbesondere sei die Erziehung der proletarischen Jugend von großer Bedeutung, doch solle man hierüber lieber in der Öffentlichkeit nicht soviel reden, um desto intensiver zu handeln. — Wichtig sei die Frage der Einsetzung eines Parteiaussschusses. — Auf dem Parteitag in Jena sei dem Parteivorstand der Vorwurf mangelnder Initiative gemacht worden. Gewiß, aber nur von

einzelnen Personen. Die überhöfliche Mehrheit des Parteitages aber habe die Haltung des Vorstandes gutgeheißen. Wenn nun trotzdem jene Kommission eingesetzt wurde, so geschah es, um den vielen vorliegenden Anträgen eine Verhandlungshütte zu sichern und sie nicht einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Die Berlin-Brandenburger Delegation, die den Antrag Quard-Auer unterstützte, ließ sich sicher von diesen Gedanken leiten. Andere mögen andere Absichten gehabt haben. Er empfehle warm die Einsetzung eines Parteiaussschusses, in dem mannigfache Vorgesänge ihren Ausdruck finden könnten, wenn er eine größere Personenzahl aus dem ganzen Reich umfasse. Ganz entschieden wendet sich der Redner gegen den sogenannten politischen Weir, der zuerst von Ledebour in seinen Artikeln im „Vollständigen Volksblatt“ empfohlen sei, jetzt aber — offenbar als Frucht der Konferenz in Eisenach — mit größtem Nachdruck propagiert wurde. Wer die Verhältnisse kenne, könne die Namen der fünf oder sieben Genossen an den Fingern abzählen, die es für das dringendste Erfordernis halten, daß die Fraktion die Führung der Partei übernehmen. Nichts könne der Partei so schädlich werden, wie die Sonderkonferenzen der verschiedenen Richtungen in der Partei, die offenbar ihren Weg aus der Reichstagsfraktion, wo sie seit längerer Zeit im Gange seien, auf die Parteitage gefunden haben werden. Dies sei auch ein Grund, der mit dafür spräche, der Fraktion nicht mehr das volle Vertretungsrecht auf den Parteitagen zu gewähren, abgesehen davon, daß der Einfluß der Parlamentarier den der Organisationsvertreter empfindlich zu beeinträchtigen geeignet sei. Es schade nichts, wenn die Fraktion in dieser Beziehung unter ein gewisses Kuratel der Parteigenossen gestellt würde. Zum Streit über das Stichwahlabkommen habe sich der fünfte Kreis bereits geäußert, indem er die Taktik des Parteivorstandes gebilligt hat. Es sei inzwischen nichts Neues zutage getreten, was diese Meinung der Genossen des fünften Kreises ändern könnte.

Willi Scholz begründet den Antrag betreffs der Jugendorganisation.

Dr. Wehl rügt die späte Einberufung der Groß-Berliner Generalversammlungen. Im übrigen äußert Redner sein Erstaunen über die Mitteilungen des Genossen Wehl über die Reichstagsfraktion; er glaube aber, da müsse mehr getan werden, als die Fraktion in der Zulassung zum Parteitag zu beschränken, sondern es müsse heißen: Bis hierher und nicht weiter. Die Genossen in den einzelnen Kreisen müssen ihren Abgeordneten sagen, man habe sie nicht als Radikale oder Revisionisten, sondern als Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt. Zur Frage des Stichwahlabkommens erklärt Redner, daß zwar eine Versammlung des fünften Kreises für die Parteivorstandstaktik gestimmt habe, doch aber auf dem Verbandstag von Groß-Berlin die Delegierten des fünften Kreises das Stichwahlabkommen abgelehnt haben. (Widerpruch.) Im allgemeinen habe Redner die Auffassung, daß der Parteivorstand genügend stark zusammengesetzt ist. Ist er aus den Besten zusammengesetzt, dann ist alles andere Beiwert zum mindesten nicht notwendig. Allenfalls könnte man die Rechte der Kontrollkommission nach der politischen Seite hin erweitern. Zur beantragten Verschärfung des Schnapsbottelns muß und wird der Parteitag den Anträgen entgegenkommen. Im übrigen ersucht Redner, von Abstimmungen über die Anträge zum Organisationsentwurf abzusehen, sondern den Delegierten das freie Entschließungsrecht zu überlassen.

Robert Schmidt schließt sich dem letzten Wunsch des Vorredners unbedingt an; speziell sei das auch zweckmäßig in der Frage des Stichwahlabkommens. Seinen Standpunkt zu dieser Sache präzisierend, erklärt Redner: zum Sturz der schwarzen Mehrheit müßte jedes Mittel recht sein. Es werde für das Proletariat nichts gewonnen, wenn wir nur immer geradeaus zu führen versuchen. Im Parlament müsse jede Situation ausgenutzt werden und unsere 110 Mandate nützen uns nichts, wenn nicht eine bürgerliche Opposition in bestimmten Fragen mit uns zusammenzugehen gezwungen würde. Der beste Beweis für die Richtigkeit der diesmaligen Stichwahltaktik sei das Wugebeur der Konservativen, die kategorisch erklärten, daß es von nun ab ausgeschlossen sei, daß sie noch einmal für die Fortschrittler in der Stichwahl eintreten würden. Wenn der Parteiaussschuß vom Parteitag abgelehnt werde, dann müßten auch alle anderen Anträge fallen, die auf Veränderung des Parteivorstandes abzielen. Aber aus verschiedenen wichtigen Gründen sei die Schaffung des Parteiaussschusses zweckmäßig. Sollte beispielsweise eine große politische Massenaktion, die über das ganze Reich von weittragender Bedeutung sei, notwendig werden, so möchte er die Verantwortung nicht dem Dutzend Genossen im Parteivorstand aufhalsen. Dieser Ausschuß wäre also zweifellos ein gesundes Mitglied für den immer größer werdenden Parteivorstand. — Daß nun immer 110 Mann der Reichstagsfraktion zu den Parteitagen kommen, ist nicht haltbar. Schon aus rein technischen Gründen dürfe der Parteitag nicht unnötig durch die Fraktion so verstärkt werden. Daß die Fraktion nicht in allen Dingen einig sei, sei schließlich zu verstehen, solange auch draußen in der Partei über diese und jene Dinge Meinungsverschiedenheiten bestehen. Betreffs der besonderen Konferenzen sehe Wehl wohl etwas zu schwarz. Er sei nach Eisenach allerdings nicht eingeladen worden (Heiterkeit) und wisse nur von zwei oder drei Besprechungen, die im Laufe der letzten Session stattgefunden hätten. Wenn die Zusammenkünfte verboten würden, habe er nichts dagegen, dann aber beiden Richtungen. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Chemnitzer Parteitag sich nicht wieder um Fragen streite, die zu un schönen Differenzen führen, sondern daß er sich tragen lasse von dem großen Erfolg unserer Reichstagswahlen.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen von Wehl und Dr. Wehl wird die Diskussion geschlossen.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen, der Vassus betreffend Verbot des Schnapsaussschusses durch Gewerkschaftshäuser nur mit geringer Majorität. Alle übrigen Anträge zum Parteitag betreffend Einsetzung oder Ablehnung eines Parteiaussschusses und dergleichen kommen nicht zur Abstimmung. Die Versammlung war darin einig, daß die Parteitagdelegierten sich auf dem Parteitag des für und Wider anhören und dann nach Ueberzeugung abstimmen sollten.

Als Delegierte zum Parteitag werden gewählt: Fritz Kasten und Karl Klein.

#### Sechster Wahlkreis.

Der 6. Kreis hielt seine von 696 Delegierten und 46 Vorstandsmitgliedern besuchte Generalversammlung in den „Germaniasälen“ ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag eingebracht, daß die erschienenen Mitglieder des erweiterten Vorstandes — Abteilungsleiter und -assistenten, Vertreterinnen der Frauen und die Kommissionsmitglieder für Groß-Berlin — und die Stadtverordneten sich in den Jubelraum oder auf die Bühne zu begeben haben, da sie laut Beschluß einer früheren Generalversammlung nicht stimmberechtigte Mitglieder der Generalversammlung sein können. Dieser Antrag wurde vom Vorsitzenden Henschel in längeren Ausführungen bekämpft, dann aber mit 381 gegen 242 Stimmen angenommen. Die Betreffenden und mehrere Delegierte verließen darauf die Versammlung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, Wahl der Delegierten, wurde an die erste Stelle gerückt. Hierzu lag ein Antrag der 19. Abteilung vor, der verlangte, die Vorschläge in den Abteilungen nochmals machen zu lassen, da die jetzigen Vorschläge unter Abmachungen einzelner Abteilungen zustande gekommen seien, die gegen einen früher gefassten Beschluß verstoßen. Dieser Antrag rief eine lebhaftere Debatte hervor, in der verschiedene Redner der Kreisversammlung das Vorschlagsrecht freitragend machten und es insbesondere kritisierten, daß einzelne Abteilungen ihre Kandidaten durch gegenseitige Unterstützung durchzubringen versuchen. Durch ein solches Verhalten werde das der Generalversammlung übertragene Recht, die Delegierten zu wählen, illusorisch gemacht. Von den beiden Vorsitzenden wurde diese Auffassung bestritten. Es sei keiner Abteilung das Recht verweigert worden, nachträglich noch Vorschläge zu machen, und sei dies ja auch in der 18. und 22. Abteilung geschehen; das Vorschlagsrecht müsse aber der Kreisver-



reng gewahrt bleiben, da diese am besten beurteilen können. Wer als geeigneter Kandidat zu gelten habe. Auf diese Weise werde es auch verhindert, daß Personen sich in den Vorbergründen drängen, die keinerlei Verdienste um die Partei haben. Der Antrag wurde daraufhin mit 311 gegen 285 Stimmen abgelehnt. In geheimer Abstimmung erhielten Stimmen als Delegierte: Hermann Gensche 577, Richard Genschel 566, Heinrich Umlauf 549, Frau Lungwitz 529, Frau Fohl 495, Karl Fahrnow 484, Karl Leib 369 und Paul Schacht 271. Weiterhin sind die sechs Erstgenannten, die von der Kreisversammlung vorgeschlagen wurden, gewählt.

In einem kurz gefassten Referat ging nun der Vorsitzende Genschel auf die Tagesordnung des Parteitag und die dazu vorliegenden Anträge ein. Dem in Nürnberg zur Frage der Waisener gefassten Beschlusse, der die Abführung eines Tagesdienstes verlangt, müsse mehr Geltung verschafft werden. In Berlin seien zwar nennenswerte Versuche dagegen nicht vorgenommen, anders läge es aber im Reich. Die Delegierten hätten für eine bessere Durchführung der Waisener einzutreten und die Herbeiführung der nötigen Mittel vorzuschlagen. An eine Abschaffung der Waisener könne nicht gedacht werden. Beim Fraktionsbericht müsse dem Verhalten des Reichstagsabgeordneten Dr. Landsberg ein scharfer Tadel erteilt werden. Bei dem Punkt „Reichstagswahl“ werde das Stichwahlbündnis mit den Freisinnigen einer Kritik unterzogen werden, und sei ja die Stellungnahme auch des 6. Kreises durch den Beschluß der Verbandsgeneralversammlung schon bekannt. Der Redner bespricht nun den Entwurf des Organisationsstatuts und empfiehlt betreffs der Beiträge einen Antrag der 4. Abteilung. In einzelnen, besonders ländlichen Bezirken dürfte es schwer sein, die im Entwurf vorgesehenen hohen Beiträge zu erheben; ein solcher Zwang wäre eher zum Schaden als zum Nutzen der Partei. Was die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag angeht, so müsse es dem Delegierten überlassen bleiben, nach ihrer freien Überzeugung, die sie auf dem Parteitag erlangen, zu handeln. In der Frage des Parteiauswusses ständen die Funktionäre des 6. Kreises ebenfalls auf dem Standpunkt, daß dieser die Aktion nur erlöschende würde. Der Parteivorstand könne ja auch jetzt schon die Vorstände der Landesorganisationen zusammenberufen, der Unterschied solle nur sein, daß der vorgeschlagene Parteiauswusch das Stimmrecht haben solle. Damit würde aber der Parteivorstand seiner Verantwortung entzogen werden. Der Vorschlag, einen Beirat zu bilden, bedeute aber auch nichts anderes als einen kleineren Parteiauswusch. Ein solcher Beirat könne auch nicht aus den Reihen der Genossen Groß-Berlins gestellt werden, da diese ja mit den Verhältnissen im Reich wenig vertraut seien. Es müsse nun den Delegierten überlassen bleiben, auf dem Parteitag den Vorschlägen zuzustimmen, die sie im Interesse der Partei liegend erachten. Die Sonderkonferenzen müssten streng verboten werden, da sie die Partei zu schädigen geeignet sind. Mit einem solchen Verbot würden die Abgeordneten durchaus in keine Ausnahmestellung gebracht werden. Wenn die Abgeordneten irgendwelche Fragen zu erörtern haben, die auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion gestützt sind, dann sollen sie in ihre Organisation gehen und ihre Meinung dort zum Ausdruck bringen.

In der hierauf folgenden Diskussion ergriff als erster Redner das Wort Genosse Ledebour. Was das Organisationsstatut anbelange, so stimme er mit dem Genossen Genschel insofern überein, als er ebenfalls den geplanten Parteiauswusch für ungewöhnlich halte. Dieser würde nur selten mit dem Vorstand zusammen beraten und beschließen und deshalb nur mangelhaft über die im Vorstand beratenden politischen und geschäftlichen Angelegenheiten vertraut sein. Der Ausschuss wäre dann weiter nichts als eine Dekoration. Man solle statt dessen lieber die Zahl der Beisitzer auf etwa neun vermehren. Diese könnten dann regelmäßig, besonders an den Sitzungen, die sich mit politischen Fragen beschäftigen, teilnehmen. Die gegen den Ausschuss vorgebrachten Bedenken können aber gegen die Beisitzer nicht vorgebracht werden. Diese Beisitzer sollten aber ebenso wie die übrigen Vorstandsmitglieder und die Kontrollkommission auf dem Parteitag gewählt werden. Ebenso empfehle sich aus verschiedenen Gründen nicht eine Aufhebung, sondern eine Verstärkung der Kontrollkommission. In der Anwesenheit der gesamten Reichstagsfraktion auf dem Parteitag sei insofern ein Uebelstand zu erblicken, als in Folge der starken Anzahl derselben auf den künftigen Parteitag ein größerer Einfluß von ihnen ausgeübt werden könne als früher. Dieser Uebelstand werde allerdings dadurch gemildert, daß in den meisten Fragen die Fraktion keine einheitliche Meinung besitze. Wenn nun der Parteivorstand eine Vertretung von drei Personen vorge schlagen habe, so sei dies doch eine Farce. Es liege vielmehr im Interesse der Partei, wenn die gesamte Fraktion am Parteitag teilnimmt, da diese doch dort zur Rechenschaft gezogen werden solle. Das Ausschlußmittel, nur ein Drittel der Fraktion zuzulassen, sei auch unglücklich gewählt. Die Fraktion müßte doch dieses Drittel unter sich wählen. Wenn dann die einfache Mehrheit entscheidend wäre, können nur Vertreter der einen Richtung auf den Parteitag. Darunter würden sich schließlich nicht mal diejenigen befinden, welche zur Rechenschaft gezogen werden sollen, denn Redner glaubt nicht, daß diesmal z. B. Dr. Landsberg mit der Vertretung der Fraktion beauftragt worden wäre. Die Vertretung der Fraktion durch eine Minderzahl widerspreche aber auch den Aufträgen, welche die Partei den Fraktionsmitgliedern erteilt, im Reichstag im Sinne der Partei zu wirken. Das Richtige wäre, wenn die ganze Fraktion mit nur beratender Stimme zugelassen würde. Es wäre dann jedes Fraktionsmitglied wenigstens moralisch gebunden, über sein Tun und Lassen dem Parteitag Rechenschaft zu geben. Dann aber sollten auch Vorstand und Kontrollkommission kein Stimmrecht mehr besitzen, sondern einfach nur diejenigen Genossen, welche Delegierte sind. Redner geht nun auf die Sonderkonferenzen ein und er sucht um Ablehnung des vorliegenden Antrages. Die Besprechungen unter den Fraktionsgenossen seien unter den Verhältnissen, wie sie sich entwickelt haben, unermesslich geworden. Die einzelnen Richtungen innerhalb der Fraktion besprechen sich immer untereinander über einzelne Fragen. Die sogenannte radikale Richtung sei erst spät und widerwillig zu diesen Besprechungen gekommen; es blieb ihr aber nichts anderes übrig, da der revisionistische Flügel

diese Methode schon jahrelang vorher ausübte. Wenn man dies in der Partei nicht wollte, dann hätte man schon viel früher eingreifen müssen, aber nicht durch ein Verbot, sondern indem man dafür gesorgt hätte, daß überall nur solche Reichstagskandidaten aufgestellt werden, die voll und ganz auf dem Boden der Parteibeschlüsse stehen. Auf allen Parteitag haben die Anschauungen der radikalen Richtung in der Fraktion festgesetzt. Dies habe aber nicht verhindert, daß einzelne Wahlkreise Vertreter in den Reichstag geschickt haben, die nicht diese Anschauungen vertreten. Und zwar befänden sich darunter auch Wahlkreise, wo die überwiegende Mehrzahl der Parteigenossen hinter den Parteitagbeschlüssen ständen. Redner führt als Beispiel Magdeburg an, wo der frühere Kandidat Genosse Flanusch durch den Genossen Dr. Landsberg verdrängt worden sei. Dies sei zum großen Teil auf die Gleichgültigkeit zurückzuführen, mit der die große Mehrzahl der Parteigenossen die Vorgänge in der Partei betrachte. Die Reichstagsfraktion sei deshalb heute nicht so zusammengesetzt, wie die Mehrheit der Parteigenossen es wünscht, und aus diesem Uebelstand resultieren die Besprechungen der verschiedenen Richtungen. Diese lassen sich durch Dekrete nicht verhindern, denn man müsse sich doch fragen, wo hört die Grenze einer verbotenen Besprechung auf und wo fängt sie an. Die Abgeordneten im Reichstag besprächen sich doch fortwährend, da sie ja dort ständig zusammentreffen. Und wenn man die gemeinsamen Besprechungen verhindern wollte, so könne man doch niemand verbieten, seine Meinung in der Presse zum Ausdruck zu bringen. Damit könne sich jeder an einen noch größeren Kreis wenden und diesen zu beeinflussen versuchen. Es gibt eben leider zu viele Fragen, so z. B. die Budgetfrage, die Kolonialfrage, wo die Meinungen innerhalb der Fraktion auseinandergehen. Würde man den Reichstagsabgeordneten verbieten, sich außerhalb des Reichstags über diese Fragen zu unterhalten, dann würde man sie in eine ganz unwürdige Stellung hineinbringen und ihre ganze Tätigkeit lahmlegen.

Schiemann trat den Ausführungen Ledebours entgegen. Dieser Redner ist nicht der Ansicht, daß die Zusammenkünfte etwas Zweckmäßiges seien, daß sie Uebel geworden und nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind. Es müßte der Standpunkt vertreten werden, daß jeder Abgeordnete sich an seine Organisation zu wenden und dort die Zustände zu schildern habe, die in der Reichstagsfraktion herrschen. Das sei bis jetzt aber nicht geschehen. So oft Ledebour seinen parlamentarischen Bericht erstattet habe, sei er auf diese Dinge niemals eingegangen. Es sei aber selbstverständlich, daß bei allen Beschlüssen im Parlament die Beschlüsse der Parteitage zum Ausdruck kommen müssen. Es sei gar nicht nötig, daß bei jeder Gelegenheit im Reichstag erklärt werde, die sozialdemokratische Fraktion wolle positiv praktisch mitarbeiten, denn unsere Politik sei immer praktisch gewesen. Die Partei kann sich nicht festlegen auf radikal oder revisionistisch, sie will aber auch keine Zerstückelungspolitik in ihren Reihen haben.

Lange betonte, es sei eine Genugtuung gewesen, als die süddeutschen Genossen erklärten, sie wollten den Wahlrechtskampf in Preußen nach Kräften unterstützen. Damals habe man angenommen, die Segensfälle seien verschwunden. Nun komme aber der Genosse Ledebour und erkläre, daß derartige Sonderkonferenzen schon seit dem Jahre 1908 bestehen. Die Reichstagsabgeordneten seien aber die Beauftragten der Parteigenossen und hätten deren Wünsche zur Durchführung zu bringen. Derartige Sonderkonferenzen wollen die Parteigenossen aber nicht dulden, und es sei nur zu bedauern, daß der Genosse Ledebour nicht schon früher davon Mitteilung gemacht hat.

Schröder sprach ebenfalls seine Verwunderung darüber aus, daß solche Zusammenkünfte schon so lange bestehen. Diese Dinge gehen die ganze Partei an, und es sei Pflicht der einzelnen Abgeordneten, in ihren Organisationen davon Mitteilung zu machen. Ueber Reichstagsabgeordnete, die nicht die Beschlüsse der Partei im Parlament hochhalten, sollte die Öffentlichkeit aufklärt werden. Im übrigen sei es richtiger, auftretende Meinungsverschiedenheiten in eigens dazu einberufenen Fraktionsitzungen zu klären.

Dalfer zweifelte es an, daß ein Verbot der Konferenzen sich praktisch durchführen lasse. Die Revisionisten würden sich nicht danach richten, zum Nachteil der Radikalen. Etwas ließe sich erreichen, wenn den Mitgliedern der Fraktion auf dem Parteitag das Stimmrecht genommen würde, auch wenn sie als Delegierte dort erscheinen.

Ledebour ergriff nun noch einmal das Wort und führte aus: Es sei nicht wahr, daß er niemals in den Versammlungen des Kreises über die jetzt zur Debatte stehenden Dinge gesprochen habe. Er habe im Gegenteil seinerzeit auch darauf verwiesen, daß die Revisionisten in Würzburg zusammengetreten seien, um zur Budgetfrage Stellung zu nehmen. Damals sei aber kein Kritiker aufgetreten und habe die Sonderkonferenzen beurteilt. Es trat wohl ein Unwille darüber zutage, es ist aber kein Beschluß dagegen weder gefaßt, noch angeregt worden. Nun auf einmal, wo auch die Radikalen von diesem Mittel Gebrauch machen, schlagen jene Leute einen Entrüstungston an und die Parteigenossen fallen darauf hinein. Liebknecht sagte, er gebe zu, daß in dem vorliegenden Antrag des Genossen Schiemann ein gesunder Gedanke liege. Man wolle nicht Parteigenossen verschiedenen Grades haben, es sollen sich auch unter keinen Umständen irgendwelche Sonderbestrebungen geltend machen können, die gefährlich für die Partei werden könnten. Es sei also an und für sich für den Gedanken der Zusammengehörigkeit der Partei notwendig, daß der vorliegende Antrag gestellt worden sei. Es gebe auch keinen, der dieses Gefühl mehr besitze als der Genosse Ledebour und er, Redner, wie auch die übrigen Parteigenossen, die an der Eisenacher Konferenz teilgenommen haben. Redner erklärt, daß er nicht daran teilgenommen habe, aber nicht, weil er sich davor scheute, sondern weil er durch eine unaufschiebbare Sitzung in seinem Wahlkreis daran verhindert gewesen sei. Die Eisenacher Konferenz habe auch keinen geheimen Charakter getragen, der Vorsitzende seines Wahlkreises z. B. sei davon unterrichtet gewesen. Die Bezeichnung der Konferenz als eine geheime beruhe auf Stimmungsmaße und sei eine Legende, die beseitigt werden müsse. Richtig sei allerdings, daß mit den Parteigenossen in den einzelnen Kreisen vorher darüber nicht ge-

sprochen worden ist, und es sei auch zuzugeben, daß dies ein Fehler war. Aber die Vorgänge müßten aus dem ganzen Zusammenhange verstanden werden. Wenn man sah, daß die Zusammenkünfte unter Billigung der gesamten Fraktion und auch des Parteivorstandes vor sich gingen, dann müßten dieselben von den Beteiligten als etwas Selbstverständliches empfunden werden. Die Eisenacher Konferenz war nichts weiter als die Fortsetzung der Besprechung eines Teils der Fraktion, wie sie bisher immer geduldet waren, von denen auch die revisionistisch gesinnten Genossen immer Kenntnis hatten, und die nur durch den schnellen Schluß des Reichstags unterbrochen worden war. Bevor die Konferenz stattgefunden habe, sei durch die Presse die Nachricht gegangen, daß Genosse Dr. Franz eine Konferenz von süddeutschen, österreichischen und Schweizer Genossen zusammenberufen habe. Darüber regte sich niemand auf. Als aber die Eisenacher Konferenz bekannt wurde, sei durch die ganze Parteipresse ein Lamtam gegangen. Dies sei ein demagogischer Kniff, wie er dem ganzen Kampf der revisionistischen Seite zugrunde liege. Man habe einfach den Spieß umgekehrt und die Radikalen als die Sündenböcke hingestellt. Es seien in der Tat innerhalb der Partei verschiedene Anschauungen vertreten, man mag dies nun als ein Glück oder ein Unglück ansehen. Diese verschiedenen Anschauungen versuchen sich nun geltend zu machen. Es ist das Bedürfnis unter den Gleichgesinnten vorhanden, sich zusammensetzen. Wenn man nun solche Sonderkonferenzen als einen Krebsgeschaden betrachte, dann seien die, welche an besonderen Organen und Zeitchriften mitwirken, zehnmal schärfer zu verurteilen. Da empfehle es sich erst einmal einen Tisch zu machen mit den „Sozialistischen Monatsheften“. Redner erklärt, zwar nicht dafür zu sein, daß man jemand die Feder aus der Hand schlage, aber in der einseitigen Beurteilung der Konferenzen liege eine gewisse Inkonsequenz. Solange aber verschiedene Richtungen bestehen, werde es nicht anders sein, als daß diese sich untereinander verständigen. Man könne nicht die Sonderkonferenzen beseitigen, solange man nicht die verschiedenen Richtungen beseitigt habe. Der Kampf gegen Auswüchse habe also an einer ganz anderen Stelle einzusetzen. Wenn der Parteitag einen Beschluß in dieser Hinsicht fäht, dann wird die andere Seite die Konferenzen ruhig weiter betreiben, es werden dann eben Zusammenkünfte der süddeutschen Genossen werden, welche dort süddeutsche Angelegenheiten besprechen. Den Radikalen würde dann aber die Abwehrwaffe aus der Hand geschlagen werden. Es sei aber doch wünschenswert, daß sich der diesjährige Parteitag mit den Fragen der inneren Schwierigkeiten in der Partei befasse. Er solle Mittel und Wege suchen, um die Unsitte der Sonderkonferenzen zu beseitigen, er dürfe aber keine Eisenach-Kur vornehmen.

Damit war diese Debatte erledigt. Ueber den Punkt „Partei“ entspann sich dann noch eine längere Diskussion, in welcher die Genossen Klüs und Winkelmann dafür eintraten, daß die Waisener aufgehoben resp. auf den ersten Sonntag verlegt werde, da unter den jetzigen Umständen ein Fortschritt nicht erzielt werden könne und nur immer wieder neue Opfer gefordert werden. Die Genossen Vossad, Schubert und Genschel traten diesen Ausführungen entgegen und betonten, daß die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse ein schnelles Anwachsen der Waisener zwar verhindern, es habe aber auch niemand angenommen, daß der Gedanke der Waisener in dem Zeitraum eines Jahrzehnts voll und ganz zum Ausdruck komme.

Ueber die Beitragsfrage liegen sich dann noch die Genossen Zahn und Kochhaus aus. Während der erstere einen Antrag begründete, der sich an den Entwurf des Organisationsstatuts anschloß und den Parteivorstand beauftragte, in Wahlkreisen mit ungünstigen Lohnverhältnissen einen niedrigeren Beitrag zu gestatten, vertat der andere Redner den Standpunkt, daß es besser sei, wenn die Festsetzung des Beitrages jeder Landesorganisation überlassen bleibe; der Mindestbeitrag solle aber 80 resp. 15 Pf. sein.

Pattloch begründete dann noch einen Antrag, der den Parteivorstand ersucht, in erhöhtem Maße Material für die Agitation unter den Privatangestellten den Funktionären zur Verfügung zu stellen und die Privatangestelltenfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. — Genschel empfahl die Ablehnung dieses Antrages. Die Gründe, die dafür von dem Genossen Lehmann in der „Neuen Zeit“ angeführt worden seien, hätten die Funktionäre von der Notwendigkeit einer derartigen Agitation, die nur die ohnehin schwer belasteten Funktionäre noch mehr mit Arbeit überhäufen würde, nicht überzeugt. Auch müsse erst die Stellungnahme der übrigen Gewerkschaften dazu abgewartet werden.

Damit war die Diskussion erschöpft, und die Anträge kamen zur Abstimmung. Angenommen wurden folgende Anträge:

1. „Der § 5 des Organisationsstatuts in der alten Fassung bestehen zu lassen. Diese lautet: „Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 80 Pf., für weibliche Mitglieder 15 Pf. betragen usw.“
2. „Mit Rücksicht auf die Verfolgungen der proletarischen Jugendbewegung durch die Behörden und mit Rücksicht auf die Bemühungen aller bürgerlichen Parteien, die Arbeiterjugend von der Arbeiterbewegung fernzuhalten, wolle der Parteitag beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, besondere Maßnahmen zu treffen, um die den Ausnahmebestimmungen des Vereinsgesetzes nicht mehr unterliegenden Jugendlichen in der Zeit vom 18. bis 21. Lebensjahre für die Sozialdemokratie zu gewinnen.“
3. „Die Genossen des 6. Kreises protestieren gegen energisch gegen das Verhalten des Abg. Dr. Landsberg betreffs seines Verbleibens im Saale während des Kaiserhochs in der letzten Sitzung des Reichstages.“

Abgelehnt wurden die Anträge, die Sonderkonferenzen zu verurteilen und die Privatangestelltenfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Nach Schluß der Tagesordnung wurde noch ein Geschäftsordnungsantrag debattiert, der besagte, daß der am Beginn der Versammlung gefaßte Beschluß, wonach die Mitglieder des erweiterten Vorstandes den Saal verlassen sollten, wieder aufgehoben sei. Die Versammlung verharrete aber bei ihrem gefassten Beschluß.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 30. August 1912, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 4:

### General-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Kassenbericht. 3. Stichwahl von zwei Mitgliedern zum Hauptvorstand. 4. Ersatzwahl der Ortsverwaltung und der Angestellten. 5. Anträge.

### Musikinstrumentenarbeiter!

Montag, den 2. September, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (großer Saal):

### Außerordentliche Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Die gegenwärtige Lage in der Musikinstrumentenindustrie. Referent: Kollege F. Leopold. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten.  
Die in der Versammlung zur Beratung stehenden Angelegenheiten sind für die Gesamtkollegenchaft von größtem Interesse. Jedes in der Musikinstrumentenbranche beschäftigte Verbandsmitglied muß deshalb erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Freitag, den 30. August 1912, pünktlich abends 8 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

### Allgemeine Versammlung

aller in den Betrieben der S. C. W.-Zentralen beschäftigten Berufskollegen.

Tagesordnung: 1. Wie denken die Kollegen über eine Verbesserung des Lohnverhältnisses? Referent: Kollege Max Gallo. 2. Diskussion. 146/6  
Ehrenpflicht eines jeden dort beschäftigten Kollegen ist es, diese Versammlung zu besuchen. Die Ortsverwaltung.

Jeden Sonntag von 3-6 Uhr  
Jeden Dienstag von 8-11 Uhr  
Aufnahme neuer Mitglieder.

3894L Hochachtungsvoll  
**Richard Heinrich**  
Telephon: Neukölln 406. Weichselstr. 8, vorn III.

Interessenten betannt: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärts

# MOBEL MESSE

AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO  
BERLIN 1912 - vom 17. AUGUST - 1. SEPTEMBER  
EINTRITT FREI! GEOFFNET V. 10 UHR.

## Verband der Laubenkolonisten Berlins u. Umgegend

Geschäftsstelle: Neukölln, Reuterstr. 34.

Sonntag, den 8., und Montag, den 9. September 1912:

### X. Allgemeine Ausstellung

von selbstgezogenen Blumen, Gemüse, Früchten, Hühnern, Tauben, Kaninchen im Central-Theater, Alte Jakobstraße 30.

Eröffnung: mittags 12 Uhr.  
Eintritt: Vorverkauf 25 Pf., Kasse 30 Pf.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 1. September, findet ein Ausflug mit Familie nach Hirschgarten statt. Treffpunkt daselbst von nachmittags 2 Uhr an im Lokal zum Aussichtsturm.

Bez. Straelen. Sonntag, den 1. September, vormittags 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt.

Halbe. Sonnabend, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokal von Karl Schulze. Vortrag der Genossin Frau Marie Zuchacz über: „Der politische Kampf und die Arbeiterklasse“.

Sonntag, den 1. September: Sommerfest des Wahlvereins. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Sicht „Christlich“.

Oft schon hat jener dicke Herr mit der weißen Weste im Organ der Brotwucherer und Volksausplünderer, der „Deutschen Tageszeitung“, geplaudert über die Liebe des großen Nazareners. Immer, wenn wieder einer der großen Festtage der christlichen Kirche naht, schreibt er von dem großen Dulder, der die Menschheit erlöste mit seiner strömenden Liebe. Warum auch nicht; der uns überleserte Christus erblickte seine Mission im Volkbringen guter Taten, er wußte sich frei von Selbstsucht. Vettelarn, nicht wissend, wo er sein Haupt hinlegen sollte, zog er umher, um die Menschheit zu erlösen mit der Liebe seines Herzens. Insbesondere nimmt er die Armen in Schutz gegen den Hochmut und die Selbstsucht der Reichen und der Pharisäer. Gewitterbächen gleich fallen seine Strafpredigten hernieder auf die Häupter derjenigen, deren Frömmigkeit elende Heuchelei ist.

Er kennt nur eine Lösung und Erfüllung seiner Lehre: Liebe, Selbstlosigkeit, Ausrottung der Wurzel alles Übels: des Geizes. Das war der Christus der Elenden, die zu meist nicht wußten, wo sie ihr Haupt hinlegen konnten.

Und die Heilstele jenes Nazareners interpretiert von Zeit zu Zeit in Stunden frommer Anwendung der Chefredakteur des Junfermanns, Herr Dr. Dertel.

In der gestrigen Morgennummer tut er dies in folgender Weise:

Ritter Grün hat zugemacht. Infolge des anhaltenden Regens ist der Andrang zu den Äshlen wieder bedeutend gestiegen. Regelmäßig melden sich jetzt des Abends mehr als 8000 Obdachlose. Die Destrillen in der Umgebung machen das beste Geschäft, sobald die „Saison“ im Obdach beginnt. Die Lokale sind dann nicht ausreichend. Vor den Läden und in der Nähe freieren die Schanappsen, mit Korn gefüllte Konfervenbüchsen und dergl. Axtweise wird der Fasel verteilt, bis der letzte Groschen in den Kassen des Subdiers springt, und dieser die Betrunknen an die frische Luft befördert. Die Polizei bringt dann die betrunkenen Gestalten im Obdach unter.

Jene von dem Tische des Lebens ausgestoßenen, infolge unserer heutigen Gesellschaftsordnung in namenloses Elend gesunkenen Obdachlosen noch mit Hohn und Spott zu überschütten, ist echte Junfermann. Wie würde der von Herrn Dertel von Zeit zu Zeit gefeierte Christus seine Geißel schwingen über die von diesem Junfermannshauptling geliebte Frägen- und Strahentrümmigkeit, wie würde er die elende Habgier und freche Anmaßung gegenüber der Armut und dem Elend kennzeichnen? Mit der ungefühen Kraft, mit der er einen ganzen Schwarm frecher, feilschender Krämer zum Tempel hinaussprengte, würde er ihm die Worte Schlangen-, Ditternbrut! entgegenrufen.

Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat für die am 5. September stattfindende Sitzung folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zur Abwehr der sich stetig steigenden Nahrungsmittelteuerung, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung Berlins auf das ärgste bedroht,

- 1. an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird: die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperrung für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhrzölle.
- 2. städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung Berlins mit Lebensmitteln zu schaffen und die vorhandenen auszubauen.

An der Brandstätte im Theater des Westens fand gestern vormittag eine amtliche Besichtigung statt. Es hatten sich dazu u. a. eingefunden: der Charlottenburger Polizeipräsident v. Herzberg, der Dirigent der Theaterabteilung vom Berliner Polizeipräsidium v. Lafenapp, Regierungs- und Bauart Sachmann, der Charlottenburger Branddirektor Wahrdt, Kriminalkommissar Otto und Baumeister Schring. Die Besichtigung begann um 9 1/2 Uhr und dauerte fast zwei Stunden. Es wurde zunächst die Bühne, dann der Schauboden, der Zuschauerraum, der dritte Rang und schließlich die Küche des Theaterrestaurants genau besichtigt. Branddirektor Wahrdt gab die nötigen Aufklärungen. Hinsichtlich der Entstehungsurache des Feuers wurde eine neue Annahme erörtert. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß von der Küche des Theaterrestaurants aus, die unter der Hinterbühne liegt, ein Entlüftungsröhre direkt auf die Bühne führt. Man vermutet nun, daß der Brand durch irgendeine Unvorsichtigkeit in der Nähe dieses Entlüftungsröhres auf der Hinterbühne entstanden ist. Genaue Feststellungen liegen sich aber noch nicht machen. Ferner wurde im Verlauf der Besichtigung bekannt, daß vor etwa dreiviertel Jahren auf der Bühne des Theaters des Westens schon einmal ein kleiner Brand gebrannt hat, der der Feuerwehr und der Polizei gar nicht mitgeteilt worden ist. Da bei einer Rauer über der Hinterbühne noch Einsturzgefahr besteht, so wurde ein Teil der Küche vom Theaterrestaurant politisch gesperrt. Ebenso ordnete der Polizeipräsident v. Herzberg die Schließung des Garteneinganges zum Theaterrestaurant an, da hier von den Mauertürmen des Bühnenhauses noch Rauerstücke herunterfallen können. Mehrere Risse in den Mauern haben sich seit gestern nicht unwesentlich vergrößert. Mit den Renovierungsarbeiten wird noch in dieser Woche begonnen werden.

Ein Doppelselbstmord beschäftigte gestern vormittag die Behörden von Grunewald-Forst und Tempelhof. Am Bahndamm der Strecke Grunewald-Potsdam, zwischen den Wärterbuden 4 und 5, fanden Arbeiter gestern früh die Leichen zweier Frauen, die sich von einem Vorortzug hatten überfahren lassen. Nach längeren behördlichen Ermäßigungen gelang es, die Personalien der beiden Frauen festzustellen. Es handelt sich um die 64 Jahre alte Prokuristenwitwe Marie

Philipp aus der Kaiserin-Augusta-Straße 84 zu Tempelhof und deren gleichfalls in Tempelhof wohnende an einen Vanfbeamten verheiratete 27 Jahre alte Tochter Gertrud Kroepfch. Schwermut soll die Ursache zu dem Doppelselbstmord sein. Wie festgestellt wurde, haben sich die beiden Damen vorgestern nachmittags nach dem Grunewald begeben, um ihren gemeinsam gefaßten Entschluß zur Ausführung zu bringen. Zu später Abendstunde vollbrachten sie dann die Tat, indem sie sich vor einen Potsdamer Vorortzug warfen. Von dem Zugpersonal hatte niemand etwas bemerkt. Erst gestern früh fanden Streckenarbeiter die furchbar verstümmelten Leichen der beiden Frauen. Sie benachrichtigten die Amtsverwaltung Grunewald-Forst, von der die Leichen nach der Leichenhalle des Selbstmörderfriedhofs in Schildhorn gebracht wurden. Frau Philipp galt schon seit längerer Zeit als schwer gemütkrank und hat ihre Tochter, die sie in letzter Zeit fast täglich besuchte und die ebenfalls zur Schwermut neigte, zu dem Selbstmord zu überreden gewußt.

Ein Sommerlokal ausgebrannt. Am Tegeler Weg kam gestern früh kurz nach 3 Uhr hinter dem „Bergnügungspark Jungfernhöhe“ in dem Sommerlokal von Ziehmann ein großer Brand aus. Die Charlottenburger Feuerwehr wurde von der Sägeringischen Fabrik aus alarmiert und infolgedessen rückten sofort zwei Löschzüge an. Bei ihrer Ankunft stand das Lokal schon vollständig in Flammen. Nach fast einstündiger Löscharbeit war der Brand erstickt. Das Lokal ist total ausgebrannt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis 6 Uhr morgens hin. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt, doch vermutet man Brandstiftung.

Der Kleiderfund im Spandauer Stadtwald, der mit dem Attentat im Rauener Vorortzug in Zusammenhang gebracht wurde, sieht, wie sich jetzt herausstellt, zu dem Ueberfall in keiner Beziehung. Die graue Hose und die dunkelblaue Witzka sind zahlreichen Personen vorgelegt worden, die den Täter gesehen haben, und diese bekundeten übereinstimmend, daß der Täter anders gekleidet gewesen sei. Sie hielten an ihrer bisherigen Aussage fest, daß der Messerstecher einen dunklen, gut erhaltenen Jagdtanzug getragen habe.

Am ganzen Körper total verbrannt aufgefunden wurde gestern vormittag der 67 Jahre alte Kangleidner a. D. August Simon aus der Demewißstr. 26. Der alte Mann, ein Junggeheile, bewohnte für sich allein eine Stube und Küche. Seine Nichte machte ihm die Aufwartearbeiten. Als diese vormittags zur gewohnten Zeit kam, fand sie das Zimmer ihres Onkels ganz mit Rauch gefüllt. Dieser selbst lag tot auf dem Bette und war über und über mit Brandwunden bedeckt. Wie der Befund ergab, hat der Mann beim Schloßgehen ein kleines Talglicht, das auf dem Nachttisch stand, umgestoßen, hierdurch hat das Hemd des Mannes Feuer gefangen. Seine Bemühungen, die Flammen mit der Bettdecke zu ersticken, hatten keinen Erfolg. S. ist an den schweren erlittenen Brandwunden hilflos und allein gestorben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Drei jugendliche Durchbrenner werden von der Kriminalpolizei gesucht. In der Kartoffel- und Getreide-Großhandlung von Neumann, Basener-Theater-Straße erhielt mittags der 17 Jahre alte Kurt Gieseler den Auftrag, 800 M. hartes Geld in Papiergeld umzuwechseln, er lief jedoch unter Mitnahme des Geldes davon. Mit der Tageskasse in Höhe von 600 M. durchgegangen ist der 23 Jahre alte Kontorist Willi Gladisch, der bei einer Annoncenexpedition in der Potsdamer Straße beschäftigt war. Mit ungefähr 800 M. frächtig geworden ist der 16 Jahre alte Hausdiener Erich Dehner, der in einem Zigarrengeschäft am Alexanderplatz angeestellt war.

Einen ungewöhnlichen Transport, so wird berichtet, konnte man vor einigen Tagen auf der Havel wahrnehmen. Im Schleppseil eines Dampfers der Strombauverwaltung passierte eine schwimmende Insel die Wasserstraße von Spandau nach Koputh. Das seltsame Gebilde wurde aus der Schildhornbucht abgehoben und hatte sich dort vor vielen Jahren aus den Ablagerungen gebildet. Bald war die Ansammlung bewachsen und jetzt trägt der schwimmende „Erdteil“ einen stattlichen Schilfbestand. Das Eiland ist ungefähr einen halben Morgen groß.

Ein Leuchtgasvergiftung gestorben ist das 52 Jahre alte Fräulein Flora Weich aus der Landberger Allee 189, das zusammen mit ihrer Schwester ein Puggeschäft betrieb. Gestern vormittag ging sie in die Wohnung, um das Mittagessen zuzubereiten, während ihre Schwester im Laden blieb. Dieser fiel es auf, daß sie solange blieb. Als man daraufhin nachsah, fand man Fräulein Weich tot in der mit Gas angefüllten Küche auf dem Fußboden liegen. Der Schlauch des Gasofens war gerissen und aus der Öffnung entströmte das Gas, das, da Türen und Fenster verschlossen waren, bald den Raum dicht angefüllt hatte. Jedenfalls hat das Fräulein gleich die Ventilation verloren und hat nicht mehr rechtzeitig den Schlauch besichtigt können.

Wer sind die Toten? Aus der Spree gelandet wurde vor dem Hause Charlottenburger Ufer 69 eine ungefähr 50 Jahre alte Frauensperson, deren Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Die Tote hat graumeliertes Haar und trug einen schwarzen Schultertrager, einen schwarzen Rock, schwarze Strümpfe, schwarze Halbhuhe und ein weißleimenes Hemd mit dem Zeichen A. K.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes wurde aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet und nach der Friedhofshalle in Pläntensee gebracht. Es handelt sich um einen Mann von etwa 40-45 Jahren, der 1,72 Meter groß und kräftig ist und einen dunkelblonden kurzgeschnittenen Schnurrbart hat. Bekleidet war die Leiche mit einer dunkelgestreiften Hose und Weste, einem blauen Sommerüberzieher, schwarzen Halbhuhen, grauen Strümpfen und einem weißen, grüngestreiften Hemd.

Nicht festgestellt werden konnte bisher die Persönlichkeit eines Mannes, der im Plänterwald bei Treptow erhängt aufgefunden wurde. Der Selbstmörder ist etwa 45 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat dunkles Haar, einen blonden Schnurrbart, blonde Augenbrauen, ein breites Gesicht, ein rundes Kinn und hohe Stirn und trug ein braunfarbtes Jackett und Weste, eine dunkelgestreifte Hose, eine schwarze, breite Kravatte, schwarze Schuallenhuhe, eine graue Mütze und ein Normalhemd mit dem Zeichen J. H. Nachrichten über die Persönlichkeit wollte man an den Amtsvorsteher in Treptow richten.

Gefunden wurden beim Stiftungsfest des Deutschen Arbeiterverbandes ein Paar Damenhandschuhe und eine Kinder-Peterline. Die Sachen können im Verbandsbureau, Engelsufer 15, Zimmer 53, entgegengenommen werden.

Vorort-Nachrichten.

Sichtenberg. Stadtverordnetenwahl 1912! Im November d. J. werden Rummelsburg und Lichtenberg zum ersten Male gemeinsam anstelle der aufgelösten Gemeindevertretung bezw. Stadtverordnetenversammlung eine Neuwahl der durch Ortsrat auf 66 Mitglieder festgesetzten Stadtverordnetenversammlung vornehmen. Durch Ortsrat ist weiter festgesetzt, daß die Liste der wahlberechtigten Bürger vom 15. bis einschließlich 30. September öffentlich ausliegt. Wer nicht in die Wählerliste eingetragen ist, geht seines Wahlrechts verlustig! In die Wählerliste eingetragen werden aber nur die Bürger, die neben den sonstigen Erfordernissen seit einem Jahre Einwohner

des Stadtbezirks sind. Wer also kein volles Jahr in der Stadt Lichtenberg wohnt, findet keine Aufnahme in der Wählerliste.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird Beschluß fassen über die Sicherung des Wahlrechts derjenigen, die im letzten Jahre ihren Wohnsitz zwischen Rummelsburg und Lichtenberg geteilt haben.

Der § 6 der Städteordnung besagt nun aber außerdem: „Verlegt ein Bürger seinen Wohnsitz nach einer anderen Stadt auch aus einer Landgemeinde oder einem Ortsbezirk, so kann ihm das Bürgerrecht in seinem neuen Wohnort, wenn sonst die Erfordernisse zur Erlangung desselben vorhanden sind, von dem Magistrat im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung schon vor Ablauf eines Jahres verliehen werden.“

Wer also, ohne am 15. September ein Jahr am Orte zu wohnen, Wert auf die Ausübung des Wahlrechtes legt, muß sofort an den Magistrat den Antrag um Verleihung des Bürgerrechts stellen.

Sichere sich jeder sein Wahlrecht!

Die Leiche des Malermeisters Oscar Weiß von hier wurde gestern früh bei Johannisthal im Gehölz aufgefunden. W. hat seinem Leben aus noch unbekanntes Gründen durch Erschießen ein Ende gemacht.

Charlottenburg.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittags in der Marktstraße. Der 24 jährige Arbeiter Franz König kam beim Ueberschreiten des Bahndamms zu Fall und wurde von einem in schnellem Tempo herannahenden Eiswagen überfahren. K. wurde nach der Unfallstation in der Berliner Straße gebracht, wo der Arzt eine Verletzung beider Lungen, Quetschung des Brustkorbes, sowie innere Blutungen feststellte. Da das Befinden des Verletzten sich zusehends verschlechterte, wurde K. nach dem Krankenhaus Roabit übergeführt, wo er in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Schöneberg.

Dieses aufgefunden wurde vorgestern vor dem Hause Martin-Luther-Straße 51 eine unbekanntes, ungefähr 30 Jahre alte Frau. Ein Schuttmann brachte die Bestimmungsglöse nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus, wo sie noch schwer daniederliegt. Die Unbekannte ist ungefähr 1,60-1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug eine hellfarbete Bluse mit blauem Einsatz und weißen Spigen, einen blauen Rock, braune Strümpfe, schwarze Schuhe und u. B. gezeichnete Wäsche. Sie hatte eine hellblaue Stoffhandtasche mit gelbem Besatz bei sich und trägt Türkisohrringe.

Die Untergrundbahn hat in diesem Jahre eine stärkere Zunahme an Fahrgästen aufzuweisen, die durch die Verdichtung der Zugfolge und infolge der fortgeschrittenen Bebauung herbeigeführt ist. Während in den Monaten Januar bis einschließlich April des Vorjahres unter Einschluß des Ortsverkehrs rund 683 000, 640 000, 719 000 und 678 000 Personen befördert wurden, sind jetzt für die gleichen Monate des laufenden Jahres 851 000, 795 000, 808 000 und 738 000 beförderte Personen festgestellt worden.

Das Spielen mit einer geladenen Schusswaffe hat wiederum einen bedauerlichen Unglücksfall herbeigeführt. Der 20 Jahre alte Knut Richard Settin aus der Großgörschenstr. 36 hatte sich einen Revolver gekauft, den er sofort lud. Als er sich vorgestern an der Waffe zu schafften machte, kam er infolge einer unvorsichtigen Bewegung dem Hahn zu nahe. Der Revolver entlud sich und die Kugel drang ihm in die linke Hand, die glatt durchschlagen wurde. Der Verletzte wurde in bestimmungslosem Zustande zunächst nach der Unfallstation in der Vorbergstraße und dann nach dem Krankenhaus gebracht.

Johannisthal.

Die Eröffnung des Wochenmarktes auf dem Strahendamm der Kaiser-Wilhelm-Straße zwischen dem Königsplatz und der Lindhorststraße erfolgt am 5. Oktober. Standgeld wird nicht erhoben. Die Kosten für tierärztliche Ueberschauung und das Gehalt des Marktmeisters trägt die Gemeinde.

Ober-Schönebeide.

Das Gerücht von einem Giftmorde war gestern hier verbreitet. Vorgestern abend war der in der Rathausstraße 52 wohnende 42 jährige Gastwirt Georg G. s. e. verstorben. G. lebte seit längerer Zeit von seiner Ehefrau, die in Treptow eine Restauration betreibt, getrennt. In den nächsten Tagen stand in seiner Ehefrau die Termin an, zu dem der Gastwirt vorgeladen war. G. hatte aber dem Gericht mitgeteilt, daß er infolge Krankheit nicht erscheinen könne und Verlegung der Verhandlung gebeten. Vorgestern abend ist nun G. noch dem ärztlichen Gutachten an einem Herzschlag verstorben. Die Vorbereitungen zur Verdrigung waren bereits getroffen, als plötzlich das Gerücht auftauchte, der Gastwirt sei nicht eines natürlichen Todes gestorben. Auf eine der Polizei zugegangene Anzeige hin wurde die Leiche beschlagnahmt.

Röpenitz.

Beim Volkfest im Müggelschloß sind ein Schirm, eine Handtasche, ein Gürtel und ein Kinderportemonnaie gefunden worden. Diese Gegenstände sind in der „Vorwärts“-Expedition, Riechstr. 8, abzuholen.

Friedrichshagen.

Verhaftung einer Wohnungsdiebin. Von der hiesigen Polizei wurde gestern die 19 jährige Frida R. festgenommen, die in dem dringenden Verdachte steht, in verschiedenen Orten zahlreiche Wohnungsdiebstähle verübt zu haben. Die R. war in einer Fürsorgeanstalt untergebracht, aus der sie aber vor mehreren Monaten entwichen war. Seitdem verhaftete sich das Mädchen den Lebensunterhalt durch Diebstähle. Gestern wurde sie hier in der Seestraße erbeutet und von einem Polizeibeamten festgenommen.

Tegel.

Der Bildungsausschuß plant für das Winterhalbjahr einen Unterrichtskursus in der englischen Sprache. Parteigenossen und Genossinnen sowie deren erwachsene Töchter und Söhne, die gewillt sind, an dem Kursus ständig teilzunehmen, wollen sich schon jetzt bei Genossin Volkach, Sägnerberger Str. 6, melden.

Spandau.

Selbstmord. Auf seiner Arbeitsstätte im Feuertor-Laboratorium hat der Werkzeugmacher T. seinem Leben gewaltsam ein Ende gemacht. Gegen 10 Uhr vormittags entfernte er sich aus dem Arbeitslokal und bald darauf fand man ihn auf dem Kohlenhof hinter einem Haufen Kohlen liegend tot auf. Mit einem Revolver hatte er sich einen Schuß in der Herzgegend beigebracht. Der Verstorbene stand im 42. Lebensjahr und war seit einem halben Jahre verheiratet.

In den königlichen Instituten wurde gestern durch Anschlag am schwarzen Brett und anderweitige Besamtmachungen eine „Warnung“ an die Arbeiter erlassen. Der Militärarbeiterverband soll sozialdemokratischer Tendenzen verdächtig sein, alle seine Mitglieder sollen deshalb dem Hungertode überliefert werden. Nach der Bekanntmachung soll jeder Arbeiter, der in Worten oder schriftlich für den Verband eintritt, sofort entlassen werden. Unter den Arbeitern herrscht natürlich wegen dieser ganz unbedeutenden Maßnahme eine große Empörung.



Der Streit im Paradiesgarten in Treptow

Hatte etwa 80 gegen Zettelverteiler gerichtete Strafmandate von je 6 M. wegen angeblicher Übertretung des preussischen Preßgesetzes zur Folge. In allen Fällen wurde richterliche Entscheidung beantragt. Mit 5 Berufungsfällen hatte sich gestern das Schöffengericht in Neutamm zu beschäftigen. Als Vertreter der Angeklagten wurde der Angestellte des Gastwirtsgehilfen-Verbandes Behr zugelassen. Er wies darauf hin, daß nach einem Urteil des Kammergerichts vom 7. März 1912 die Verteilung von Flugblättern in einem Wirtschaftsgarten erlaubt sei, also keiner polizeilichen Erlaubnis bedürfe. Der Restaurateur Müller hatte am Sonnabend, den 15. Juni, die bei ihm angestellten 25 Keller ausgeperrt, weil sie angeblich streifen wollten. Dies war der Grund, weshalb an verschiedenen Tagen seitens der gewerkschaftlichen Organisation der Kellerer Flugblätter unter den Gästen verteilt wurden. Der Entscheidung des Kammergerichts lag der Streit im Trauereisenschloß Hoppoldt, Hasenheide, zugrunde. Genau dieselben Umstände kamen auch beim Streit im Paradiesgarten in Frage. Auch hier handelte es sich um einen eingetragenen Wirtschaftsgarten, den die Zettelverteiler, wie alle übrigen Gäste, nur gegen Zahlung eines Entrees betreten konnten. Das Kammergericht war einem Urteil der Strafkammer in Sachen Hoppoldt beigetreten, welches befand, daß als geschlossener Raum im Sinne des § 43 Abs. 5 der Gewerbeordnung nicht bloß derjenige angesehen werden könne, der sich unter Dach befindet. Unter diesen Begriff falle vielmehr jeder von der Straße durch Zaun, Gitter oder dergleichen abgegrenzte Platz, weil nicht einzusehen wäre, warum in einem Tanzsaal oder einer offenen Halle das Verteilen vonzetteln erlaubt, in einem daranstoßenden umwechelten Garten aber verboten sein sollte.

Das Schöffengericht kam jedoch gestern entgegen der Auffassung des Kammergerichts zu einer Bestätigung der Strafmandate. In der Begründung wurde gesagt, daß das Gericht allerdings auch der Meinung sei, daß der Wirtschaftsgarten ein abgeschlossener Raum, trotzdem finde aber hier ein öffentliches Verteilen statt, da jedermann gegen Zahlung von Entree diesen Raum betreten könne. Damit sei die Defensivität erwiesen.

Nach dieser Definition würde also auch jedes Restaurationslokal ein öffentlicher Raum sein, in dem man zur Verteilung von Druckschriften der polizeilichen Erlaubnis bedürftig. Der Wirt selbst müßte in Konsequenz dieser Auffassung natürlich auch, falls er beabsichtigt, irgend welche Druckschriften zu verteilen, einen Erlaubnischein haben. Gegen das im vollen Widerspruch zur Rechtspraxis des Kammergerichts stehende Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

Von der kapitalistischen Presse.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg hatte sich gestern der Schriftsteller A. D. Weber auf die Anklage der verleumdenden Beleidigung zu verantworten. Als Nebenkläger hatte sich der Redakteur der „Allenstein Zeitung“, Hugo Gerlach, der öffentlichen Klage angeschlossen. Diese ist indirekt noch eine Folge des Alsensteiner Schändel-Prozesses. Wesentlich erregte es seinerzeit Aufsehen, daß der Schriftsteller Weber in öffentlichen Erklärungen Wendungen gebraucht hatte, aus denen man den Vorwurf der Verleumdung gegen die Presse herauslesen konnte. Insbesondere hatte er in einer Verhandlung vor dem Charlottenburger Schöffengericht am 28. Januar vorigen Jahres den jetzigen Nebenkläger der Verleumdung verdächtigt. Auf Grund seiner damals gegen Weber bei der Staatsanwaltschaft erstatteten Strafanzeige ist öffentlich Klage erhoben worden. Bei der heutigen Verhandlung wurde der Angeklagte durch Rechtsanwalt Walter Bahn, der Nebenkläger durch Rechtsanwalt Walter Braun vertreten. Zur Anklage stand die angeblich am 25. Januar 1911 vom Angeklagten gemachte Bemerkung: „Der Privatkläger habe sich seinerzeit durch 300 Mark bestechen lassen und die „Allenstein Zeitung“ sei von ihm (dem Angeklagten) mit Annoncen gefüllt worden, um Schmähschriften zu verhindern.“ Ferner ist inkriminiert die Wendung in einem Brief des Angeklagten vom September 1910 an den leitenden Redakteur der „Allenstein Ztg.“, die dahin ging, daß der Privatkläger Bestechungsgelder genommen habe. — Der Angeklagte behauptet, daß er das Wort „Verleumdung“ überhaupt nicht gebraucht habe, dieses Wort vielmehr erst durch die Presse in Anwendung gebracht sei. Er habe lediglich gesagt, daß der Redakteur Gerlach einmal 300 M. bekommen, und ein zweites Mal die ihm angebotene gleiche Summe abgelehnt habe. Dahin sei er von dem Hauptmann Lüders unterrichtet worden. — Wort: „Wenn ein Vertreter eines anständigen Volkes — die gibt es ja doch auch — sich 300 M. geben läßt, was denken Sie sich dabei? — Angekl.: Hauptmann Lüders hat selbst ausgelegt, daß ich bis zu einer bestimmten Zeit der Meinung sein konnte, daß Gerlach einmal 300 M. angenommen und ein zweites Mal 300 M. abgelehnt habe. Rechtsanwalt Bahn hielt zur Aufklärung des objektiven Sachverhalts noch weitere Beweise für nötig.

Nach längerer Verhandlung kam das Gericht zu einer Verurteilung der Sache. Zum nächsten Termin sollen außer dem Privatkläger der Assessor Schmidt und der Rechtsanwalt Goldbaum geladen werden.

Die Leidensgeschichte eines Kindes

Bildete wieder einmal den Gegenstand einer Anklage, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmezer die dritte Ferienstrafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs und einer das Leben gefährdenden Behandlung war die Maschinenfrau Rosa Schmidt geb. Zimmermann. — Die 35jährige Angeklagte nahm im November 1911 die damals 15jährige Erna Tornow auf Grund eines mit dem Vormunde des Mädchens getroffenen Abkommens gegen eine monatliche Entschädigung von 25 M. in Pflege. Wie die Anklage behauptet, soll die Angeklagte von Anfang an das etwas geistesschwache Mädchen in der unerhörtesten Weise gequält und gepeinigt haben. Wiederholt hörten Nachbarn, wie das Mädchen unter allerley Schimpereien von der Angeklagten geschlagen wurde. Auf Veranlassung des Gemeindevorsethers in Pehleborn erschien am 1. Februar d. J. der Arzt Dr. Holzhausen aus Liebenwalde in der Wohnung der Angeklagten, um ein Gutachten über den Gesundheitszustand des Mädchens abzugeben. Der Arzt fand das Mädchen bei der großen Kälte, die damals herrschte, splitternd und mit Rot bedeckt in einem ungeheizten Räume in einem mit Wasser gefüllten Vottisch sitzend, dessen Rand mit Eisstücken überzogen waren. Die körperliche Untersuchung des Mädchens ergab, daß der ganze Körper von oben bis unten mit blutartigen Strichen und aufgeschlagenen Stellen bedeckt war. Beide Augen wiesen starke Blutergüsse in die Augäpfel und die Augenhöhlen auf. Da die Wunden selbst in der unglücklichsten Weise vernachlässigt waren, war an einzelnen Stellen, insbesondere an den unteren Extremitäten, bereits der Brand eingetreten. Das bedauerenswerte Geschick, welches so entrastet war, daß es sich nicht von selbst erheben konnte, wurde sofort in das Liebenwalder Krankenhaus geschafft, aus dem es erst nach 128 Tagen als geheilt entlassen werden konnte.

Wegen die unmenseliche Pflege wurde Anklage erhoben. Das Schöffengericht in Oranienburg verurteilte sie mit Rücksicht auf die ganz unerhörten Rohheiten gegenüber einer geistesschwachen und deshalb gerade einer erhöhten Pflege bedürftigen Person zu neun Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte die Angeklagte Berufung ein. Vor der Strafkammer beantragten die Rechtsanwälte Bahn und Dr. Siebert noch den behandelnden

Arzt der Angeklagten zu laden, zum Beweise dafür, daß die Angeklagte eine lächer hysterische und leicht erregbare Person sei, deren Handlungen milder beurteilt werden müßten, wie bei einem geistig vollwertigen Menschen. Da der betreffende Arzt weder telephonisch noch auf eine andere Weise erreichbar war, fiel die Sache nach mehrstündiger Verhandlung der Verurteilung anheim.

Aus aller Welt.

Das Unwetter in England.

Infolge eines ununterbrochenen Regens in der Grafschaft Norfolk sind große Gebiete unter Wasser gesetzt. Die Hauptstadt Norwich gleicht einer Insel. In den Straßen steht das Wasser bis 18 Fuß hoch. Zahlreiche Personen sind durch die Fluten in ihren Häusern eingeschlossen und befinden sich in Lebensgefahr. Polizei und Militär sind unablässig bemüht, die Bedrohten aus ihren Wohnungen zu retten. 8000 Personen sind obdachlos, zahlreiche Pferde und andere Haustiere sind ertrunken, die Wasserleitung der Stadt ist stark beschädigt, der vorhandene Vorrat an Trinkwasser reicht nur noch für einen Tag. Auch die Lichtanlagen der Elektrizitätswerke haben schweren Schaden gelitten, so daß die Beleuchtung unterbrochen ist. Die Bahndämme sind durch die Fluten unterwaschen und aufgerissen, so daß Norwich von der Außenwelt vollständig abgeschnitten ist. Viele Brücken sind eingestürzt und meilenweit weggeschwemmt worden. Ein Gladiolus der Gütereisenbahn ist gleichfalls in sich zusammengestürzt. Die Nordsee-Badeorte an der Küste sind von Verleher mit Norwich abgeschnitten, so daß es zahlreichen Touristen unmöglich ist, nach Hause zu gelangen.

Ein neues Telegramm aus Norwich meldet, daß die Fluten schnell zurückgegangen sind. Ein Gebäude ist teilweise eingestürzt, jedoch wurde niemand verletzt. Während der Rettungsarbeiten in der Stadt ist ein Kind ertrunken, im Fluße wurde die Leiche eines Mannes aufgefunden.

Blutiger Kampf am Grabe.

Nach Blättermeldungen aus Aldeia de Obispo, Bezirk Guarda (Portugal) kam es dort bei einer Beerdigung zu einem Streit zwischen dem Pfarrer und dem Vertreter der Ortsbehörde, auf dessen Seite sich die Bevölkerung stellte. Als der Pfarrer, dem sein Chorhemd zerrissen wurde, einen alten Mann mißhandelte, wurde er von dem Vertreter der Behörde festgenommen, lehnte jedoch unter dem Vorwand, sein Chorhemd wechseln zu wollen, in die Pfarre zurück, bewaffnete sich mit einer Browningpistole, begab sich wieder zur Kirche und erschoss den Vertreter der Behörde. Die Bevölkerung mißhandelte darauf den Pfarrer zu Tode, verstümmelte seine Leiche auf das Entsetzlichste und widerlegte sich schließlich auch der Beerdigung des Pfarrers auf dem Kirchhof.

Ein unfreiwilliger Agitator für Kirchenaustritt.

Ueber einen eigenartigen Zwischenfall bei einer Trauung, der sich in Puschlau (Kreis Schweidnitz) zugetragen hat, weiß der „Mitteldeutsche Volksfreund“ folgendes zu berichten: „Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich am vorigen Sonntag in der evangelischen Kirche zu Puschlau (Kreis Schweidnitz). Wie uns berichtet wird, fand dort die Trauung des Bahnarbeiters R. und dessen Braut statt. Da diese von ihrem Verlobten bereits zwei inzwischen verstorbene Kinder gehabt hatte und man wußte, daß der an der Kirche antretende Pastor Klemm sehr orthodoxen Anschauungen huldigt, nahm man der Braut den Kranz, der ihr Haupt schmückte, in der Kirche ab, bevor der Geistliche erschien. Nach Beendigung des Traualtes wurde der Braut, die noch vor dem Altar stand, der Kranz wieder aufgesetzt. Das sah der Pastor, der schon im Begriffe war, die Kirche zu verlassen, zufällig. Er lehnte um, eilte herzu, riß der jungen Frau das Gewinde vom Kopfe und warf es durch die Kirche. Darauf bemerkte er: „Es sei eine Gemeinheit, daß das Mädchen, das schon zwei Kinder gehabt habe, einen Kranz trägt.“ Dann drohte er der Frau, die der Braut den Kranz wieder aufgesetzt hatte, mit der Polizei.

Leute, die sich von Geistlichen derart behandeln lassen, ohne die Konsequenzen zu ziehen, verdienen es nicht besser.

Kleine Notizen.

Folgeschwere Explosion. In der Nähe des Ortes Ballhausen bei Nordhausen explodierte gestern morgen der Kessel eines Dampfzuges. Die Explosion war so stark, daß die Hinterräder der Lokomotive ungefähr 100 Meter weit geschleudert wurden. Drei Personen wurden schwer verletzt.

Drei Personen an Pilsvergiftung gestorben. Drei polnische Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 19 Jahren, die aus dem Rittergut Holzhausen im Rheinland beschäftigt waren, erkrankten nach dem Genuß von selbst gebackenen und zubereiteten Pilsen sehr schwer. Innerhalb 24 Stunden starben alle drei unter großen Qualen. Eine vierte Person, auch eine Polin, liegt sehr schwer krank im Krankenhaus.

Todessturz eines Fliegers. Der französische Flieger Leutnant Chandenier, der mit einem Doppeldecker von Douai nach Chalons fliegen wollte, stürzte bei Crech sur Serre ab. Der Apparat ging in Flammen auf und der Flieger-Leutnant verbrannte.

Ermordung eines Deutschen in Nicaragua. In Matagalpa ist der deutsche Reichsangehörige Albert Rielsen ermordet worden. Da der Täter ermittelt ist, hat der deutsche Vertreter die Festnahme und Verurteilung des Mörders bei der Regierung beantragt.

Arbeiter-Wanderband „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 1. September: I. (Heldemarscher durch den Himmelsberg). Drahtseilbahn-Burg-Robenstein-Randener Rammel-Niemegk. Abfahrt: Schlei-Bahnhof Sonnabendabend 11.25 Uhr, Bahnh. Reichardtstraße 11.38 Uhr. II. (Siedental-Prenden-Bottfaher-Jerpenschleule). Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof 5.59 Uhr vormittags. III. (Strandberg-Blumenhain-Tilsener). Abfahrt: Schlei-Bahnhof 6.51 Uhr vormittags. IV. (Rothsauer-Nordhörn-Schleiberg). Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof 7.47 Uhr vormittags. V. (Birkenwerder-Grise-Summit-Birkenwerder). Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof 8.45 Uhr vormittags. VI. (Lagei-Stolpe). Abfahrt: Endstation der Strandbahn in Lagei 2 Uhr nachmittags. — Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

B. B. 3. Korbhuth. — Kolonie 32. Sprechen Sie mit einem Richter. — V. P. 10. Das können wir nicht wissen, aber Fachzeitsungen sind in jedem Zeitungsfatalog aufgeführt. — Turbine. Schreiben Sie an den Ingenieur Genossen Richard Woldt, Parisstr. 12, Dentsingstraße. — Zahltag 1234. ad l. An sich ja. ad 2. Beilagen der Organisations sind zu besorgen. — G. 2. 69. Das Leben kann verschiedene Ursachen haben, sprechen Sie hierüber mit einem Vogelkundler. — R. R. Neudorf. Sie wollen sich gef. an den Vorstand des Wahlvereins Neudorf wenden.

Marktbericht von Berlin am 27. August 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Reinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30.00—50.00. Speisebohnen, weiße, 30.00—50.00. Erbsen 40.00—80.00. Kartoffeln (Reinbidl.) 6.00—11.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.80—2.40. Hindfleisch, Bauchfleisch 1.50—1.90. Schweinefleisch 1.50—2.40. Kalbfleisch 1.80—2.40. Hammelfleisch 1.70—2.40. Butter 2.40—3.00. 60 Stück Eier 3.60—6.00. 1 Kilogramm Karpfen 1.60—2.40. Kalle 1.00—3.20. Zander 1.40—3.60. Hecht 1.50—3.00. Saibling 1.00—2.40. Schlei 1.00—3.20. Hele 0.80—1.60. 60 Stück Krebse 4.00—40.00.

Table with weather data for various stations including temperature, wind direction, and precipitation.

Witterungsprognose für Donnerstag, den 29. August 1912. Hiemlich kühl, nur um mittag mild, zeitweise heiter, aber nach recht veränderlich ohne erhebliche Niederschläge; mäßige nordwestlichen Winde. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with water level data for various stations, showing current and previous levels in cm and m.

+) bedeutet Hoch, —) Fall, —) Unterpegel. Die Anschwellungen im Gebiet der Berca und Fulda sowie an der Rher, Oter und Leine haben weiter zugenommen, überschreiten aber noch nicht Mittelhochwasser.

6. Wahlkreis.

8., 9., 17., 18. und 19. Abteilung.

Sonnabend, den 31. August, im Voigt-Theater, Badstr. 58:

Sommerfest

bestehend aus: Konzert • Spezialitäten Theater • Ball.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 4 Uhr. Eintrittspreis im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon, der gegen eine Stocklaterne umgetauscht wird. Schutz gegen Regen, da der Garten, durch Zelt überdeckt ist. Das Komitee.

Orts-Krankenkasse der Handwerker zu Spandau.

Donnerstag, d. 5. September etc., abends 8 Uhr, im Hotel zum Stern, Potsdamer Str. 151. Außerordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Auflösung der Kasse. Der Vorstand: H. Ludewig, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse für das Töpfer-Gewerbe zu Berlin.

Sie bringen hiermit zur Kenntnis der Mitglieder, daß die 10. Wabänderung des Statuts (betreffend Erhöhung des Krankengeldes) vom Bezirksausschuß genehmigt ist und am Montag, den 2. September d. J. in Kraft tritt. Der Vorstand.

Spezialarzt

Haut- und Karmleiden, neue Schwäche, „Ehrlich 606“ usw. u. Co. lang. Laborat. i. Unterfuchung. Haben 1. Horn usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10—2, 5—8, Sonnt. 11—2. Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 89 (Laden)

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?

Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit. Von H. Beims. Preis 25 Pf. 247/19

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.

Riesenlager echter Perser Teppiche

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster, weiß und crème

p. Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4—60 M.

imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>75</sup>

Elegante Sezessions-Tüll-Stores M. 1<sup>85</sup>

Gestickte echte Spachtel-Stores M. 7<sup>75</sup>

Goldfarbige reichgestickte Sand-Stores M. 3<sup>85</sup>

Tüllbettdecken, Größe 160/220 cm M. 2<sup>50</sup>

Reichgec. Erbstüll-Bettdecken M. 6<sup>75</sup>

Elegante Tüll-Bettdecken M. 6<sup>75</sup>

Brise-Bisse (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig. Nach auswärtig p. Nachnahme. Spezial-Katalog mit zirka 650 Abbildungen gratis und franko.

Pichelswerder.

Am Sonntag, den 1. September: Frische Würst und Eisbeinchen. Der Alte Freund.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Wähler Viertel, Bezirk 206 II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Invalide  
**Adolf Schulz**  
Wiegner Str. 11, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, nachm. 1/2 4 Uhr,  
von der Halle des Thomas-Kirch-  
hofs, Neukölln, Hermannstraße,  
aus statt.  
219/11 Der Vorstand.

**Verband der Steinsetzer,**  
Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands  
Zentrale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Ferdinand Maaß**  
im Alter von 66 Jahren ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 29. d. Mts.,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Halle des Lazarus-Kirchhofes bei  
Kreuzfeld aus statt.  
Die Kollegen fahren um 1 Uhr  
mittags vom Schlesischen Bahn-  
hof bis Station Friedhof Kreuz-  
feld.  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Holzfutcher  
**Robert Nickel**  
am 26. d. Mts., im Alter von  
68 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 29. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedens-Kirchhofes in  
Rieder-Schönhausen-Nordend aus  
statt.  
66/11 Die Bezirksverwaltung.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Neukölln.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Parteigenossin  
**Frau Anna Schewzeyk**  
Wartstr. 14 (16. Bezirk)  
verstorben ist und bereits zur  
letzten Ruhe bestattet wurde.  
Ehre ihrem Andenken!  
208/7 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Britz.**  
Am 27. August verstarb unser  
Genosse  
**Karl Ockert.**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 30. August, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes  
Britz aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schleifer  
**Karl Ockert**  
Weg, Hausstr. 92  
am 27. d. Mts. an Magenleiden  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 30. August, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
Britz aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Beerdigungsverein der**  
**Zimmerleute Groß-Berlins.**  
Am 26. August starb unser  
Mitglied  
**Gottlieb Bergemann**  
im 77. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von  
der Leichenhalle des Andrae-Kirch-  
hofes in Wilhelmshagen aus statt.  
Der Vorstand.

**Verband der Maler,**  
Ladierer, Anstreicher usw.  
Zentrale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Richard Schröter**  
am 26. August verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 29. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Neuköllner Gemeinde-Friedhofes,  
Karlshagen-Bez. aus statt.  
180/5 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme sowie  
zahlreichen Kranzpenden bei der  
Beerdigung meiner lieben Frau und  
Mutter sagen wir allen Freunden  
und Bekannten sowie den anwesen-  
den Sportgenossen des Arbeiter-  
Kadaverbundes „Solidarität“ unsern  
herzlichsten Dank.  
Spanbau, 28. August 1912.  
**Traugott Böttner**  
und Tochter.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
geliebten Vaters und Großvaters, des  
Porzellanbrenners  
**Adolf Wohner**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kannnten unsern innigsten Dank.  
**Ida Wohner**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die reichen Kranz-  
penden bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau und unserer guten  
Mutter  
**Anna Schewzeyk**  
sagen wir allen Bekannten, Freunden  
sowie den Sangesbrüdern der „Kreuz-  
berger Harmonie, Genossen und Ge-  
nosinnen des 16. Bezirks, Warthe-  
straße, sowie dem Meister Müller  
und Kollegen der „Nordsee“  
unsern herzlichsten Dank.  
**Paul Schewzeyk**  
nebst Kindern.

**Blumen- und Franzbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
Inh.: **P. Golletz**  
an der **Marianne-Straße 2.**  
Telephon: Moritzplatz 346.

**Garbáty**  
**Cigaretten**

**Königin**  
von  
**SABA**  
Garantiert Handarbeit

**Theater und Vergnügungen**

Donnerstag, 29. August 1912.  
Anfang 7 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Lohengrin.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus. Prinz von  
Homburg.  
Gräfin. D. die Berliner.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Die Nacht der Löwe.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Von der Zuspitze zum  
Bismarck.  
Deutsches. Jüdisch.  
Lehning. Gudrun.  
Königsgräber Straße. Die fünf  
Frankfurter.  
Neues. Der liebe Augustin.  
Berliner. Große Köpfe.  
Schiller O. Die Haubenerche.  
Schiller. Charlottenburg. Die  
Gefährtin — Paracelsus. — Der  
grüne Kakadu.  
Friedr. Wilt. Schauspielhaus.  
Die leuchtende Schwärze.  
Thalia. Autolesben.  
Herrnfeld. Die man Männer  
bessert. Die Original-Klabri-  
aspartie.  
Trianon. Die Priestertage. Ein  
peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.  
Metropol. Schwindelmeier u. Co.  
Lustspielhaus. Ein Königreich  
m. d. O.  
Kleines. Der Unversöhnliche. Der  
Karl seiner Ehre. Lottisens  
Geburtstag.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Spieltheater  
Schiller. Der verkaufte Gall.  
Ein wenig Ruff.  
Rote. Die Jüdin von Toledo.  
Voltes Caprice. Parlians-  
Gemeinde.  
Walhalla. Nur nicht drängeln.  
Anfang 8 30 Uhr.  
Luisen. Der verflochtene Rehbort.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Nimmerwiele. Aglavaine und  
Zelyete.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralpalast. Sissalotti: Poome.  
Zierwarte. Unwollenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O.**  
Wollner-Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenerche.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Kompagnon.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenerche.**  
**Schiller-Theater**  
Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Gefährtin — Paracelsus.**  
Der grüne Kakadu.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Lokalbahn. — Die Medaille.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Gefährtin — Paracelsus.**  
Der grüne Kakadu.  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Köpfe.**  
**Theater in der Königsgräber Straße**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Residenz-Theater.**  
Wiedereröffnung  
Sonntag, den 31. August, 8 Uhr:  
**Der Herr von Nr. 19.**  
Schwanz in 3 Akten von Keroul und  
Barre.  
**Deutsches Schauspielhaus**  
(Kamische Oper).  
Sonntag, 31. Aug. u. folg. Tage:  
**Egmont.**  
**Metropol-Theater.**  
**Schwindelmeier & Comp.**  
Opern- u. Komödie in 3 Akten aus d.  
Engl. völlig frei bearb. von R. Freund.  
Ruff von A. Nelson, u. a. Tänze von  
B. Bischof. Im Szene gel. d. Dir. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.  
**Königsstadt-Kasino.**  
Ede Holzmarkt u. Alexanderstr.  
Täglich: Varieté u. Theater  
im herrlichen Naturgarten.  
**8 Glanznummern**  
und „So leben wir“.  
Gesangsstücke in 2 Bildern.  
Tägl. Kaffeehäse bis 6 Uhr.

**Freie Volksbühne**

**Lessing-Theater**  
Schönherr:  
Glaube und Heimat.  
Die Tragödie eines Volkes.  
**Thalia-Theater** 8. Sept.  
Dreyer:  
Des Pfarrers Tochter von  
Streladorf.  
Schauspiel in 3 Aufzügen.  
**Abendabteilungen**  
Deutsches Schauspielhaus.  
8 Uhr: Goethe:  
Egmont.  
Die Vorstellungen, die bisher im Neuen Schau-  
spielhaus gegeben wurden, finden bis auf  
weiteres im **Deutschen Schauspielhaus, Friedrich-  
straße 104** (an der Weidendammer Brücke) statt. Anfang  
der Vorstellung im Deutschen Schauspielhaus 2 1/2 Uhr  
Am 1. September nachm. 2 1/2 Uhr: **Egmont**. 1. Abteilung.  
1. September nachm. 3 Uhr: **Der Vater**. 7. & 8. Akt.  
Die Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen ab-  
geholt werden. Neue Mitglieder können sich in allen  
Zahlstellen melden. 243/10  
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Herrnfeld**  
Theater  
Wie man  
Männer bessert!  
**Die Original-**  
**Klabrias-Partie**  
Beide Stücke mit Anton  
und Donat Herrnfeld in  
den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.)

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Die goldne Eva.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
Juhu! Es ist erreicht! Dr. Revue.  
**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Neu!  
**Die Nacht**  
der Töne.  
Scherze  
v. Nezel.  
Anfang 8 Uhr,  
Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Wiedereröffnung  
Sonnabend,  
den 31. August.  
Gastspiel der  
sieben Spaßmacher  
in ihrer  
Revue  
„Da tut sich was.“

**Passage-Panoptikum**  
**Prinz**  
**ATOM**  
Das kleinste mensch-  
liche Lebewesen.  
Das Wunder aller Wunder.  
Lebend! Ohne Extra-Entree!

**Voigt-Theater.**  
Geundbrunnen Badstraße 58  
Dente:  
Der rechte Weg.  
Vollständ. mit Gef. u. Tanz in 3 Akten.  
Raffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.  
Vorverkauf! Sonnabend, 7. Sept.:  
Zum Versteck d. technische Personal  
und die Hausbesitzer: Robert und  
Bertram.

**Luna-Park, Halensee.**  
Donnerstag, den 29. d. Mts. Zum Besten des Invalidendank:  
Großes Militärkonzert und Mr. ... Aufführung  
des Musik- und  
Trompeterkorps  
sowie der Spielleute des III. Arm. ... 500 Musiker. Leitung:  
1. Armeemusikinspizient: Herr. Professor Grawert. Zum Schluss:  
Großer Zapfenstreich der Infanterie, Kavallerie und Artillerie.  
Eintrittskarten im Vorverkauf: 75 Pf. beim Invalidendank.  
Unter den Linden 24, Potsdamer Str. 20, bei A. Wertheim und  
bei Losser u. Wolff. — An der Abendkasse 1 M. Reservierte  
Vorderränge auf beiden Terrassen für 4-8 Personen pro Billett  
1,50 M. nur beim Invalidendank. — Sämtliche Preisbillets,  
Passpartouts haben keine Gültigkeit.

**ZOOLOGISCHER**  
**GARTEN**  
Täglich:  
Großes Militär-  
Doppelkonzert.  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab  
50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. „Die Priestertage“.  
„Ein peinlicher Zwischenfall“.  
„Der Dieb“.

**Casino-Theater**  
Lohninger Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben  
**Der Großfürst.**  
Vorher ein ausserordentlich Spezialität-  
stücker, nun ständiger erster Rang.  
Vorverkauf an der Theaterkasse von  
11-2 Uhr.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der stille See.

**Apollo**  
Theater  
Letzte Tage  
des grandiosen Programms  
Tanzphänomen **Pertina**  
Der populäre Kunstschütze  
**Bordeverry.**  
Der Wunderpapagei  
**Lora**  
und 3 weitere große Attraktionen.

Am 11. Berliner No. 2000  
**Humor-Quartett**  
Gg. Treuer Kastenallee 60



